Sieben Jahre
Nordalbingischer Geschichte
nach der Schlacht von Bornhöved.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

von der

Philosophischen Fakultät

der

Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

genehmigt und

nebst beigefügten Thesen öffentlich zu verteidigen

am 3. März 1894

von

Herwarth Zander

aus Stettin.

Opponenten:

Herr cand. theol. L. E. Klausnitzer.
„ Dd. phil. E. Hoeber.
„ Dr. phil. F. Walter.

Berlin.

Buchdruckerei von Aug. Thümecke, Neue Grünstraße 20.

1894.

Dem Andenken meiner Eltern.

Vorwort.

Dahlmann handelt in seiner Dänischen Geschichte[1]) auch über Nordalbingien, aber nur insoweit es zu Dänemark in Beziehung getreten ist. Ähnlich verhält es sich mit Waitz' Geschichte von Schleswig-Holstein.[2]) Auch Waitz kann nicht die gesamten nordalbingischen Begebenheiten ins Auge fassen, so gründlich und gelehrt er das Einzelne, wenn es in den Rahmen seiner Darstellung gehört, erörtert. Nicht anders steht es mit Havemanns Geschichte von Braunschweig und Lüneburg.[3]) Und doch verdanke ich diesen drei Werken sehr viel.

Wesentlich unterscheidet sich von ihnen Usingers Deutsch-dänische Geschichte.[4]) Sie enthält eine allumfassende Darstellung auch der gesamten nordalbingischen Geschichte, bis zum Jahre 1227. Ich glaube nicht, daß es möglich ist, große Berichtigungen in diesem Werke vorzunehmen. In einigen Stücken hat die neuere Forschung nachgebessert. Hier haben

[1]) **F. C. Dahlmann:** Geschichte von Dänemark. 3 Bde. Hamburg 1840/43.

[2]) **G. Waitz:** Schleswig-Holsteins Geschichte. 2 Bde. Göttingen und Leipzig 1851/52. Besonders Bd. I S. 142 ff.

[3]) **W. Havemann:** Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. 3 Bde. Göttingen 1853/57. Besonders Bd. I S. 367 ff.

[4]) **R. Usinger:** Deutsch-dänische Geschichte 1189 — 1227. Berlin 1863. Nicht vergessen darf ich **E. Winkelmann:** Kaiser Friedrich II. (in d. Jahrb. d. deutschen Gesch.) Bd. I. Leipzig 1888. Dieser Band, welcher die Jahre 1218—1228 umfaßt, kann oben nicht genannt werden, weil in ihm die nordalbingische Geschichte als solche nur berücksichtigt wird, soweit sie in das Darstellungsgebiet eines Jahrbuchs deutscher Geschichte paßt. Aber darum weiß ich doch, was ich diesem Werke schulde.

besonders Frensdorff[1]) und Hasse[1]) nicht zu unterschätzende Verdienste. Jener giebt ausführliche Untersuchungen zur Lübecker Verfassungsgeschichte, dieser geht sorgfältigst auf die Schlacht von Bornhöved ein. Aber dennoch bildet Usingers Werk die Grundlage, sein Inhalt ist die Voraussetzung auch der gegenwärtigen Arbeit.

Diese selbst will die Geschichte des ganzen Nordalbingiens während der Jahre 1227—1234 mit der Vollständigkeit geben, welche einem ersten Versuch möglich ist.[2])

Von den fünf Kapiteln, in welche sie geteilt ist, enthält das erste eine kurze Übersicht der nordalbingischen Ereignisse von 1214—1227 als Einleitung, der sich dann die Geschichte Waldemars II., des in der Schlacht von Bornhöved besiegten Königs von Dänemark, anschließt. Im zweiten Kapitel ist Herzog Albrecht I. von Sachsen die Hauptperson. Mannigfach sind die Aufgaben, mit denen er sich nach der großen Entscheidung beschäftigt. Neben ihm aber sind die Grafen von Schwerin, Heinrich der Schwarze und sein Sohn Gunzelin, von hervorragender Bedeutung. War es doch Heinrich, der den größten Anteil an Nordalbingiens Befreiung hatte. Daß er den König der Dänen mit Verwegenheit und Entschlossenheit gefangen nahm, brachte den Stein ins Rollen, legte die Entscheidung zwischen Freiheit und Abhängigkeit in die Hände der nordalbingischen Fürsten, Herren, Bürger und Bauern. Aus der großen Schar dieser verdient Graf Adolf IV. von Holstein, dem Hamburg seinen Aufschwung verdankt, das meiste Interesse. Im Mittelpunkte der Ereignisse des dritten Kapitels steht Gerhard II., Erzbischof von Bremen. Es wird sich zeigen, was ihm zufiel an Sorge und Mühe, an

---

[1]) **Frensdorff:** Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks im XII. und XIII. Jhdt. Göttingen 1861. Desgl. Das lübische Recht in seinen ältesten Formen. Leipzig 1872.

P. Hasse: Die Schlacht bei Bornhöved. (Zeitschr. f. schlesw.-holst.-lauenb. Gesch. Bd. VII.)

[2]) Es ist versucht worden, alles durch den Druck veröffentlichte Material für die Arbeit zu verwerten; Aufsätze, Urkunden- und Quellenmitteilungen in Zeitschriften; Urkundenbücher und Quellen.

Erfolg und Mißlingen, gerade weil sein Herrschaftsgebiet das größte in Nordalbingien war. Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit Otto von Braunschweig und Lüneburg, dem Stammvater eines berühmten Fürstenhauses. Er, der Neffe Waldemars II., nimmt eine eigene Stellung ein unter den Mächten des sächsischen Nordens. Das fünfte Kapitel endlich gebührt Lübeck.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535723_0047

Kapitel I.

Als Kaiser Friedrich II. noch im Bunde mit der Kirche Otto IV., den Welfen, bekämpfte, trat er Nordalbingien ohne Bedenken an Waldemar II. von Dänemark ab.[1]) Dieser hatte das Land mit List und Gewalt unterworfen, die Grafen und Herren, welche ihm unermüdlichen Widerstand leisteten, vertrieben und seine Günstlinge eingesetzt. Es war kein geringer Mann, der hier von deutschem Gebiete an sich riß, es war ein König an Feldherrn- und Herrschertugenden, Waldemar II. der Sieger, der Sohn Waldemars des Großen. Er kolonisierte gleichzeitig Esthland und hob die Verwaltung und Justiz, den Handel und so die Kultur seines eigenen Reiches. Ein Jahrzehnt ward Dänemark eine europäische Großmacht. Aber dieselbe Kraft seiner Seele, der Wunsch nach Vergrößerung seiner Hausmacht, die den Hauptanteil an Waldemars auswärtigen Erfolgen hatte, war die Ursache zu dem Verlust des erworbenen Besitzes.

Als der König die Grafschaft Schwerin, wenigstens zur Hälfte, in Vormundschaft seines Enkelsohnes, des Grafen Nikolaus von Halland, zu seinem Nutzen an sich ziehen wollte, da war das Maß dessen überschritten, was ihm an äußeren Erfolgen bestimmt schien. Heinrich der Schwarze, der eben damals von einer Pilgerfahrt aus dem heiligen Lande zurückgekehrt war, sah in diesem Bestreben eine Verletzung seiner eigenen Rechte, da nach seiner Meinung die Ansprüche des jungen Nikolaus nur durch Gewalt, nicht durch gesetzliche Erbfolge begründet waren. Kurz entschlossen überfiel er Waldemar auf der Insel Lyöe, wo dieser mit kleinem Gefolge zur Jagd

[1]) Über diese Einleitung vergl. Usinger.

weilte, band ihn und seinen Sohn und schleppte sie beide mit sich nach Schwerin und Dannenberg, wo sie dann jahrelang auf ihre Befreiung harrten, während über das Schicksal ihrer Länder beraten wurde.

Nicht nur, daß jetzt alle jene, welche durch den Krieg geschädigt waren, zu dem Ihrigen zu kommen hofften, auch das Reich erinnerte sich seiner Rechte und machte den ernsthaften Versuch, sie wiederzuerwerben. Allein die Debatten, welche auf den Reichstagen zu Nordhausen im August und September 1223, zu Frankfurt im Mai 1224, zu Bleckede im Oktober 1224 geführt wurden, brachten nur eine Vermehrung des mittelalterlichen Urkundenschatzes.

Die Fürsten schritten zur That und erkämpften, was ihnen die langwierigen Unterhandlungen nicht verschaffen konnten.

Gerhard II., der stets geschäftige Erzbischof von Bremen, wollte Ditmarschen, Adolf IV. von Schaumburg Holstein wiedergewinnen. Am 11. Januar 1225 siegten sie, vereint mit dem Grafen von Schwerin, bei Mölln über den Grafen Albrecht von Orlamünde, den getreusten Vasallen des Dänenkönigs, und über Otto von Lüneburg, der ein Neffe Waldemars war. Albrecht wurde gefangen. Mit dieser Schlacht war die dänische Herrschaft über Nordalbingien zuende. In Schwerin kam dann am 17. November 1225 ein Vertrag zustande, durch den die Dänenkönige ihre Freiheit erlangten. Sie sollten zu festgesetzten Terminen 45000 Mark zahlen, reiche Gewänder in großer Menge geben und viele vornehme Bürgen stellen. Die Hauptsache aber war der endgiltige Verzicht auf alle Länder zwischen Eider und Elbe. Darauf wurde von den Königen dem Grafen Heinrich Urfehde geleistet.

Schon begann man die Frage zu erörtern, was aus den Gebieten werden sollte, welche der Dänenherrschaft entrissen waren, als Waldemar noch einmal zu den Waffen griff, um seine Verluste wieder wett zu machen. Von der Urfehde hatte ihn Papst Honorius III. auf seinen Wunsch entbunden. Nach der unentschiedenen Schlacht an der Eider kam am 22. Juli 1227 bei Bornhöved die ganze Summe von Interessen, Haß und Leidenschaften zur Begleichung. Das Heer der Dänen wurde

beinahe vernichtet. Der König entging mit genauer Not neuer Gefangenschaft. Otto von Lüneburg, der ihm als Neffe treulich Hülfe geleistet hatte, geriet in die Gewalt Heinrichs von Schwerin und blieb bis zum Jahre 1229 in dessen Haft.

So stand es nun! Wie würden sich die Dinge weiter gestalten, das war die Frage. Albrecht von Sachsen, Adolf von Holstein, die Grafen von Schwerin, Gerhard II., Hamburg und Lübeck, sie alle hatten gleichen Anteil am Erfolge. Ihnen gebührt unsere Aufmerksamkeit. Aber auch die Besiegten, Waldemar von Dänemark und Otto von Lüneburg verdienen unser Interesse.

Waldemar erkannte nach seiner Niederlage, daß die Zeiten unmittelbarer dänischer Herrschaft über Nordalbingien vorüber waren. Nur einen achtunggebietenden Einfluß auf den Gang der einmal vorhandenen Entwickelung suchte er sich zu schaffen. Als er im Frühjahr des Jahres 1228 nach Sachsen kam, gab er den Bürgern von Braunschweig Freiheit von Strandrecht und Zoll in seinen Landen[1]) zum Dank für die Treue, welche sie seinem Neffen Otto von Lüneburg gegen den Kaiser und gegen die Braunschweiger Ministerialen bewährten, auch als ihr Herrscher im Kerker zu Schwerin saß und sie nur durch die Hülfe der Markgrafen von Brandenburg gerettet wurden,[2]) wie noch genauer zu erzählen ist.[2]) Wußte der König derart die Getreuen zu lohnen, so ließ er sich doch auch den Vorteil nicht entgehen, welchen die Aussöhnung mit einem seiner Feinde bot. Adolf IV. von Holstein kam ihm auf Zureden des Erzbischofs von Bremen entgegen. Aller frühere Haß wurde getilgt, aller Schaden, den man sich zugefügt hatte, verziehen. Freilich seinen Schützling, seinen allertreusten Mann gab Waldemar, wenigstens für den Augenblick, preis. Albrechts von Orlamünde Ansprüche auf die Grafschaft Holstein wurden

---

[1]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 342 Nr. 357. 1228 Sept. 13. Waldemar, König von Dänemark, giebt den Bürgern von Braunschweig wegen ihrer Treue gegen Otto Zollfreiheit in seinen Landen und das Recht, bei Schiffbrüchen ihr Gut ohne Behinderung zu bergen.

[2]) Siehe **Havemann** Bd. I. S. 367 ff., ferner hinten Kap. IV S. 41 Anm. 1.

garnicht erwähnt. Er mußte froh sein, gegen Herausgabe von Lauenburg an den Herzog von Sachsen, seine Freiheit wiederzuerlangen. Sein Herrscher schloß Freundschaft mit dem Schaumburger und willigte in eine Verlobung von dessen Tochter Mechtild mit seinem Sohne Abel.[1])

Dann kehrte er nach Dänemark zurück, um jahrlang den nordalbingischen Angelegenheiten fern zu bleiben.

Nur noch die Befreiung seiner Söhne, welche sich in Schwerin als Haftbürgen für den Vertrag des Jahres 1225 befanden, und seines Neffen Otto wollte er erwirken. Deshalb schrieb er an den Papst Gregor IX. Vermutlich setzte er diesem auseinander, wie unrecht es sei, daß der Graf von Schwerin so treue Diener der Kirche, so edle Männer in Fesseln hielte. Denn nur aus diesem Sinne würde eine Ermahnung verständlich sein, welche der Papst an Margareta Audacia, die Gemahlin Heinrichs des Schwarzen, richtete, sie sollte jene drei ihrer Haft entlassen.[2])

In seinem eigenen Reiche entfaltete Waldemar indessen seine ganzen Kräfte. Hatte er vordem seinen Ruhm, vielleicht zu sehr, in kriegerischen Erfolgen gesucht, so wandte er sich jetzt mit herrlichem Bestreben den Geschäften des Friedens zu. Er gab seinem Volke Gesetze. Oder vielmehr, er ließ die

[1]) Die Verlobung wird in dieser Zeit stattgefunden haben (Sept.) Dafür spricht sich aus **Aspern: Codex diplomaticus historiae comitum Schauenburgensium.** Bd. II Hamburg 1850. S. 44 Nr. 31. Vergl. **Dahlmann** Bd. I S. 393 ff. Auch die Freilassung Albrechts von Orlamünde und die Übergabe der Lauenburg scheint hierher zu gehören. Sowohl die **Annales Stadenses (S. S. XVI.)** S. 359 wie die **Sächsische Weltchronik (S. S. qui lingua vernacula usi sunt II)** S. 247 Kap. 272 berichten darüber. Sollen wir nicht annehmen, daß alle in dieser Zeit stattfindenden Ereignisse und Versöhnungen in das Jahr 1228 fallen, da sich sowohl Waldemar, wie Herzog Albrecht von Sachsen, Adolf von Holstein und Gerhard II. in Hamburg befinden? Vergl. **Dahlmann** a. a. O.

[2]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 347 No. 361. Perugia 1228 Dez. 3. Cum igitur, sicut carissimus in Christo filius noster •• rex Danorum nostris auribus intimavit, tu filios et nobilem virum Ottonem de Brunswich nepotem ipsius iam diu detinueris arte custodia mancipatos.

uralten Sprüche, die Gebräuche, die sich von Geschlecht zu Geschlecht vererbt hatten, aufschreiben, daß sie den Dänen zum Segen wären im Gerichtsting und im wirtschaftlichem Leben, im Kriege und im Frieden. Das jütische Gesetzbuch König Waldemars, das freilich erst 1241 vollendet wurde, ist ja allgemein bekannt.[1])

Große Freude brachte dem Könige das Jahr 1229. Das erste frohe Ereignis war, daß sein Neffe, Otto das Kind, seiner Haft ledig ward.[2]) Dann führte ihm sein Thronfolger, der junge Waldemar, Eleonore, die portugiesische Prinzessin, als Schwiegertochter zu.[3]) Das war ein Jubeltag, als am 24. Juni in Ripen die große Hochzeitsfeier stattfand. Noch besteht die Urkunde über die Schenkungen, welche der König der Gemahlin seines Sohnes machte.[4]) Fürwahr, ein ansehnliches Witttum, halb Fünen mit allen Einkünften und die Stadt Ottensen! Aber das Glück war von kurzer Dauer. Schon 1231 starb der junge König Waldemar und nicht lange nach ihm Eleonore.

[1]) Ueber das jütische Lov siehe **Waitz** Bd. I S. 145 ff.

[2]) Ueber die Freilassung Ottos siehe Kap. IV S. 41/45.

[3]) **Detmar I. (Chroniken der deutschen Städte XIX., Lübeck 1.)** S. 73 Nr. 205 zum Jahre 1229. *Des zulven konynges sone, de jonge koryng Woldemar, nam do des konynges dochter van Portegalle to sunte Johannsdage to Ripen.* **Annales Ryenses (S. S. XVI.)** S. 406. 1229. Rex Waldemarus III. celebravit nuptias, cum filia regis Portugaliae Elienor Ripis, in festo b. Joh. bapt. **Petri Olai Chronica Reg. Dan. (Langebeck S. S. rer. Danic I.)** S. 121 ff. Anno sequenti (d. i. 1229) Rex Waldemarus junior celebravit nuptias Ripis cum Elienora filia regis Portugaliae, die Joh. Bapt. **Chron. Erici Regis (Langebeck I.)** S. 164 ff. 1229 berichtet dasselbe. Desgl **Chron. Dan. incerti Auctoris (Langebeck I.)** S. 173. **Holsteinische Reimchronik (S. S. qui ling. vern. usi sunt. II.)** S. 260 V. 434 und noch viele Annalen und Chroniken.

[4]) **Waitz** teilt in den **Nordalbingischen Studien I,** Kiel 1844 S. 84 die Urkunde mit. Sie ist vom 25. Juni datiert, aus Ripen. Alle eben angeführten Quellen geben als Hochzeitstag den St. Johannistag. Demnach wurde erst am Tage nach der Hochzeit die Mitgift schriftlich fixiert. Das Original der Urkunde sah Waitz im Pariser Archiv.

In der nordalbingischen Geschichte trat Waldemar in den Zeiten nur zweimal hervor.

Im Jahre 1230 schloß er mit dem Grafen Gunzelin von Schwerin einen Vertrag, welcher seinen Söhnen Erich, Abel und Christoph ihre Freiheit verschaffte.[1]) Er versprach, dem Grafen 7000 Mark Lösegeld zu zahlen, in lübischem Gewicht und von tadellosem Feingehalt. 4000 Mark sollte er am Sonntag Quasimodogeniti in Travemünde erlegen, dann würden Erich und Abel in Freiheit gesetzt und dem Grafen Adolf und Herrn Jakob Mone übergeben werden. — Sie waren seit 1225 in Schwerin. — Am 9. Juni wurden 1000 Mark fällig und an St. Jakobi der Rest. Zeugen dieser Vereinbarung waren der Erzbischof von Bremen, der Herzog von Sachsen, Otto von Lüneburg, der Markgraf Johann von Brandenburg, sämtliche Söhne des Königs und eine ganze Reihe hoher Personen.

In derselben Zeit hatte der Papst seinen Legaten, den Kardinaldiakon Otto von St. Nikolai in Carcere Tulliano, entsandt, um Friedrich II., wenn möglich, zu vernichten. Die Kaiserkrone sollte der Römer ausbieten, ob sich jemand fände, sie von Gregors Gnaden zu tragen. Auch nach Dänemark kam er.[2]) Ganz Europa wollte der jähe, zürnende Greis auf Petri Stuhl mit seinem Hasse entflammen. Aber in Dänemark erreichte er nichts, obwohl er Abel auffordern ließ, die Krone des römischen Imperiums zu nehmen. Dieser wies leichten Herzens das Danaergeschenk zurück. Andere thaten das auch.[3]) So blieb Dänemark den deutschen, oder vielmehr den italienischen Wirren fern. Der König arbeitete lieber in Werken des Friedens, welche seinem Volke Segen verhießen. Des jütischen Gesetzbuches ist schon gedacht.[4]) Um nicht das dänische Erbübel, die Brudermorde in der königlichen Familie um den Besitz des Thrones, wieder hervorbrechen zu lassen, erwirkte er, daß

---

[1]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 359 Nr. 374. Schleswig 1230. Ueber die mutmaßliche Datierung siehe Kap. II. S. 27. Anm. 2.

[2]) Kap. II S. 29. ff. und IV. S. 48 ff. siehe Genaueres.

[3]) **Chronica Alberici Monachi trium fontium (S.S. XXIII.)** S. 949. Z. B. Otto das Kind.

[4]) Vergl. **Waitz** Bd. I. S. 149 ff.

an Stelle Waldemars, des jungen, des frühverstorbenen, Erich von dem Erzbischof Uffo von Lund zu seinem Nachfolger gekrönt und Abel, sein dritter Sohn, zum Herzog von Jütland ernannt wurde. Das geschah am Pfingstsonntage des Jahres 1232.[1])

Sorgte der König auf solche Weise für die Wohlfahrt und den Frieden seines Landes, so konnte er doch nicht ganz vergessen, wer daran schuld sei, daß er nicht mehr Herr von Nordalbingien heiße. Heinrich von Schwerin war schon gestorben, seine anderen Feinde versöhnten sich nach und nach mit ihm. So blieb nur noch Lübeck übrig.

Den Anlaß zum Krieg mit dieser Stadt bot die Burg Demmin. Sie gehörte Waldemar. Allein die Wenden und Lübecker entrissen sie ihm mit Gewalt. Da verband er sich mit Graf Adolf von Holstein, der sich — man weiß nicht warum — zu seinem ehemals gefährlichsten Feinde besonders hingezogen fühlte. Sie erbauten zwei feste Kastelle unterhalb Lübecks und versperrten die Trave, indem sie Schiffe darein versenkten. Ein Ausfall der Lübecker soll jedoch diese Anstalten vernichtet haben. Im folgenden Jahre, in der Zeit da die Stedinger dem Kreuzheere Gerhards II. von Bremen erlagen, erneute der König von Dänemark seine Feindseligkeiten gegen Lübeck. Er kam diesmal zu Schiffe und verwüstete einen Teil des Slavenlandes. Als er sich über die Warnow nach Rostock zurückzog, eilten ihm die Bürger, gleichfalls zu Schiffe, nach und brachten ihm eine empfindliche Niederlage bei.[2])

---

[1]) **Chron. Alber. Mon. trium font. (S.S. XXIII.)** S. 930. ferner bei **Langebeck** in mehreren Chroniken, z. B. **Langebeck. II. Petri Olai Excerpta ex hist. Dan.** S. 260. 1232 Waldemarus fecit Ericum filium suum coronari in regem per Uffonem, archiepiscopum Lundensem in die pontecostes, ac Abel filium suum tertium constituit ducem Jutiae.

[2]) Ueber diesen Krieg hat **Hasse** eine genaue Studie in den **Hans. Geschbl. 1874.** S. 119—148 veröffentlicht, welche uns ermöglicht, Geschichte und Sage in den Quellenberichten streng zu scheiden. **(Der Kampf zwischen Dänemark und Lübeck in Sage und Geschichte.)**

Kapitel II.

Nun ist uns schon des öfteren der Name des Grafen Adolf von Holstein begegnet. Wie kam dieser Mann, dessen Vater durch Waldemar seiner Grafschaft beraubt, in Gefangenschaft hart behandelt worden war, der selbst in der Schlacht von Bornhöved zu des Königs eifrigsten Gegnern gehörte, zu einer Verbindung mit demjenigen, welchen er bekämpft hatte.[1])

Schon im Jahre 1228 hatte er die Feindschaft, deren Grund leicht verständlich war, aufgegeben. Es war in jenen Septembertagen, da Waldemar die Treue der Braunschweiger Bürger gegen seinen Neffen Otto belohnte,[1]) sie von Strandrecht und Zoll in seinen Lande befreite, daß Adolf sich mit ihm versöhnte. Die verschiedenen Stadien, welche ihr Verhältnis durchlief, bis sie in der Schlacht an der Warnowmündung Waffengefährten waren, sind nicht mehr erkennbar. Wahrscheinlich verband sie damals der gemeinsame Widerwillen gegen Lübeck. Bei Waldemar war die feindselige Gesinnung gegen diese Stadt sehr natürlich. Denn sie trug einen Hauptteil der Schuld an seiner Niederlage bei Bornhöved. Adolf fühlte sich in seinen Rechten verkürzt, welche er Lübeck gegenüber zu haben vermeinte. Welcher Art diese Rechte waren, wird sich bald zeigen. Wir müssen einmal bis in die Zeiten zurückgreifen, da Lübeck gegründet wurde. Es wird dann die Erinnerung daran wach werden, daß der Grund und Boden, auf welchem die Stadt erbaut wurde, einst Eigentum der Holsteiner Grafen war; daß er dann an Heinrich den Löwen abgetreten wurde; daß 1188, als darüber Streit zwischen den Anhaltinern und Schaumburgern ausbrach, Friedrich Barbarossa die Gegner zum Verzicht auf viele Rechte bewog und diese Rechte der Stadt schenkte.[2]) Noch wird sich demnächst darlegen lassen, in welcher

[1]) Siehe Kap. I. S. 12 nebst Anm. 1. Aus dem zeitlichen Zusammentreffen der geschilderten Ereignisse mit der Anwesenheit Waldemars in Sachsen läßt sich schließen, daß die derzeit erfolgten Aussöhnungen im September 1228 und vielleicht an einem und demselben Orte stattfanden.

[2]) Vergl. **Exkurs II. Über Lübecker Gründungsprivelegien. Detmar.** I. S. 14. Kap. V.

Weise sich Lübeck nach 1226, als es des Reiches freie und unmittelbare Stadt ward, entwickelte.[1]) Travemünde und Altlübeck waren, 1154 ungefähr, gleichfalls an Heinrich den Löwen übergegangen.[2]) Da sie nun weder 1188 noch 1226 zu den Lübeck zukommenden Privilegobjekten gehörten, war es vielleicht zweifelhaft, wem sie zustanden. Die Grafen von Holstein konnten etwa Ansprüche darauf erheben, wenn sie vorwandten, durch den Sturz Heinrichs des Löwen seien alle Verträge nichtig geworden. Daß sich auch der neue Herzog von Sachsen und der Bischof von Lübeck für berechtigt hielten, geht daraus hervor, daß sie über Rechte an Travemünde und Altlübeck zu Gunsten Lübecks verfügten.[3])

Graf Adolf war wohl nicht einer von den Großen, welchen Kleinlichkeit fern ist. Man könnte sich zu dieser Annahme des öfteren bewogen fühlen. Es kam doch mehr als einmal vor, daß er in Rechtsgeschäften, die sein Vorgänger, Graf Albrecht von Orlamünde, gemacht hatte, dessen Befugniß verwarf, weil jener seine — Adolfs — Grafschaft zu Unrecht innegehabt hätte. Er gab vielmehr sich, den eigentlich und zuerst berechtigten, durch neue Verträge für den ersten aus, der jene Rechtsgeschäfte abschloß. So bei der Gründung des Klosters Pretz,[4]) so bei

---

[1]) **Kap. V.**

[2]) **Detmar I.** S. 14.

[3]) Kap. V. **Urkb. d. Stadt Lübeck I.** S. 66. Nr. 57. Lübeck. 1234, Febr. Albrecht I., Herzog von Sachsen, schenkt der Stadt Lübeck für die ihm geleisteten Dienste die Burg Travemünde und den dabeiliegenden Ort. **ibid:** S. 67. Nr. 59. Lübeck. 1234, März, 15. Johann I., Bischof von Lübeck und das Domkapitel daselbst treten der Stadt alle ihre Rechte auf die Stelle von Altlübeck ab.

[4]) Vergl. **Aspern: Cod. dipl. Schaumb. II.** S. 42. Nr. 30. Der eigentliche Gründer des Klosters Pretz war Albrecht von Orlamünde. **Schlesw.-holst.-lauenb. Urks. I.** S. 192. ff. Nr 1. 1216. Albrecht belehnt Marquard von Stenver mit der Salzenwiese und einem Teile der Propstei. Nr. 2. Lübeck 1220 April, 4. Bischof Bertold verleiht den Nonnen in Pretz Seelsorge, Bann und Archidiakonat nebst den Zehnten von Novalien. Nr. 3. Megedeberge. 1221. Januar, 8. (Während des Godings.) Graf Albrecht schenkt den Nonnen in Pretz die Zehnten von allen seinen Einkünften in den Distrikten Plön, Lütgenburg, Oldenburg und Krempe.

einem schiedsrichterlichen Vergleich mit dem Bischof Bertold von Lübeck[1]) über Dörfer, welche schon unter Albrecht Gegenstand einer Vereinbarung gewesen waren. Nicht war es ein Zeichen großartiger Anschauungsweise, daß er mit der Stadt haderte, welche doch keinen geringen Anteil an der Befreiung Nordalbingiens, also auch an der Wiedergewinnung Holsteins für ihn hatte, daß er sich so mit dem Manne verbündete,[2]) der seines Vaters Verhängniß geworden war.

Aber es sei nicht vergessen, daß Adolf, wie er immerhin ein tapferer Kriegsmann war, der seine Sache gern auf das Schwert stellte und seinen Kaiser nach Italien begleitete, auch in Friedensthaten als Herrscher und frommer Mensch Verdienste erwarb, deren Folgen teilweise noch heute segensreich sind. Hamburg, das sich von jeher der Gunst der Schaumburger Grafen von Holstein rühmen durfte, wurde von ihm mit erweiterten Privelegien ausgestattet.[3]) Der Kaiser bestätigte diese

---

Nr. 4. Wittenburg. 1222. Juni. 1. Derselbe schenkt den Nonnen in Preetz ein bedeutendes Grundgebiet u. s. w. bis Nr. 6. Anstatt nun diese Schenkungen zu bestätigen, überging sie Adolf mit Stillschweigen und ließ eine neue Stiftungsurkunde ausfertigen. **l.c.** Nr. 7. Rendsburg. 1226, Sept. 29.

[1]) **Urkb. d. Stadt Lübeck I.** S. 65. Nr. 64. Odeslo 1228. Adolf Graf von Holstein urkundet über die schiedsrichterliche Beilegung der Streitigkeiten zwischen ihm und dem Bischof Bertold von Lübeck. Arbitri vero fideli et diligenti inter se habito consilio et tractato consentientes in unum et arbitrium promulgaverunt; arbitrali iudicio statuerunt, ut dominus noster episcopus ab omni iure et actione, quam sibi competere dicebat in molendino Kempetse, omnino cederet et cessaret et nos ei in recompensationem daremus tytulum et auctoritatem iure perpetuo tenendi et possedendi mansum unum et molendinum in Zubestorp, quod forte usque ad tempus huiusmodi compositionis videbatur **auctoritate comitis alberti minus iusto tytulo possedisse.**

[2]) Siehe darüber Kap. I. S. 11 und Kap. II. S. 16 u. S. 22 u. 27.

[3]) Privelegien der Stadt Hamburg. a) **Schlesw. holst. lauenb. Urks. I.** S. 6. Neuenburg a. d. Donau. 1188. Mai, 7. Freibrief Friedrichs I. Notum facimus . . . ., quod ad peticionem nos dilecti et fidelis nostri Comitis Adolfi de Scowenburg

auf Adolfs angelegentliche Bitte. Was er für Klöster und Kirchen that, beweisen zahlreiche Schenkungs- und Scheinkaufsurkunden. Man braucht ihn deshalb nicht der Verschwendung seiner Güter zu zeihen. Es war Gebrauch geworden, der Kirche und allen Ihrigen zu geben und immer wieder zu geben. Die Zeit, da sich die Reaktion gegen die Kirche des Papstes in verschiedenen Sekten Ausdruck verschaffte, sie war zugleich die Zeit höchstgespannter, fast mystisch erscheinender Frömmigkeit. Wie hätte sich Adolf dem entziehen können!

1238 ging er mit seiner Gattin, der edlen Heilwig von Lippe, in Pilgergewand nach Livland. Im folgenden Jahre trennte er sich von ihr und wurde mit ihrer Einwilligung in Hamburg Minorit.[1])

Wir gehen nun in das Jahr zurück, da Albrecht von Orlamünde dem Herzoge Albrecht von Sachsen Lauenburg

---

concedimus etc. b) **ibid:** S. 8. Nr. 5. um 1190. Freibrief Adolfs III. von Holstein. c) **ibid:** S. 9. Nr. 6. 1190. Dez. 24. Bestätigung Friedrichs I. für Adolf III. d) (**ibid:** S. 20. Nr. 15. Freibrief Albrechts von Orlamünde für Hamburg, von 1224 Dez. 24., welchen Adolf IV. ignoriert.) e) **ibid:** S. 23. Nr. 19. 1125. Großes Privileg Adolfs IV. f) **Hamb. Urkb. I.** S. 429/30 No. 498/99 (**Huill.-Brèh. IV.** S. 340/41 u. **Schlesw. holst. lauenb. Urks. I.** S. 30/32 No. 24/25.) Udine in Friaul. 1232. Mai. Großes Privileg Friedr. II. notum facimus universis . . ., quod Adolfus comes Holsatiae, fidelis noster, nostro culmini supplicavit.. Aus diesem Privileg ergiebt sich, daß Adolf im Mai 1232 in Italien war Uber die genauere Bestimmung der Länge seines dortigen Aufenthaltes siehe Kap. II. S. 29 Anm. 1.

[1]) Vergl. **Aspern: Cod. dipl. Schaumb. II.** für Adolfs Schenkungen S. 41 Nr. 33a 1231, zu Gunsten des Klosters Marienfee. S. 43 Nr. 41b, Nr. 42, Nr. 51, Nr. 52, Nr. 54, Nr. 55. Für seine Pilgerfahrt ist wichtig S. 87 Nr. 57. Er geht mit Heilwig und dem Abt Albert von Stade nach Livland. **Ann. Stad.** S. 363 anno 1238. Aus den **Annales Hamburgenses (S. S. VIII)** S. 383:

Tres ubi crescit olus nec erant tunc sydera solus
Abbas Albertus posuit radiantia quercus

hat schon **Detmar** (S. 87) geschlossen, daß Albert von Stade mit Adolf und Heilwig gemeinsam in Riga war. **Weiland (Forschgen. z. dtschn. Gesch. XXI.** S. 168) übersetzt: „Als der Kohl ausschlug

auslieferte. 1228 also, bevor dies geschah, hatten sich am 15. Mai in Hamburg Gerhard II., Erzbischof von Bremen und der Herzog von Sachsen über verschiedene Kompetenzen geeinigt, welche nach der Befreiung Nordalbingiens beiden zustehen konnten. Unter anderem handelte es sich um den Besitz der Grafschaft Stade. Aber hören wir den Vertrag selbst.[1])

„Im Namen der heil. u. s. w. Albrecht von Gottes Gnaden Herzog von Sachsen. Alle mögen wissen, daß wir uns mit unserem Herrn, dem Erzbischof von Bremen, Gerhard II., vollständig geeinigt haben, gemäß einem freundschaftlichen Vertrage und, um seiner Freundschaft und Gunst näher zu stehen, von allem Anspruch, der uns zukommt, auf die Stadt Hamburg, Ditmarschen, Stade, die Grafschaft und den Forst zu beiden Seiten des Flüßchens „Bille", Abstand genommen haben. Vorgenannter Erzbischof aber übertrug und überließ uns wegen unserer Ehrerbietung vor seiner Würde den ganzen Forst vom anderen Ufer des Flüßchens Bille bis Lauenburg und aufwärts, soweit sich das Ufer des genannten Flüßchens ausdehnt, zusammenhängend zu Lehen. Wir aber übertrugen, um doch ein Nennenswertes unserem Herrn für die sämtlichen Verleihungen an uns zu erstatten, das Recht und das Eigentum, welches wir in der Propstei Wildeshusen allbekanntlich besitzen, aus reiner Freigebigkeit unseres Herzens der Bremer Kirche zum ewigen Besitz und stellten darüber die vorliegende schriftliche Urkunde aus. In dem Forst aber, der uns von benanntem Erzbischof übertragen ist, wird der Erzbischof nach Belieben und seine Nachfolger das freie Jagdrecht haben. Damit aber niemand . . . . ."

---

und der Himmel mit Wolken bedeckt war, hat der Abt Albert drei Eichen gepflanzt." Daraus ist also noch nicht zu folgern, was **Dctmar** sagt und **v. Aspern** einfach annimmt, daß der Verfasser der **Ann. Stad.**, Albert, 1238 ebenfalls und zugleich mit dem gräflichen Paar in Riga war.

[1]) **Hamb. Urkb. I.** S. 423 Nr. 491, Hamburg 1228 Mai, 15. Die Grafschaft und der Teil des Forstes von der Bille bis Lauenburg entspricht nach **Menke-Sprunner,** Deutschland IX. etwa der Grafschaft Ratzeburg.

Man wird sich über diese Urkunde wundern, da doch allerlei Rechtsverhältnisse in ihr der Aufklärung bedürfen.

Stade und die Propstei Wildeshusen gehörten schon seit 1219 dem Erzbischof von Bremen.[1]) Hamburg, sahen wir, rechnete der Graf von Holstein zu sich.[2]) Wie konnte da der Herzog von Sachsen über diese Stücke verfügen? Wahrscheinlich hatte er sie erobert. Es läßt sich sogar mit ziemlicher Sicherheit die Entstehung der beiderseitigen Ansprüche hervorheben. Der Erzbischof konnte sich auf zwei Urkunden stützen,[3]) der Herzog auf die Feldzüge der Jahre 1226 und 1227. Seit er 1226 nach Lübeck berufen ward, wo man ihm Ratzeburg und Lauenburg und das „Fürstentum versprach, damit Friedrich Barbarossa Albrechts Vater, Bernhard, belehnt, das aber der König von Dänemark erobert hatte", seit Heinrich von Schwerin — 1227 im Februar — sein Lehnsmann hieß, seit der Schlacht von Bornhöved datirte er — es ist anzunehmen — sein Recht. Das genannte Fürstentum, welches man ihm in Aussicht stellte, enthielt wahrscheinlich alles das, worauf er Anspruch erheben konnte und dem Erzbischof gegenüber Verzicht leistete.[4]) So einigten sich diese Fürsten. Zugegen war am

---

[1]) **Brem. Urkb. I.** S. 440 Nr 118, Stade 1219. Herzog Heinrich von Sachsen, Pfalzgraf bei Rhein, tritt dem Erzbischof die Grafschaft Stade, Propstei Wildeshusen ꝛc., seine Rechte an Zoll, Münze und Vogtei zu Bremen ꝛc. ab.

[2]) Siehe Kap. II, S. 18, Anm. 3.

[3]) a. **Mecklb. Urkb. I.** S. 129 Nr. 133. Erfurt 1181. Friedr. I. verleiht dem Bremer Erzbischof die Stadt und Burg Stade.
b. Siehe Anm. 1.

[4]) **Ann. Stad. (S. S. XVI.)** S. 359. Domini Nordalbingiae Albertum Saxoniae ducem vocaverunt eique Racisburch et Lubecke tradiderunt. Die Urkunde des Herzogs Albrecht von Sachsen **(Urkb. d. Stadt Lübeck I.** S. 39 Nr. 37) hat damit nichts zu thun. Sie verspricht, der Herzog werde ohne Zustimmung der Stadt Lübeck mit ihren und des Reiches Feinden keinen Frieden machen und erkennt an, daß die Lübecker Bürger zu der von ihnen gegen den Feind durchaus freiwillig geleisteten Hülfe nicht verpflichtet gewesen sind. **Detmar** S. 70 berichtet 1226: *»Greve Alf von Holsten unde de van Lubeke sik do tosamen loveden; se umboden hertoghen Alberte van Sassen, dat he queme in Nordalbingian; da scholde*

15. Mai auch Adolf, der sich unter den Zeugen der Urkunde findet. Schon damals mögen die Verhandlungen mit dem Dänenkönige begonnen haben, die dann am 16. Juli für Gerhard,[1]) im September für Adolf große Erfolge brachten.[2])

Der Herzog von Sachsen, dem im September 1228 die Lauenburg[2]) übergeben wurde, damit Albrecht von Orlamünde seine Freiheit erlangte, war nunmehr eifrig bemüht, allseitig seine Rechte zu wahren und seine Pflichten zu üben, die ihm als einem deutschen und besonders als einem sächsischen Fürsten oblagen. So sträubte er sich energisch gegen jede Bereitwilligkeit, Otto von Lüneburg ohne genügende Sicherstellungen frei zu geben.[3]) Vielleicht wäre sonst schon mit Albrecht von Orlamünde auch Otto seiner Fesseln ledig geworden. Aber der Herzog sah in ihm einen mächtigen Gegner, der leicht das

---

he hebben Ratzeborch unde Lowenborch unde dat vorstendom, dat de erste keiser Vrederik lenede sineme vadere, hertoghen Bernarde, des sic hadde underwunnen de koningh van Denemarken.« Heinrich von Schwerin wurde Albrechts I. Lehnsmann am 16. Februar 1227 in Lübeck. **(Mecklb. Urkb. I.** S. 329 Nr. 338.)

[1]) **Brem. Urkb. I.** S. 170 Nr. 149. Schleswig 1228, Juli 16. Waldemar erteilt auf Bitten Gerhards den Bremer Bürgern und allen Einwohnern der Diözese Freiheit vom Strandrecht. Siehe Kap. III S. 31.

[2]) Darüber siehe Kap. I und Kap. II Anfang. **Sächsische Weltchronik** S. 247, Kap. 372. **Usinger** S. 387.

[3]) Kap. IV. Wir wissen aus verschiedenen Zeugnissen, daß der Herzog bedeutende Garantien verlangte. Albert von Stade in seinen Annalen **(S. S. XVI.)** S. 360 sagt, nachdem er Heinrich von Schwerins Tod berichtet hat, quo mortuo placuit consilio Gunzelini, ut dominus de Brunswich super ipsius gratiam laxaretur; **sed dux Albertus penitus obstitit, donec Hildesaker eius dominio traderetur.** Die Übergabe von Hitzacker erfolgte 1228 Ende, 1229 Anfang (siehe **Exkurs I**). Auch da noch forderte der Herzog für den Fall, daß Otto den Frieden mit ihm und Gunzelin brechen würde, von den Burgmannen Lüneburgs den Eid, ihre Burg ihm und Gunzelin auszuliefern. **Mekl. Urkb. I.** S. 349 Nr. 364. Similiter et hoc iuraverunt castrenses, quod, si nos composicionem talem infregerimus, castrum Luneborg in potestatem ducis Saxoniae et Gunzelini presentabunt.

eben gewonnene gefährden konnte. Er gedachte vielleicht auch der Ansprüche, die der Welfe als Erbe seines Oheims, des Pfalzgrafen bei Rhein Heinrich,[1]) an die Grafschaft Stade erheben möchte. Wenn er hier einer Verwirrung durch jenen vorzubeugen suchte, so war das wohl bedacht. Wir werden ja noch erfahren, daß Otto von Lüneburg wirklich seine Ansprüche mit den Waffen geltend machte.

Leider können wir nur Vermutungen darüber haben, was des Dänenkönigs Neffe dem Herzog Albrecht von Sachsen beurkundete, als er in der Weihnachtszeit des Jahres 1228[2]) Schwerin verlassen durfte, da schriftliche Aufzeichnungen nicht zu finden sind. Aber immerhin war damals der Herzog bei der Festsetzung der Bedingungen mindestens ebenso thätig wie Gunzelin von Schwerin. Dieser hatte nach Heinrichs des Schwarzen, seines Vaters, Tode, der im Februar des eben genannten Jahres eintrat, die Erbschaft übernommen, sowohl hinsichtlich der alten und neuen Rechte als auch hinsichtlich der alten Feindschaften.

Ihm fiel der Nutzen zu, welchen sein Vater von dem Vertrage des Jahres 1225 erhofft hatte, in seinen Händen blieben auch Albrecht von Orlamünde und Otto von Braunschweig und Lüneburg, genannt das Kind. Ob er selbstständig regierte oder unter Vormundschaft, ist noch fraglich.

---

[1]) Die Erbansprüche konnte Otto auf Grund eines Briefes erheben, in welchem sein Oheim 1223 die Einwohner von Stade zum Gehorsam gegen seinen Neffen und Erben Otto von Lüneburg aufforderte. (**Origg. Guelf. IV** Praefatio 80 § 20).

[2]) Otto ist nach **Exkurs I** vielleicht zu Weihnachten 1228 frei gekommen. Nun haben wir zwei Urkunden vom 17. Dez. 1228, in welchen Otto mit dem Erzbischof von Magdeburg und dem Bischof von Halberstadt vereinbart, daß Walbeck nicht befestigt werden solle. (**Origg. Guelf. IV** S. 117 Nr. XXI, S. 118 Nr. XXII). Kap. IV lehrt uns, daß die geistl. Fürsten sich an diesen Vertrag nicht kehrten, sondern den Ort befestigten, und nach der Schlacht bei Brandenburg Otto ihn brach. Wäre Otto, als sie den Vertrag nicht beachteten, schon im Besitz seiner Freiheit und seiner Macht gewesen, er hätte das nicht gelitten. Am 17. Dez. 1228 war er noch in Haft.

Wir wissen aus den Urkunden, welche er zunächst nach seinem Amtsbeginn ausstellte, daß er völlig frei und durch keine elterlichen Rechte beschränkt herrschte und nur diejenigen Ansprüche seiner Verwandten berücksichtigte, welche aus dem sächsischen Familienerbrecht hervorgingen. So würde man wohl fehl gehen, wenn man aus dem Briefe, welchen Papst Gregor IX. am 3. Dezember 1228 an Margareta, die Witwe Heinrichs, schrieb,[1]) sie solle die Söhne Waldemars II. und Otto von Lüneburg ungesäumt der Haft entlassen, die Unmündigkeit Gunzelins folgern wollte, da wir doch dagegen die noch oft zu erwähnende Urkunde über die Urfehde besitzen,[2]) welche Otto dem jungen Grafen zu leisten hatte wegen der Bedingungen seiner Freilassung. Diese nun ist so gehalten, daß in allen Teilen Gunzelin als volljährige, sich selbst bestimmende rechtliche und politische Person erscheint. Aber die Annalen des Abts Albert von Stade, welche für uns eine Hauptquelle sind, sagen:[3]) „placuit **consilio** Gunzelini." Daraus würde sich ergeben, daß der junge Graf nicht aus eigener Neigung, bald nach seines Vaters Tode, Otto freizulassen wünschte, sondern daß ein consilium, dessen Zusammensetzung und Befugnis unbekannt ist, dies plante. Zu dem consilium gehörte der Herzog von Sachsen nicht, der ja gerade dessen Absichten bekämpfte und ihre Durchführung verhinderte.[3])

Vielleicht hatte Heinrich seinen Gefangenen nicht sehr rücksichtsvoll behandelt, obwohl es keine unparteiische Quelle giebt, welche ihn unritterlichen Verhaltens gegen Otto beschuldigt. Keinesfalls darf man aus einem Schreiben des Lüneburgers an den Papst eine schlimme Charakteristik des

---

[1]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 347 Nr. 361. Perugia. 1228 Dez. 3.

[2]) **ibid:** S. 349 Nr. 364. Der Herzog von Sachsen erscheint hier wie auch später nicht als tutor Gunzelini, nicht einmal als Mitkontrahent des Vertrages, sondern als Hort des geschaffenen Friedens und Beschützer des schwächeren Mannes.

[3]) **S. S. XVI.** S. 360. Obige Ausführung findet sich bei **Usinger,** der in seiner Interpretation sich auf **Detmar** S. 86 stützt. Sonst heißt placuit consilio wohl auch ganz einfach: „Es gefiel der Einsicht." Vergl. **Georges:** Latein. Deutsch. Bd. I. consilium.

kühnen Grafen entnehmen. Otto nennt ihn einen Mann modicae reputationis, und sich selbst stellt er als den Rächer der beleidigten Staatsordnung hin, obwohl vom deutschen Standpunkte aus das Urteil grade für Heinrich günstiger lauten dürfte, als es Otto über ihn fällt![1] Nicht der Welfe befreite den sächsischen Norden von der Herrschaft des Dänenkönigs; sondern recht eigentlich war es Heinrich, der durch seine verwegene Gefangennahme Waldemars den Anstoß zu der deutschen Erhebung gab. Aber immerhin stand Heinrich doch so in der ganzen Bewegung gegen Dänemark mit dem energischen Haß des Geschädigten, daß ihm jeder Verbündete Waldemars als ein gefährlicher Feind erschien. Dazu mochte schon damals der Herzog von Sachsen gegen jede Nachgiebigkeit gegenüber dem Welfen kräftigste Verwahrung eingelegt haben, wie er ja auch später that.

Wie Heinrich von Schwerin für Freundschaftsdienste ein treues Gedächtnis bewahrte, das erfuhren die Lübecker, die er von Zoll und Ungeld in seinen Landen befreite.[2] Nur ein halbes Jahr war es ihm vergönnt, nach der Schlacht von Bornhöved den Werken des Friedens zu leben.[3]

---

[1] **Mecklb. Urkb. I.** S. 352 Nr. 367. Vestrae gratiae significo, pater sancte, quod cum dominus et avunculus meus, rex Daciae **a vasallo suo, modicae reputationis viro,** perfide captus esset, ego ratione sanguinis, iniuriam eius meam reputans, absolutionem eius procuravi celeriter, ne traheret ad se periculam et iacturam. **Postmodum excogitans, quod expediret rei publicae,** ne remanerent crimina impunita, volebam vindicare, quod factum erat fraudulenter.

[2] **Mecklb. Urkb. I.** S. 335 Nr. 345. Heinrich befreit die Lübecker von jedem Zoll und Ungeld in seinen Landen.

[3] Den Tag seines Todes giebt **Mecklb. Urkb. I** S. 338 Nr. 350 als den 17. Febr. 1228 an. Es giebt dafür folgenden Beweis: „Die letzten Urkunden vom 15. u 16. Febr. (Nr. 347, 348, 349) enthalten vermutlich Schenkungen, welche Graf Heinrich auf seinem Sterbebette machte. Denn in der S. 450 Nr. 451 zum Jahre 1236 mitgeteilten Urkunde nimmt das Kloster Uetersen nicht nur die Gräfin und ihren Sohn, sondern auch ihren verstorbenen Gemahl in seine Fraternität auf und bezeugt, dessen Namen bei dem 17. Febr. (XIV. kal. Mart.) ins Kalendarium eingetragen zu haben." Wir

Aber der Herzog von Sachsen, der ihn ein Jahr vorher als seinen Lehnsmann in Lübeck zu Schutz und Trutz angenommen hatte,[1]) sorgte dafür, daß die Früchte des Sieges dem Sohne des Grafen nicht entgingen.

Dieser zeigte die Neigung, oder vielmehr seine Berater thaten es, mit den Feinden seines Vaters Frieden zu machen, sie aus seiner Haft zu entlassen.[2]) Allein, so war der Herzog nicht gemeint. Er verhinderte zwar nicht, daß eine gemilderte Behandlung, eine feinere und freiere Lebensweise der Gefangenen platzgriff,[3]) um so entschiedener aber ihre Befreiung, ohne daß

---

nehmen das an. Denn die Urkunden ergeben die behaupteten Daten. a) **Mecklb. Urkb. I.** S. 450 Nr. 451. Das Kloster Üterſen in Holstein dankt der Gräfin von Schwerin für einen geschenkten Kelch ꝛc. . . . Nos vero quod possumus favoris vestrae dignacioni ostendentes, dominum H. comitem Zwerinensem bonae memoriae, vestrum quondam maritum in nostram recepimus plenariam fraternitatem, nomen ipsius defuncti in nostro calendario ascribentes XIV. kal. Martii . . . b) In der Urkunde Nr. 348 Schwerin 1228 Febr. 16, welche das Dorf Medwege von allen Lasten außer Landwehr befreit, erscheinen als erste Zeugen Margareta comitissa, uxor nostra, Gunzelinus filius noster, Sifridus decanus Zwerinensis ecclesiae. Das mag wirklich die Annahme bestätigen, daß Heinrich in Erwartung seines nahen Todes die mündigen Erben und den Beichtiger bei sich hatte. Hält man a und b zusammen, so ergiebt sich, daß die Behauptung des **Mecklb. Urkb. I** S. 338 Nr. 350durchaus begründet ist, Graf Heinrich der Schwarze sei am 17. Febr. des Jahres 1128 in Schwerin gestorben. Heinrich war übrigens nicht Vasall des Dänenkönigs, wie man nach Ottos in Anm. 1 angeführtem Briefe wohl meinen könnte. Vielmehr hatte er ein Jahr vor seinem Tode dem Herzog Aldrecht von Sachsen in Lübeck den Lehnseid geleistet. Siehe Kap. II S. 21 Anm. 4.

[1]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 329 Nr. 338. Lübeck 1227 Febr. 16. Siehe Kap. II. S. 21 Anm. 4.

[2]) **Ann. Stad.** (S. S. XVI.) S. 360. Quo mortuo placuit consilio Gunzelini, ut dominus de Brunswich super ipsius gratiam laxaretur.

[3]) Die gemilderte Behandlung zeigt sich darin, daß Otto, wie wir S. 23 Anm. 2 schon andeuteten, in Schwerin Verträge abschließen durfte. Wenn er dennoch in seinem Schreiben an den

genügende Gewähr für die Sicherheit des Friedens und der ruhigen Entwickelung einer neuen Ordnung geboten wurde. Albrecht von Orlamünde, wir wissen es, mußte die Lauenburg an ihn ausliefern, Otto von Lüneburg Hitzacker —, das wird weiterhin eine Erklärung finden —[1]), Waldemar II. von Dänemark erst die Restzahlung von 7000 lübischen Mark lauteren Silbers leisten, ehe seine Söhne Schwerin verließen. Noch einmal richtet sich so unser Augenmerk auf die Urkunde über diese Summe.[2]) Was darin dem Grafen Gunzelin ausbedungen war, ist schon bekannt.

Dieser und Waldemar II. waren die Kontrahenten des Vertrages. Der Herzog von Sachsen dagegen hatte die Unterhandlungen geführt und zum Abschluß gebracht mit Albrecht von Orlamünde, als dem Vertreter der dänischen Sache. Er stellte die Bedingungen und ward von beiden Parteien als ein unanfechtbarer Hort des Vertrages angesehen. Die Sachwalter der Dänen, der Graf von Orlamünde und der Graf von Holstein standen doch nur in zweiter Reihe.

Papst klagt, (**Mecklb. Urkb. I.** S 352 Nr. 367) sed ex insperato etiam captus et diutissime detentus in vinculis ferreis, so mag das für die Zeit Heinrichs wohl gelten, nicht aber für diejenige Gunzelins.

[1]) Kap. IV.

[2]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 359 Nr. 374. Schleswig 1230. Die erste Zahlung sollte Quasimodogeniti stattfinden. Ist damit dieser Sonntag des Jahres 1230 gemeint, d. h. der 14. April, so ist eine Datierungsgrenze für die Urkunde gegeben. Das würde auch zu der Indictio III stimmen, welche von Sept. 1229 bis Sept. 1230 läuft. Die zweite Rate ist am Sonntag, den 9. Juli fällig (14 Tage nach Pfingsten), die dritte am St. Jacobi, 25 Juli, d. h. zwischen I. und II. sind 8 Wochen, zwischen II. und III 6 Wochen. So entsteht die Vermutung, daß, wie zwischen II. und III. die Frist kleiner ist als zwischen I. und II., auch diese kleiner sein möge, als diejenige von dem Abschluß des Vertrages bis zum 14. April, zumal die erste Rate die größte ist. Dann fiele der Tag von Schleswig in den Anfang des Jahres 1230. „Vielleicht hatte Waldemar das Weihnachtsfest in Schleswig gefeiert und waren bei dieser Gelegenheit sämtliche Beteiligte des Vertrages mit dem Königezusammen. (?)“

Fast könnte man Herzog Albrecht I. den Vermittler und Begründer des Definitivfriedens mit Dänemark nennen, wollte man die vorliegende Urkunde anstelle des Friedensinstrumentes gelten lassen. Ist ihr Inhalt schon teilweise bekannt, so ist doch noch manches in ihr enthalten, was bedeutendes Interesse auf erregt. Der Ratenzahlungen war schon gedacht. Bei der ersten sollten Erich und Abel, wie erwähnt, Herrn Jakob Mone und Graf Adolf übergeben werden. Dies sollte aber so geschehen, daß die Söhne, die Gesandten und das Geld im sicheren und treuen Geleit des sächsischen Herzogs, des Grafen von Holstein und des Burggrafen von Magdeburg blieben, bis Gunzelin das erste Geld empfinge. Dann würden die Söhne und die Gesandten Waldemars nach Dänemark zurückkehren. Für den Fall, daß der zweite Termin nicht innegehalten wurde, waren elf Bürgen vorgesehen, deren Namen einen guten Klang hatten, unter ihnen Graf Hermann von Orlamünde, der Sohn von Waldemars treuestem Getreuen, Graf Ernst von Gleichen, Herr Jakob Mone, Petrus Strangson u. a. m. Teils sollten sie in Erfurt, teils in Schwerin eintreten, bis die Zahlung erfolgt wäre. Das Geld aber sollte wieder in des Herzogs Freigeleit stehen. Ebenso waren die Bedingungen für den letzten Termin, an welchem Christoph und alle Geiseln unter demselben Schutze bis zu ihrer Auslösung verbleiben sollten. Das war viel, noch mehr aber bedeutete es, daß der Sohn des Grafen Nikolaus von Halland auf alle Ansprüche an die Grafschaft Schwerin coram duce Saxoniae verzichten mußte, daß der König gelobte, diesen seinen Enkelsohn niemals gegen den Grafen Gunzelin zu unterstützen, mit welchem persönlich und mit dessen Freunden er unverbrüchlich den Frieden und den Vertrag halten müsse und wolle. Die Urkunde wurde von den Anwesenden mitunterzeichnet und besiegelt. Sie thaten dies aber nicht als Zeugen des Verhandlungsaktes, sondern als Teilnehmer an dem Versprechen, daß die Vereinbarungen in Kraft bleiben und von beständiger Dauer sein sollten. Sie verpflichteten sich damit gewissermaßen selbst auf den Vertrag und den Frieden.

Das war also das Verdienst des Herzogs Albrecht von Sachsen, der auch sonst als deutscher und besonders sächsischer

Fürst seine Rechte und Pflichten gewissenhaft ausübte, ob es nun etwa die Bestätigung der Lübecker Mühlenurkunden oder eine Fahrt über Berg galt.

Zu einer solchen bereitete er sich gerade vor,[1]) als Otto, der Kardinallegat Papst Gregors, in Deutschland erschien, angeblich, um die Angelegenheiten des Reiches zu ordnen.[2]) Der Römer kam von Dänemark und gab der Bremer Kirche eine neue Verfassung. Er feierte das Weihnachtsfest in Köln und berief, als er von dort schied, ein Provinzialkonzil nach Würzburg.

Ein Mönch des Klosters Trois-fontaines bemerkte in seiner Chronik für dieses Jahr:[3]) „Der Kardinaldiakon von St. Nikolai in Carcere Tulliano, Otto, wurde vom Herrn Papst gesandt, um dem Herrn Papst die Herzen der Erzbischöfe, Bischöfe und Freiherren des Landes zu unterwerfen und zu gewinnen für die Absetzung des deutschen Königs Heinrich, des Sohnes Kaisers Friedrich, den der Herr Papst exkommuniziert hatte, und für die Wahl eines anderen, welcher dazu geeignet befunden worden wäre. Aber zwischen That und Wort sind häufig Hindernisse getreten."

Und was so ein Einzelner in dem Kloster der Champagne niederschrieb, das dachte der Herzog von Sachsen. Zwischen Wort und That wünschte er ein Hindernis zu stellen. Das gelang ihm. Er rief die Erzbischöfe, Bischöfe und anderen Prälaten der deutschen Kirche in Sachsen auf zum Widerstande

---

[1]) Albrecht von Sachsen und Adolf von Holstein finden sich in Italien (**Aspern: Cod. dipl. Schaumb. II.** S. 48 Nr. 35) Ravenna 1231 Dez. als Zeugen der Belehnung der Markgrafen Johann und Otto mit der Mark Brandenburg. Dann bleiben sie in der Umgebung des Kaisers und sind nachweisbar bis zum Mai 1232 (**L. L. II.** S. 294. Sententia de divisione hereditatis et de bonis censualibus). Mithin fallen die oben berichteten Ereignisse in die Zeit vor der Abreise nach Italien.

[2]) Die Reise des Kardinals findet in unseren Quellen eine meist übereinstimmende Beurteilung. Vergl. **Chron. reg. colon (ed. Waitz)** und **Chronica Alberici Monachi Trium Fontium (S. S. XXIII.)** S. 926 u. 928.

[3]) Siehe Anm. 2.

gegen alle Eingriffe des Legaten in ihre altheiligen Privilegien. Unterstützt wurde er von seinem Bruder, Grafen Heinrich von Aschersleben, und vielen anderen sächsischen Machthabern. Die Wirkung dieses Aufrufs ging weit über die Kreise hinaus, an welche er gerichtet war. Zwei Chroniken erzählen,[1]) daß sich die weltlichen Fürsten gegen das Konzil sträubten, die geistlichen es nach Beratungen mit dem Könige verhinderten. Im Zorn verließ der Kardinal Lüttich. Da geschah es, daß zwei Räuber (ribaldini), wie man flüsterte, von Heinrich gedungen, auf ihn einen Mordanfall machten, ein Verbrechen, infolgedessen Lüttich beinahe ein Jahr unter schwerem Interdikt stand.

Der sächsische Herzog, dessen Energie selbst seinem ehemaligen Schützlinge Gunzelin nicht ganz bequem war,[2]) heimste, vielleicht als Lohn für sein tüchtiges Eingreifen zum Vorteile des Reichs und der deutschen Fürsten, das Mandatum de cambiis et denariis in Saxonia ein Gleich darauf folgte das Statutum in favorem principum und das Statutum de jure Statuum terrae. Das Münz- und Bankgesetz für Sachsen enthält Bestimmungen, wie ein ähnliches für das ganze Reich gegebenes Gesetz, über Prägung, Wert und Verkehr der Münzen. Dem Herzoge, als dem sächsischen Münzherrn, werden bedeutende und einträgliche Rechte ausgeliefert. Die anderen beiden Gesetze sind hinlänglich bekannt.[3]) Nur scheint die Vermutung nicht übermäßig kühn, daß der Herzog von Sachsen durch seine Opposition gegen den päpstlichen Legaten zu ihnen den Anlaß gab.

---

[1]) Siehe S. 29 Anm. 2.

[2]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 388 Nr. 381. 1230, Okt. 10. In einem Vertrage mit den Fürsten von Mecklenburg und Rostock fürchtete Gunzelin, der Herzog möge an ihm ein Ärgernis nehmen.

[3]) **L. L. II.** S. 281. Worms 1231, April 30. Sententia de cambiis et denariis civitatum. — Mandatum de cambiis et denariis in Saxonia.

Kapitel III.

Mit der Vereinbarung vom 15. Mai 1228 zwischen dem Herzog von Sachsen und dem Erzbischof von Bremen begann eine neue Konstellation in den politischen Verhältnissen Nordalbingiens. Die solange von beiden Seiten beanspruchten Rechte kamen in den Besitz des Erzbischofs, besonders das Recht auf die Grafschaft Stade. Ferner erlangte Gerhard II. endgiltig die Bestätigung seiner Herrschaft über Hamburg, Ditmarschen und, wie sich aus den geographischen Bestimmungen ergiebt, über die Grafschaft Ratzeburg, welche dann der Herzog vom Erzbischof zu Lehen nahm.

Nicht viel später, am 16. Juli, machte dieser mit dem Dänenkönige seinen Frieden. In Schleswig übergab Waldemar seinem ehemaligen Gegner eine Urkunde, welche den Bremer Bürgern und allen Einwohnern der Bremer Diözese die Freiheit vom Strandrechte in des Königs Landen verbürgte.[1])

War das erreicht, dann konnte sich der Erzbischof gegen die ihm immer unbequemer werdenden Stedinger wenden. Zunächst gab er seinem Unmut über das sehr unkirchliche Verhalten der Kolonistenbauern in einer von der Bremer Diözesansynode beglaubigten Sentenz Ausdruck.[2])

---

[1]) **Hamb. Urkb. I.** S. 423 Nr. 491. Hamburg 1228, Mai 15. **Brem. Urkb. I.** S. 170 Nr. 149. Schleswig 1228, Juli 16.

[2]) **Sudendorf: Registrum II.** S. 156 Nr. 71. Bremen 1229, März 17. Synodalbeschluß der Bremer Kirche, durch welchen die Stedinger für Ketzer erklärt werden. Die Urkunde ist bei Sudendorf vom Jahre 1219 datirt. Nach den Ausführungen im **Brem. Urkb. I.** S. 197 Nr. 166 Anm. 2, ist aber die Datierung 1229 vorzuziehen. Ueber den Stedingerkampf zitiert **Havemann** Bd. I. S. 370 Nr. 1 das **Chron. Erfordiense (Böhmer, fontes II.)** S. 390. Die Chronik notiert zu 1232: Hoc anno XII. kal. junii supra Stetingos insulanos plaga indicii consummata est. De quibus dicitur, quod in ipsorum terra comes Otto de Aldenberc castrum habuerit, cum sui habitatores incolas terrae taliter saepius offenderunt: siquidem in cadem terra paucae sunt ecclesiae et ex hoc diffusae atque distentae parrochiae, quapropter matronae cum filiabus suis ad ecclesiam in festivis diebus curribus advectae veniebant, quod famuli de castro videntes petita a

Es war ja die Zeit, in welcher die Opposition und Reaktion gegen die päpstlich-katholische Kirche lebendig wurde. Und die Stedinger mögen, wie die Waldenser und Albigenser, zunächst aus religiös-sozialen Gründen dem Erzbischof schwierig geworden sein. Vielleicht hegten sie wirklich bilderstürmerische Tendenzen. Aber es ist ebenso gewiß, daß außer den religiös-sozialen auch wirtschaftlich-politische Motive vorhanden waren. Man wird nicht alle Anklagen, welche sich in den Briefen des Papstes über die Stedinger finden, für Wahrheit halten. Die gesamten Beschuldigungen, daß sie Zauberei, Abgötterei und Unsittlichkeit getrieben, verdienen keinen Glauben. Aber daß sie in die Kirchen drangen und die goldenen Gefäße raubten, ist, wenn auch nicht entschuldbar, so doch sehr erklärlich. Denn die wiederholten persönlichen Mißhandlungen ihrer Frauen und Töchter durch den Grafen von Oldenburg und seine Begleiter, sowie der wachsende Druck der von ihnen der Bremer Kirche zu leistenden Abgaben mußte sie empören.[1]) Wenn sie dann ihre Rache an kirchlichen Gegenständen ausließen, so war das freilich verkehrt gehandelt, da es die gegen

---

domino suo licentia et obtenta, violenter sibi in uxores rapiebant. Hac de causa incolae castrenses comitis expugnantes de terra eiecerunt. Quapropter episcopus Bremensis fratrem suum comitem de Lippia ad impugnandum ipsos transmisit, qui incerto . . . indicio occubuit. Unde cum episcopus illos denuntiasset, illique denuntiatores de terra sua expulissent, heresis crimen impositum est eisdem. Sicque dictus episcopus, accepta a domino papa licentia, super illos multum populum cruce signavit. Tandem dux Brabantinus et comes Hollandiae cum magno exercitu terram illam intrantes omnes cum uxoribus et liberis peremerunt. Der Chronist hat offenbar ein gesundes Verständnis für die Ursache des Ketzerverrufs. Aber seine Nachricht ist außerordentlich summarisch; sie kann höchstens zum Beweise dienen, daß allerdings die Stedinger außer den religiösen auch andere Gründe zur Empörung hatten, und daß der ganze Kampf nicht den Namen eines Kreuzkrieges verdient, daß er vielmehr die Unterdrückung der Rebellion bremischer Untertanen bezweckte.

[1]) Siehe **Schumacher**: Die Stedinger. Beitrag zur Geschichte der Wesermarschen. Über dieses Werk Kap. III S. 38 Anm. 1.

sie erhobene Anklage wegen Ketzerei zu bestätigen schien. Noch 1230 werden sie vom Kaiser wegen ihrer Frömmigkeit urkundlich belobt.[1]) Außerdem aber tritt in den Klagen gegen sie, besonders dann noch in einem Bündnis Gerhards II. mit der Bremer Bürgerschaft, das weltlichste, rein materielle Interesse recht deutlich hervor.[2])

So sind freilich schon spätere Dinge angedeutet, während der Entwickelung der inneren Ursachen des Stedingerkampfes nun seine Darstellung bis zu dem Punkte folgen muß, in welchem Otto von Lüneburg, seiner verschiedenen Verpflichtungen enthoben, zu Ungunsten des Erzbischofs in den Kampf eingriff und dessen ohnehin schon nicht erfolgreiche kriegerische Thätigkeit zum völligen Mißlingen brachte.

Wie aus der schon erwähnten Sentenz vom 17. März 1229 hervorgeht, waren die Stedinger fortgesetzt in Rebellion gegen ihren kirchlichen Oberherrn. Dieser sammelte ein großes Heer und zog gegen sie. Am Weihnachtstage des Jahres 1229 kam es zur Schlacht, welche für den Erzbischof unglücklich verlief. Sein Bruder fiel und mit ihm ein Teil seines Heeres, so daß er mit großem Schaden abzog.[3])

---

[1]) **Huill.-Brèh. III.** S. 497. Kapua. 1230, Juni 14. Friedr. II. lobt die Stedinger, weil sie dem deutschen Orden geholfen hatten.

[2]) **Brem. Urkb. I.** S. 204 Nr. 172. Bremen (?) 1233, März (vor dem 9?). Gerhard II. bestätigt und erweitert die Rechte der Stadt Bremen für die von ihr gegen die Stedinger zu leistende Hülfe. Insonderheit verspricht er die Freiheit der Kaufleute von der Heeresfolge, Aufhebung ungerechter Zölle, Abschaffung schlechter Münzen, sowie, daß ohne Zustimmung der Bremer Bürger keine Schlösser von Hoya bis an die Mündung der Weser erbaut werden dürfen, daß die Bürger von der zu machenden Beute an Land und Geld den dritten Teil erhalten u. s. w. u. s. w. Die Aussicht auf lohnende Beute war gewiß ein Motiv des Krieges. Sonst würde sie wohl nicht zum Vertragsgegenstand zwischen dem Erzbischof und der Bürgerschaft gemacht worden sein.

[3]) Ich folge der **sächs. Weltchronik,** welche nur insofern von den **Ann. Stad.** abweicht, als sie den 25. Dez. noch zu 1229 zählt, während die **Ann. Stad.** mit diesem Tage 1230 beginnen. Die Darstellung in beiden Quellen entspricht den vorhandenen Urkunden,

In den folgenden Jahren ruhten die Waffen. Aber mit Rom wurde verhandelt. Gerhard, der gesamte Klerus und die Edlen der Stadt und Kirchenprovinz Bremen vereinigten sich und sandten Berichte an den Papst, welche die Stedinger der Ketzerei und aller möglichen glaublichen und unglaublichen Schändlichkeiten bezichtigten. Das half. Der Papst verordnete 1231 am 26. Juli die Bildung eines geistlichen Gerichtes, in dem Bischof Johann von Lübeck, der Prior von St. Katharinen in Bremen und der päpstliche Pönitentiar, Bruder Johannes vom Predigerorden, ihres Amtes walteten.[1])

Inzwischen waren in Bremen wichtige Veränderungen im Gange, welche die Ordnung des Bistums auf völlig neue Gesetze stellten. Als der Legat Otto aus Dänemark, wo er sich während des Jahres 1230 aufgehalten, zurückkehrte, vielleicht mit der Ablehnung des Prinzen Abel,[2]) um nun in Deutschland die Kaiserkrone auszubieten, verweilte er einige Tage in der Weserstadt Gerhards II. Es war wohl kurz bevor er durch die Entschlossenheit des Herzogs von Sachsen verhindert wurde, über das Reich noch einmal die Zeiten Heinrichs IV. heraufzubeschwören.[3]) Es wurden zwölf Obödienzen geschaffen, so daß die erste dem Domdechanten, die übrigen elf den ihrer „Emanzipation" nach ältesten Domherren zustanden. Ferner sollten 24 Kanonikate eingerichtet werden. Von vier außerdem gebildeten Archidiakonaten war das erste mit der Domdechanei verbunden, die anderen drei wurden klugen, getreuen Domherren verliehen. Als dann der Legat abreiste, um Otto von Lüneburg Vorschläge zu machen, auf welche wir noch zurückkommen werden, vollendete sein Stellvertreter, Bruder Johannes vom Predigerorden, der päpstliche Pönitentiar, das Bremer Verfassungswerk. Er bestimmte die

---

wie sich in den ff. Anm. zeigen wird. Als Ergänzung zur **sächs. Weltchronik** dient ihre lateinische Uebersetzung (**Maßmann: Zeitbuch des *Eicke von Repgow*** S. 478 ff.)

[1]) **Brem. Urkb. I.** S. 196 Nr. 166. Rieti, 1231 Juli 26.

[2]) Siehe Kap. I. S. 14.

[3]) Kap. II. S. 29 u. 30. **Chron. Alberici Monachi Trium fontium (S. S. XXIII.)** S. 928 sub 1231. Excerpiert bei **Huill-Brèh. III.** S. 439.

Kompetenzen der genannten Ämter und den Zins, welchen die Parrochialkirchen an die Dompropstei zu zahlen verpflichtet waren. Diese Anordnungen wurden, nachdem der Kardinallegat auf ihre Durchbrechung den Verlust des Amtes als Strafe gesetzt hatte, vom Papst zu unumstößlichen Gesetzen erhoben. Damit war ein Herzenswunsch der Bremer Bürgerschaft erfüllt.[1]) Natürlich kamen auch danach bald genug kleine Reibungen und Eifersüchteleien vor. Alle Änderungen, sowie alle Privilegien des Erzbistums wurden 1231 im Juli vom Kaiser bestätigt,[2]) zu derselben Zeit als das Gericht über die Stedinger geschaffen ward.[3]) Es war vielleicht kein Zufall,

---

[1]) In Betracht kommen die ersten 7 Urkunden bei **Hodenberg: Bremer Geschichtsqu. I.** S. 104/107. Es scheint, daß die Verordnungen dem Kapitel wenig lieb waren, denn Kardinal Otto erklärt in Nr. 7, jedes zuwiderhandelnde Mitglied des Bremer Kapitels ipso iure von seinem Amte suspendiert, was er wohl nicht nötig gehabt hätte, wenn sich das Kapitel willig gezeigt hätte. Dagegen scheint der Bürgerschaft die Neuordnung willkommen gewesen zu sein. So könnte ein Mandat des Papstes vom 31. Juli 1227 (**Brem. Urkb. I.** S. 166 Nr. 144) darauf schließen lassen, daß schon damals ein solches Bedürfnis nach Neuordnung in der Bevölkerung vorhanden war. Ex parte communitatis Bremensis fuit nostris auribus intimatum etc. etc. Ueber die Reise des Kardinals Otto bringe ich folgende Data. a) **S. S. XXIII. Chron. Alberici Mon. Trium Font.** S. 927 sub anno 1230 Otto cardinalis fuit in Dacia. b) **Chron. reg. Colon.** sub 1230. Otto, von Dänemark kommend, ist am 25. Dez. in Köln. Von da geht er nach Lüttich. c) **Böhmer: Reg Imp. V. inde ab anno 1198 Bd. III.** S. 1538. Danach kam der Legat, als er die Urkunden erteilte, aus Dänemark. Bald darauf ist Otto abgereist und hat dem Pönitentiar Johannes die Vollendung überlassen. **Hodenberg** l.c.

[2]) **Hamb. Urkb. I.** S. 426 Nr. 495. Amalfi 1231, Juli.

[3]) Die Urkunde des Papstes ist nach meiner Ansicht der Brief aus Rieti 1231 Juli 26. (**Brem. Urkb. I.** S. 196 Nr. 166.) Selbstverständlich behaupte ich nicht, daß zwischen dem Papst und dem Kaiser ein Einverständnis vorhanden gewesen sei. Vielmehr wurde von Bremen aus an beiden Stellen gleichzeitig gearbeitet. Daher der gleichzeitige Erfolg und die Berechtigung, den Zufall als Ursache hiervon nicht anzuerkennen.

daß so gleichzeitig diese Dinge stattfanden, welche auf Bremens Vorteil hinzielten oder doch wenigstens ihn begünstigten.

So verlief das Jahr 1231. Am Ende desselben befand sich Gerhard in Stade.[1]) Noch vorteilhafter für ihn entwickelte sich das Jahr 1232. Der große Reichshoftag von Ravenna brachte zunächst des Reiches Gesetze gegen die Ketzer,[2]) für Gerhard gewiß gelegen. Denn so konnte er mit der Kraft gesetzlicher Bestimmung die Fürsten, gegen die Stedinger vorzugehen, veranlassen. Dann folgten nacheinander die Bestätigungen sämtlicher Schenkungen, welche einst Heinrich, der Pfalzgraf bei Rhein, der Sohn Heinrichs des Löwen, der Bremer Kirche gemacht hatte,[3]) und ein Schutzbrief des Kaisers, durch den er die Predigermönche in Bremen bei ihrer Arbeit, die Ketzerei zu unterdrücken, der thatkräftigsten Unterstützung seitens des Reiches und aller seiner geistlichen und weltlichen Fürsten und Beamten versicherte.[4]) Auch von den Beschlüssen, welche in Cividale zu Gunsten der deutschen Fürsten gefaßt wurden, konnte Gerhard Vorteil haben.[5])

Vom 3. September an war in Deutschland gegen die Ketzer, vom 14. und 29. Oktober an ganz besonders in den Diözesen Paderborn, Münster, Osnabrück, Hildesheim, Verden und Bremen gegen die Stedinger Kreuzpredigt.[6]) Aber der

---

[1]) **Urkb. d. Stadt Lübeck II.** S. 8 Nr. 11. Das **bris** am Schluß der Urkunde deutet auf die Monate Sept.-Dez. Am 10. Dez. 1231 war Gerhard in Hamburg (**Hodenberg: Verdener Geschqu. II.** S. 100 Nr. 57), $1\frac{1}{2}$ Meilen südöstl. von Stade (**Rudolf: Ortslexikon I.** „Harseseld" und „Horneburg". **Hodenberg: Die Diözese Bremen und deren Gaue. Teil I. Bremen.** Celle 1858, siehe die Karte.)

[2]) **L. L. II.** S. 287. Ravenna 1232 Febr. 22. **ibid:** S. 289. Ravenna 1232 März.

[3]) **Hamb. Urkb. I.** S. 428 Nr. 497. Ravenna 1232 März.

[4]) **Brem. Urkb. I.** S. 200 Nr. 162. Ravenna 1232 März.

[5]) **L. L. II.** S. 291. Cividale 1232 Mai.

[6]) **M. G. h. Epist. saec. XIII 1.** S. 388 Nr. 482. Anagni 1232 Sept. 3. Papst Gregor beauftragt den Prior und die Brüder vom Predigerorden. **ibid:** a) S. 389 Nr. 484. Anagni 1232 Okt. 14. Derselbe an den Meister Konrad von Marburg. b) S. 393 Nr. 489. Anagni 1232 Okt. 29. Derselbe trägt den Bischöfen von Minden,

kriegerische Erfolg war gegen den Erzbischof. Das Kastell *Sluttr*, welches gegen die Stedinger gebaut war, fiel in ihre Hände.[1] Von diesem Augenblicke an entbrannte der Vernichtungskampf. Immer weitere Kreise zog die Bewegung.[2] Nun sollten die Bischöfe, welche vorher das Kreuz gepredigt hatten, auch mit der That die Krieger des echten Glaubens unterstützen. Noch mehr! Der Erzbischof gab der Bürgerschaft Bremens außer-

---

Lübeck und Ratzeburg die Kreuzpredigt gegen die Stedinger auf in den Diözesen Paderborn, Hildesheim, Verden, Münster, Osnabrück, Minden und Bremen. c) S. 394 Nr. 490. Anagni 1232 Okt. 29. Derselbe beauftragt den Erzbischof von Mainz strenggläubige Geistliche als Inquisitoren in alle Teile seiner Diözese zu schicken.

[1]) **Sächs. Weltchron.** S. 249. **Ann. Stad.** S. 364.

[2]) Die Darstellung lehnt sich an die bekannten Quellen an. Daneben sind Urkunden zu nennen. a) **Mecklb. Urkb. I.** S. 417 Nr. 413. Anagni 1233 Jan. 19. Der Papst befiehlt den Bischöfen von Paderborn, Hildesheim, Verden, Münster und Osnabrück die Bischöfe von Ratzeburg, Minden und Lübeck, die mit der Predigt gegen die Stedinger beauftragt sind, mit Rat und That zu unterstützen. b) **Brem. Urkb. I.** S. 204 Nr. 172. Bremen 1233 März. Bündnis des Erzbischofs mit der Bremer Bürgerschaft. c) **Huill-Brèh. IV. 2.** S. 605. Oberwesel 1233 März 9. Heinrich (VII.) ratifiziert die vorhergehende Urkunde. d) **Brem. Urkb. I.** S. 208 Nr. 173. Bremen 1233 März 22. Bestätigung durch das Domkapitel. e) **ibid:** S. 209 Nr. 174. Bremen 1233 März 22. Bestätigung durch das Kapitel der Predigerbrüder von St. Katharinen. Am 14. Mai war der Erzbischof noch in Stade (**Mecklb. Urkb. I.** S. 420 Nr. 417). Pfingstsonntag ist Otto vor Bremen (**Sächs. Weltchron.** l. c.) Am 27 Juni Eroberung von Osterstade. Vom 13., 14., 11. Juni vier Briefe des Papstes (**Epist. saec. XIII. 1.** S. 432 Nr. 537) an a) Erzbischof von Mainz, Bischof von Hildesheim, Konrad von Marburg, b) Friedr. II., c) Heinr. (VII.), d) Bischöfe der Mainzer Provinz. Beschreibung des ketzerischen Ritus und Aufforderung, geistlich und weltlich dagegen vorzugehen. Vom 17. Juni 1233 (**Epist. saec XIII. 1.** S. 436 Nr. 539) Mandat des Papstes für die Bischöfe von Minden, Lübeck und Ratzeburg zu erneuter Kreuzpredigt gegen die Stedinger, welche die Stadt Bremen feindlich angegriffen, Kirchen und Klöster und ein sehr festes Kastell *Sluttr* zerstört hätten. Der Ablaß gleicht dem der Pilger ins heilige Land.

ordentliche Privilegien und versprach ihr den Löwenanteil an der Beute, wenn sie ihm gegen die verhaßten Feinde helfen wollte und ließ die darüber ausgestellte Urkunde vom König und von allen geistlichen Instanzen der Stadt Bremen bestätigen. Aber trotzdem waren ihm die Schicksale des Waffenganges mindestens nicht günstig.

Denn eben nun griff Otto ein. Er wollte die Grafschaft Stade zurückgewinnen. Er unterstützte die Stedinger und verheerte das Bremer Land mit Feuer und Schwert. Dann legte er sich vor die Burg Stade. Der Erzbischof scheint aber die Verwüstungen, welche Otto hier anrichtete, nicht beachtet zu haben. Vielmehr zog er mit dem in Bremen versammelten Pilgerheer gegen Osterstade, den östlichen Teil des Stedingerlandes. Ein grausiges Blutbad fand statt. Vierhundert Menschen wurden erschlagen, jeglichen Alters und Geschlechts, und die Gefangenen verbrannt.[1]) Aber die Kraft der Stedinger war noch nicht gebrochen. Graf Burckhard von Oldenburg wurde nebst zweihundert Mann erschlagen.

Noch einmal wurden die Bannbullen erneuert, den Kämpfern gegen die Stedinger nunmehr der Ablaß gewährt, welchen die Pilger ins gelobte Land erhielten.[2]) Noch einmal mißglückte ein Schiffsangriff des Erzbischofs.[3])

[1]) **Sächs. Weltchron.** S. 249. Die Arbeit **Schumachers: Die Stedinger,** Beitrag zur Geschichte der Wesermarschen 1865, welche der Verfasser der Verherrlichung des Stedingerkampfes gewidmet hat, ist durchaus in engstem lokalgeschichtlichen Sinne geschrieben. Mir wird es erlaubt sein, den Kampf gleichsam sub specie Nordalbingiae zu betrachten.

[2]) Das ist besonders die schon erwähnte Urkunde, in welcher auf die Erstürmung der Burg *Stutter* Bezug genommen wird, Lateran 1233 Juni 17. (**Epist. saec. XIII. 1.** S. 436 Nr. 539.) Dann kommt vielleicht noch die Urkunde vom 31. Okt. aus Anagni in Betracht, welche über den Tod Konrads von Marburg handelt und an den Bischof von Hildesheim, den Erzbischof von Mainz und den Provinzialprior des Predigerordens in Deutschland gerichtet ist. (**Epist. saec. XIII. 1.** S. 455 Nr. 561.) Der Tod Burckhards von Oldenburg nebst 200 Rittern ist aus den oft zitierten Quellen zu ersehen.

[3]) Im Anfang des Jahres 1234 unternimmt der Erzbischof einen Angriff zu Schiff gegen die Stedinger und durchsticht ihre

Am 11. Februar 1234 befahl der König allen weltlichen Gewalten, zur Unterdrückung der Ketzer die ganze ihnen zustehende Macht aufzubieten.[1]) Geeint erschienen, wohl unter der Führung Gerhards, Graf Heinrich von Aschersleben, der Pfalzgraf von Sachsen, der Markgraf von Meißen und die Brüder von Brandenburg. Auch Graf Heinrich von Oldenburg war bei dem Heere.[2]) Andererseits sammelten der Herzog von Brabant, der Graf von Holland und der Graf von Cleve ein großes Kreuzheer. Am dritten Tage nach St. Urban, am 28. Mai, sind 40000 Mann auf dem Felde von Oldenesche gegen die Stedinger vereinigt. Eine furchtbare Schlacht entbrennt. Die Stedinger wehren sich mit der Kraft der Verzweiflung. Heinrich von Oldenburg fällt und mit ihm eine Schaar der Pilger. Aber aller Mut, alle Wildheit ist vergebens. Die Stedinger werden vollständig vernichtet.[3]) Noch besteht die Verordnung

---

Deiche und Dämme Dennoch ist der Zug nicht nur erfolglos, sondern mit großem Schaden verknüpft Er fand vor dem 2. Febr. 1234 statt. (**Sächs. Weltchron.** S. 250.)

[1]) **L. L. II.** S. 302. Frankfurt 1234 Febr. 11. Constitutio generalis, Absatz II.

[2]) Graf Heinrich von Oldenburg fiel in der Schlacht bei Oldenesche **(Sächs. Weltchron.)** Die genannten Herren finden sich nur **Epist. saec XIII. 1**. S. 467 Nr. 573. Lateran 1234 Febr. 11, wo sie der Papst unter seinen besonderen Schutz stellt, weil sie das Kreuz genommen haben. In den Quellen sind sie nicht genannt. Es ist also eine Hypothese, sie mit dem Stedingerkampf in Verbindung zu bringen. **Weiland** in seiner Vorrede zur **Sächs. Weltchron.** und in den **Forschung. z. dtsch. Gesch. XIII.** S. 163 ff. hat nachgewiesen, daß der Verfasser der **Ann. Stad.** vorher eine ganz vorzügliche Chronik schrieb, von der die Annalen gewissermaßen nur ein Kompendium sind. Nun ist aber die Schlachtschilderung von Oldenesche eine so eigentümliche, es werden solche Einzelheiten gebracht, welche nur für einen ganz mit diesen Einzelheiten Vertrauten Interesse haben können, daß man fast annehmen möchte, Albert habe sich in der Schaar der betenden Geistlichkeit befunden. Ist nun auch dieser Bericht nur kompendiös im Vergleich zu demjenigen der verlorenen Chronik, so läßt sich denken, wie genau letzterer gewesen ist.

[3]) Nach der **Sächs. Weltchron.** und den **Ann. Stad.** sind 4000 Stedinger vernichtet worden.

des Erzbischofs über die Siegesfeier, welche jährlich am 27. Mai zum Andenken an die Vernichtung der Stedinger gehalten werden sollte.[1])

Otto von Lüneburg, im Herzen Gerhard II. feindlich gesinnt, und der Papst scheinen sich vor der Katastrophe von der Aktion zurückgezogen zu haben. Wenigstens versuchte dieser, eine Beilegung der Angelegenheit durch den Legaten Wilhelm von Modena herbeizuführen,[2]) ein Versuch, dem jener sicherlich freundlich gegenüberstand, wenn er nicht gar ihn thatkräftig unterstützt hatte. Seine Interessen waren gegen den Erzbischof gerichtet, aber sie noch einmal mit der Sache der gebannten und verfluchten Stedinger zu verbinden, konnte Otto nicht wünschen. Was vor einem Jahre sein Vorteil gewesen, das wäre jetzt gewiß sein Nachteil geworden. Er lief dann Gefahr, dadurch in Konflikt mit dem Papst zu geraten, der ihm als einem Welfen freundlich geneigt war. Dann aber hätte er manchen schönen Zukunftsplan nur denken, nicht ausführen können. Aber seine Ansprüche an Stade gab er nicht auf. Es wird sich alsbald zeigen, wie er sie geltend zu machen wußte. Und so werden wir auch den Erzbischof von Bremen nicht aus den Augen verlieren.

Kapitel IV.

Auf dem Schlachtfelde von Bornhöved fiel die Entscheidung zwischen dem König von Dänemark und den vereinigten Fürsten und Herren Nordalbingiens. Auf Seite der Dänen hatte auch Otto von Lüneburg und Braunschweig gefochten.[3]) Ihre Nieder-

[1]) **Brem. Urkb. I.** S. 216 Nr 181.

[2]) **Brem. Urkb. I.** S. 215 Nr. 179. Lateran 1234, März 18.

[3]) Heinrich der Löwe hatte drei Söhne, den Pfalzgrafen Heinrich, Otto IV., den deutschen Kaiser, und Wilhelm von Lüneburg. Dieser war mit Helena, der Schwester Waldemars II. von Dänemark, verheiratet. Beider Sohn war Otto das Kind. Näher ausgeführt sind die genealogischen Verhältnisse des welfischen Hauses bei **Havemann** Bd. I. S. 129 ff. 381 ff., bei **Heinemann: Heinrich von Braunschweig, Pfalzgraf bei Rhein.** Gotha 1882; bei **Usinger** S. 107 ff.

lage war auch die seine. Er geriet in die Hände des Grafen von Schwerin, Heinrich, und teilte so das Los Albrechts von Orlamünde.[1]) Aber während dieser schon in demselben Jahre seine Freiheit wiedererlangte, da er die Lauenburg dem Herzog von Sachsen übergab,[1]) harrte Otto vergebens seiner Befreiung. War teils sein Widerstreben gegen die Annahme der Bedingungen seiner Feinde an der Verlängerung der Gefangenschaft schuld,[2]) so lag der Hauptgrund für dieses Mißgeschick darin, daß aus solcher Bedrängnis seine Gegner großen Gewinn zu ziehen wünschten. Der Herzog von Sachsen, der Erzbischof von Bremen und der Graf von Schwerin nebst seinen Freunden suchten hier ihren Vorteil nach Kräften wahrzunehmen.[3]) Daß nun freilich am Ende ihre Forderungen unerfüllt blieben, daß besonders der Erzbischof von Bremen ganz leer ausging, lag an dem mächtigsten Schutze, dessen sich Otto erfreute.

Der Papst hatte ihm seine Gunst zugewendet, der König von England für ihn energisch gewirkt.[4]) Ihnen verdankte

---

[1]) Siehe Kap. I. S. 41.

[2]) Daß Otto sich gegen die Bedingungen sträubte, ist daraus zu schließen, daß er selbst die Versprechungen, durch welche er sich loskaufte, nicht zu erfüllen gemeint war. Siehe sein Schreiben an den Papst **Mecklb. Urkb. I.** S. 352 Nr. 367, in welchem er diesen inständig bittet, ihn von seinem Urfehdeeide zu entbinden.

[3]) Das ersieht man aus den weiterhin folgenden Abtretungen Ottos an die Genannten. Sie haben sich damit begnügt, als sie einsahen, daß mehr nicht zu erreichen war. Nach dem Tode Heinrichs von Schwerin hatte sein Sohn Gunzelin die Absicht, Otto in Freiheit zu setzen, wurde aber daran durch den Herzog von Sachsen gehindert. **Ann. Stad.** S. 359. Henricus comes Zwerinensis obiit non dimisso Ottone, domino de Brunswich. Quo mortuo placuit consilio Gunzelini, ut Dominus de Brunswich super ipsius gratiam laxaretur, sed dux Albertus penitus obstitit, donec Hildesaker, eius dominio traderetur.

[4]) Darüber siehe weiterhin die Verhandlungen zwischen Otto, dem Papst und dem Könige von England, ferner **Exkurs I.** Hierher gehört der Brief Gregors IX. von 1228 Dez. 3., welcher von der Witwe Heinrichs die Entlassung der Söhne König Waldemars und Ottos fordert. **Mecklb. Urkb. I.** S. 347 Nr. 361.

er seine Befreiung, ihnen auch, daß die Vorteile seiner Gegner schließlich nur geringe waren, während er selbst in Glück und Macht wuchs.

Waldemar II. hatte bald nach der Schlacht dem Papst mitgeteilt, daß Otto in die Gefangenschaft Heinrichs von Schwerin geraten war,[1]) und sich beklagt, weil seine Söhne sich noch als Vertragsbürgen in derselben Haft befanden.[2]) Nun war der König immer in ausgezeichnet freundlichem Verhältnis zu Rom gewesen.[3]) Papst Honorius III. hatte ihn der Verpflichtungen seines Auslösungsvertrages entbunden. Auch sah man in Rom Dänemark immer als ein besonderes Dominium Petri an.[4]) Dazu kam vielleicht der Wunsch, in dem Welfen einen allzeit getreuen Mann zu besitzen. Kurz, seine Heiligkeit schrieb an die Witwe Heinrichs von Schwerin einen sehr eindringlichen Brief. Er erinnerte sie daran, daß des Weibes Herz von Natur zur Milde geschaffen wäre, daß Härte aber, so unerhört wie widersinnig, sie als Ungeheuer

---

[1]) Ein Brief Waldemars findet sich nicht; aber auch ohne ihn wissen wir das aus dem eben erwähnten Brief Gregors IX. Dort heißt es: „Cum igitur, sicut carissimus in Christo filius noster .. rex Danorum illustris nostris auribus intimavit, tu filios et nobilem virum Ottonem de Brunswich nepotem ipsius iam diu arte custodiae mancipatos detinueris . . . . .“

[2]) Vertrag vom 17. Nov. 1225 (**Mecklb. Urkb. I.** S. 305 Nr. 317). Exeunte rege antiquo duo filii eius intrabunt . . . . . **Vergl. Usinger** S. 344/354.

[3]) **Usinger** S. 20, 222, 363; ferner **Mecklb. Urkb. I.** S. 318 Nr. 325. Rom 1226 Juni 9. Honorius III. befiehlt dem Grafen von Schwerin, die von dem Könige Waldemar für seine Freilassung erhaltenen Geiseln und Gelder zurückzugeben. **ibid:** S. 319 Nr. 326. Derselbe fordert Friedrich II. auf, den Grafen zur Rückgabe der Geiseln und Gelder anzuhalten. **ibid:** S. 320 Nr. 327. Derselbe befiehlt seinem Legaten, sich bei Friedrich deswegen zu bemühen. **ibid:** S. 320 Nr. 328. Rom 1226 Juni 25. Derselbe benachrichtigt den Bischof von Verden und den Abt von Lüne, daß er Waldemar seines Eides entbunden habe. **ibid:** S. 321 Nr. 329, 1226 Juni 26. Er entbindet Waldemar seines Eides.

[4]) Siehe Anm. 3.

erscheinen lassen würde.[1]) Er versprach ihr Sündenablaß und die allerhöchste Gunst der Kirche, wenn sie Otto ohne Säumen in Freiheit setzte. Anderenfalls würde sie allen Grund haben, zu erbangen. Denn seine Pflicht wäre der Schutz der Gefangenen. Er würde dann in anderer Weise gegen sie, die Gräfin, vorgehen. War schon vorher der junge Graf geneigt gewesen, den Welfen zu entlassen, so jetzt noch viel mehr. Andererseits wollte Otto nun um jeden Preis loskommen,[2]) nachdem er fast anderthalb Jahre in Schwerin den Druck der eisernen Ketten ertragen hatte. Er ließ sich also bewegen, dem Herzog von Sachsen die Burg Hitzacker abzutreten und auf die Bedingungen des jungen Gunzelin von Schwerin einzugehen. Durch seine Weigerung, jene Burg abzugeben, war die erste Gelegenheit, seine Freiheit wiederzuerlangen — im Frühling des Jahres 1228 — ohne Nutzen vorüber gegangen. Sollte jetzt auch die zweite ebenso ent-

---

[1]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 347 Nr. 361, Papst Gregor IX. Cum sit mulieribus inditum a natura vel potius munere divino donatum, sectari misericordiam et diligere pietatem: quasi monstrum monstratur horribile, cum mulier illarum oblita contrariis delectatur, divinae et naturali legi notabiliter reluctando. Diese Probe wird genügen. Was oben geschrieben ist, entstammt fast im Wortlaut dem Briefe Gregors.

[2]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 352 Nr. 367. Otto bittet Gregor, ihn von seinem Eide zu entbinden. Dieser Brief beweist, daß Otto eben zunächst nur loskommen wollte. Er spricht davon, wie er es unternommen habe, seinen Oheim zu befreien, wie er dann in Gefangenschaft geraten sei, sed ex insperato etiam captus fui et diutissime detentus in vinculis ferreis, a quibus eripi non potui nec absolvi, donec castrum quoddam munitissimum ad me spectans hereditario iure **oportuit dimittere, vellem nollem.** Hätte er also das castrum nicht abgetreten, so hätte er gewiß noch länger auf seine Freiheit warten können. Die Burg ist Hitzacker (**Ann. Stad.** S. 360). **Sächs. Weltchron.** S. 248, Kap. 374. *In deme selven jare do Jerusalem wider gewunnen ward, do ward ledich de hertoge Otto van Luneburch unde let deme hertogen Albrechte Hiddesakere.* **S. S. qui ling. vern. usi sunt II. Chron. duc. de Brunswich** Kap. 17. Hic (Otto) in bello Bornehove contra Albertum ducem Saxoniae et Henricum comitem de Swerin congrediens, in

schlüpfen? Gewiß nicht! Er versprach und beschwur alles, was verlangt wurde, und ließ sich dann vom Papst seiner Eide entbinden. Er hatte dabei ein Vorbild an seinem Oheim, König Waldemar. So schnell freilich wie dieser erreichte er sein Ziel nicht. Zunächst hatten seine Feinde den Vorteil und hielten ihn fest.

Es will scheinen, als ob Otto mit Gunzelin von Schwerin und Albrecht von Sachsen einzeln Verträge geschlossen habe, wohl beide an demselben Tage. Denn in der Urkunde, durch welche er jenem die Lehen seiner Familie bestätigte, ihn mit einem Burghof jährlichen Ertrages von 100 Mark begabte und seinen Kaufleuten und Dienstmannen Rechtsschutz zugestand, in der Urfehdeurkunde des Jahres 1229[1]) ist von Hitzacker nirgends die Rede, von dem Herzoge nur insofern, als diesem im Falle eines Vertragsbruches seitens Ottos Lüneburg übergeben werden sollte. So war doch Albrecht

---

vigilia, IV. feria scilicet, Mariae Magdalenae cum comite Alberto de Orlemunde cumque aliisque fuit captus anno domini 1224. Unde pro sua liberacione castra Hidsackere et Louenborch et Theram cis Albiam dereliquit. Der Verfasser schreibt im vorletzten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts, wie man aus einer anderen Stelle desselben Kapitels sieht: Erici regis Daciae nunc regnantis 1282. Daher die mangelhafte Datierung. Weiland bemerkt die Unrichtigkeit unter dem Texte in Anm. 5. Graf Albrecht wurde bei Mölln, nicht bei Bornhöved gefangen. Die erste Gelegenheit war für Ottos Freilassung nach Heinrichs von Schwerin Tode (17. Febr. 1228) geboten.

[1]) Über die Urkunde siehe **Exkurs I.** Otto bestätigt Gunzelin die Lehen, welche dessen Vorfahren von denen Ottos gehabt hatten. Sollten über die Lehen Streitigkeiten entstehen, so fügen sich beide Parteien einem Schiedsgerichte von vier edlen Herren. Die Kaufleute und Dienstmannen Gunzelins haben in Ottos Landen einen Rechtsschutz, dessen Umfang in der Urkunde nicht bestimmt ist (ea libertate fruentur, qua iure uti debent). Dafür stehen 30 Braunschweiger Ministerialen und 30 Burgmannen ein, außerdem 20 Städter aus Lüneburg. Das castrum Lüneburg wird, falls die Bedingungen der Urkunde nicht erfüllt werden, dem Herzog von Sachsen und Gunzelin übergeben. Dazu kommt Urfehde.

bei den Vereinbarungen zugegen. Aber kein Vertrag über Hitzacker ist bekannt. Wir wissen jedoch, daß Otto die genannte Burg Albrecht abtrat[1]). Er wird demnach auch diesem den Eid geleistet haben, wie gleichzeitig dem Grafen,[2]) keinen Versuch zu machen, das Verlorene durch die Macht eigener oder fremder Waffen wieder zu erwerben. Dieser Eid verschaffte ihm die Freiheit.

Seine erste Sorge war nun, wie er seine Ministerialen, die sich empört hatten, bewältigen könnte. Diese wurden von dem Erzbischof von Magdeburg und dem Bischof von Halberstadt unterstützt.[3]) Auch war der Kaiser an der Mitwirkung der beiden geistlichen Herren schuld. Das Kampfobjekt war Braunschweig.

Die Erhebung der Dienstmannen war gleich nach der Schlacht von Bornhöved erfolgt. Sie hatten Braunschweig eng umschlossen und in große Bedrängnis gebracht. Mit unsäglicher Mühe und heldenhafter Ausdauer hielten sich die Bürger. Doch schon zogen auch König Heinrich (VII.) und der Herzog von Bayern über Goslar gegen die Stadt, um ihre Ansprüche geltend zu machen. Der Bayer war der Schwieger-

[1]) **Ann. Stad.** S. 360. **Sächs. Weltchron.** S. 248. Kap. 374.

[2]) Der Eid war die Bedingung für Ottos Befreiung. Am 17. Dez. 1228 kamen der Erzbischof von Magdeburg und der Bischof von Halberstadt mit Otto, der noch in Schwerin saß, überein, Walbeck nicht zu befestigen. **Origg. Guelf. IV.** S. 117/118, Nr. XXI/XXII. Ottonis ducis transactio cum Alberto Magdeburgensi archiepiscopo de castro Walbeke non muniendo. Idem promittit Fridericus Halberstadensis episcopus 1229 XVII. kal. Jan. Die Verträge sind vor dem Kriege geschlossen und durch diesen nichtig geworden. Denn als Friedensbürgschaft fand die Schleifung von Walbeck statt. **Sächs. Weltchron.** S. 248 Kap. 374.

[3]) Vergl. **Havemann** Bd. I. S. 368. **Winkelmann** S. 509. Außerdem die Urkunde, durch welche Waldemar den Braunschweiger Bürgern Freiheit von Strandrecht und Zoll in seinen Landen zugesteht. (**Mecklb. Urkb. I.** S. 342, Nr. 357. 1228. Sept. 1) **Braunschweigische Reimchronik, S. S. qui ling. vern. usi sunt. II.** S. 553 V. 7537.

sohn des eben verstorbenen Pfalzgrafen Heinrich[1]). Da erschienen noch rechtzeitig die Markgrafen Johann und Otto von Brandenburg mit großer Ritterschaft und retteten die Stadt ihres Schwagers Otto.[2]) Der König und der Bayernherzog zogen unverrichteter Dinge ab. Damit aber war der Krieg nicht zuende. Vielmehr dauerte die Empörung der Braunschweiger Ministerialen fort, ja sie wurde im Auftrage des Kaisers durch die genannten geistlichen Herren energisch unterstützt.[3])

In diese Wirren trat nun Otto ein. Kräftiges Durchgreifen, meinte er, würde am meisten helfen. Das bedeutete aber einen offenen Kampf. Der begann alsbald mit allen den Übeln im Gefolge, welche den kleinen Krieg so furchtbar machen. Eine große Entscheidung fiel in der Nähe von Brandenburg, wo die beiden Markgrafen vom Erzbischof von Magdeburg aufs Haupt geschlagen wurden, und zwar teils, weil ihnen das Terrain ungünstig war, teils weil sie nicht mit der nötigen Umsicht und Geschicklichkeit vorgingen.[4])

Otto war bei dieser Niederlage nicht zugegen. Dennoch hatte er — es ist wenigstens sehr wahrscheinlich — in irgend einer Weise daran Anteil. Schon daß der Erzbischof seine Burg Walbeck schleifen mußte, wie die sächsische Weltchronik berichtet, beweist das. Denn noch vor Ottos Entlassung aus Schwerin hatte der Kirchenfürst ihm urkundlich versprechen müssen, jenen Ort nicht zu befestigen.

---

[1]) **Chron. duc. de. Brunsw.** S. 583 Kap. 15. **Winkelmann** S. 509. **Havemann** Bd. I. S. 368.

[2]) **Braunschweigische Reimchron.** S. 553 V. 7537 ff.

bin dher zit algelich
mit dher stat von Bruneswich
orlogeten dhe dhenestmann.
von Brandenborch marchreve Johan
unde marchreve Otto, dhe bruder sin,
dhe reten zo Bruneswich in
mit ritterscaph grozer eren
und halphen dhe stat weren.
se theten iz ouch durch recht
wente ihr vater, marchreve Albrecht,
gaph dhe leben tochter sin
Mechtilde, dhe maget fin,
von Luneborch dem kinde, als ich las;
dhe ir zvier svester was.

[3]) **Havemann.** Bd. I. S. 368. **Ann. Stad.** S. 360.

[4]) **Chron. Magdeburgense (Meibom II).** S. 330 findet sich die Schilderung der Schlacht.

Auf einer anderen Seite ging indessen das Sengen und Plündern, wohl untermischt mit einigen Scharmützeln, fort. Im Gebiete des Bischofs von Verden scheint die Verwüstung besonders arg gewesen zu sein.[1]) Wer aber schlimmer gehaust hat, die Braunschweiger Ministerialen oder Otto, das zu entscheiden wird schwer sein.

Wir lenken nun unseren Blick, indem wir diese Fehde verlassen, wieder auf die Stedingerkriege, insofern sie für des Welfen nordalbingische Stellung bedeutsam sind, zugleich auch auf seine Beziehungen zum Papst und zum König von England. Es ist schon angeführt worden, wie der Herzog von Sachsen und der Erzbischof von Bremen sich über die Grafschaft Stade geeinigt hatten, so daß diesem das Recht auf sie gesichert wurde, jener dafür andere Gebiete von Gerhard zu Lehen nahm.[2])

Otto meinte als Neffe des Pfalzgrafen Heinrich aber bessere Ansprüche auf die Grafschaft geltend machen zu können und suchte sein Recht durch die Kraft der Waffen darzuthun. Um dabei nicht etwa durch die geistlichen Machtmittel des Erzbischofs von Bremen gestört zu werden, wünschte er sich der Gunst des Papstes zu versichern. Diese ward nun sein Ziel. Schon während des Krieges mit seinen Ministerialen und dem Erzbischof von Magdeburg, vielleicht noch vor der Schlacht bei Brandenburg, hatte er jenen Brief an Gregor geschrieben, daß er ihn seines Urfehdeeides entbinden möge. Absichtlich hatte er keine Personen genannt, denen er verpflichtet war. Aber der Überbringer des Schreibens, ein Predigermönch, war hinlänglich unterrichtet und wohl angewiesen, was er mit seiner Heiligkeit zu besprechen hätte.[3])

---

[1]) Otto entschädigte erst 1231 Bischof Iso von Verden mit 20 Hufen in Blekmar für die Verwüstungen der Kriegszeit, 1232 in ähnlicher Weise die Äbtissin von Gandersheim. **Origg. Guelf. IV.** S. 122, S. 127, Nr. XXVII., Nr. XXXII.

[2]) Siehe Kap. II. S. 20.

[3]) **Origg. Guelf. IV.** S. 120 Nr. XXV. Rieti 1231 Jan. 15. Der Papst schreibt, er habe Ottos Brief und Wünsche durch den Predigermönch O. empfangen. Nobilitati tuae litteras quas per dilectum filium O. fratrem Ordinis Praedicatorum nobis destinare curasti.

Gleichzeitig schickte Otto den Meister Galfried, seinen Vertrauten, nach England zum Könige Heinrich. Dieser nahm den Gesandten gut auf und ließ ihm eine bedeutende Geldanweisung machen.[1]) Mancherlei wurde dann verhandelt. So, ob des Königs Schwester den Herzog (?) von Anhalt heiraten dürfte oder nicht. Ferner sollte Heinrich seinen Einfluß bei der Kurie geltend machen, damit Otto um so eher seine Verluste wieder wett machen könnte.[2]) Das that der König. Er verfaßte, man kann wohl sagen, ein Loblied von der kirchlich ergebenen Gesinnung seines Vetters[3]) und sandte damit und mit gutem Gelde Herrn Galfried nach Rom.[4])

---

[1]) **H. Sudendorf: Die Welfenurkunden des Towers zu London.** Hannover 1844. S. 105 Nr. 51. Morleberg 1229 April 4. Nr. 52 Morleberg 1229 April 5. Der König von England befiehlt seinen Schatzmeistern, Herrn Magister Galfried, dem Kleriker Ottos, 100 solidi und außerdem jährlich 5 Mark zu geben und verspricht ihm für die Zukunft eine Pfründe.

[2]) **Mecklb. Urkb. I.** S. 351 Nr. 366. Guilford 1229 März 7.

[3]) **Rymer: Foedera, conventiones, litterae inter reges Anglorum . . . I. 1.** S. 194. Quod vestra dignata fuit paternitas vestras misericorditer partes interponere pro deliberatione dilecti consanguinei O. Ducis de Bruneswic illustris a carcere in quo detinebatur vinculis mancipatus, sanctitati vestrae ad quantas possumus assurgimus gratiarum actiones. Et cum non fuerit inter Christianos principes aliquis, quem sedis apostolicae non contingat gratiam implorare, paternitati vestrae pro dicto consanguineo nostro devotissime duximus supplicandum, quatinus ipsum intuitu consanguinitatis nostrae propensius commendatum, gratiam vestram circa cum continuare velitis honores eius cum tempus affuerit si placet promovendo et ipsum principibus imperii commendando confidenter enim credimus et in domino speramus quod ipsum inter omnes principes imperii filium invenias devotiorem et mandatis sedis apostolicae cui deliberationem suam penitus ascribit, pronius obsequentem.

[4]) **ibid:** S. 494 Morleberg 1229 April 4. Heinrich schreibt Otto folgendes: Super praedictis iuxta petitionem vestram domino papae scripsimus, regratiantes eidem pro vobis super gratia qua vobiscum egit, cum in captivitate teneremini . . . . Et ut negotium istud felicius manciparetur dilectum magistrum

Von dieser Zeit an herrschte ein reger diplomatischer Verkehr zwischen Otto und Heinrich; ja der Welfe ist, wie es scheint, selbst in England gewesen und hat im Windsorpark und Havering die Freuden der Jagd genossen. In jenen Tagen, wo sich der König so gastlich erwies, wurde zwischen beiden Fürsten vereinbart, daß ihre Unterthanen in ihren beiderseitigen Ländern Handels- und Zollfreiheit haben sollten. [1])

Im Jahre 1231 war Otto wieder in seinen Gebieten. Schon im Januar traf ihn hier ein huldvoller Brief des Papstes, darin ihm außer der Bestätigung eines beiläufigen Wunsches die heiligste Liebe der Kurie in erhöhtem Maße verheißen wurde.[2])

In dieser Zeit war der Erzbischof von Bremen schon ganz in seine Kämpfe mit den Stedingern verwickelt. Und wenn Otto sich jetzt die Bedrängnisse Gerhards nicht zu nutze machte, so lag das daran, daß er selbst noch andere Fragen zu erledigen hatte, ehe er an die Eroberung der Grafschaft Stade gehen konnte.

Bereits im Jahre 1229 zeigte sich ziemlich unverhüllt, weshalb der Papst den Welfen so begünstigt hatte.

Er hoffte in ihm einen ergebenen Mann zu besitzen, den er gelegentlich gegen den Staufer zum Kaiser erheben konnte. Bald nach Ottos Befreiung war versucht worden, diese Hoffnung zu verwirklichen. Der Mittler dabei war der König von England. Schon am 4. April schrieb er seinem Vetter, er habe

---

de G. de cuius diligentia et fidelitate certam fiduciam obtinemus quod studiosius quolibet alio pro vobis laboravit, ad curiam destinavimus . . . .

[1]) Im September hatte Otto seinen Vogt Cäsarius von Walbeck, Rudolf von Rolsted und Bruder Willekin nach England geschickt. **Sudendorf: Welfenurkunden.** S. 106 Nr. 53. London 1229 Sept. 26. Geldanweisung des Königs für jene. **Origg. Guelf IV.** S. 115 Nr. XVIII. Westminster 1230 Juli 18. S. 115 Nr. XIX. Westminster 1230 Juli 18. Der König teilt seinen Beamten in Windsor und Havering mit, daß Otto dort unbehindert jagen solle. S. 116 Nr. XX. Westminster 1220 Nov. 10. Litterae liberi commeatus ab Henrico hominibus Ottonis concessae.

[2]) **Origg. Guelf. IV.** S. 119 Nr. XXV. Lateran 1231 Jan. 15.

den Papst gebeten, das Bestreben zu Ottos Ehrung und Erhöhung wachsen und von Dauer sein zu lassen.[1]) Da im folgenden Jahre der Legat, Kardinaldiakon Otto von St. Nikolai in Carcere Tulliano, nach Dänemark reiste, sondierte er die Stimmung in Deutschland und fragte bei dem Herrn von Lüneburg wohl auch an. Dessen Antwort ist nicht bekannt. Vielleicht behielt er sich die Entscheidung vor. Als dann aber der Römer aus dem Norden zurückkehrte und seine Frage wiederholte, da entgegnete ihm Otto mit einer runden Absage: Ihn gelüste nicht danach zu sterben, wie sein Oheim Kaiser Otto gestorben sei.[2]) Es war dies etwa in der Zeit, da der Herzog von Sachsen das Würzburger Konzil verhinderte.

[1]) **Sudendorf: Welfenurkunden.** S. 103 Nr. 50. Morleberg 1229 April 4. H. III. D. G. R. A. dil. cons. . . . Audito nuper ex relatione devoti vestri magistri, Gaufridi clerici vestri, quod a carcere et vinculis; quibus detenti fuistis, prospere et sine corporis vestri damno et dispendio soluti estis . . . . iucundi animis effecti sumus; Super praedictis iuxta petitionem vestram domino papae scripsimus, regratiantes eidem pro vobis super gratia, qua vobiscum egit, dum in captivitate teneremini, nec non et personam vestram propensius ei duximus commendare et pro vobis tamquam pro nobis affectuose supplicantes rogare, quod gratiam et favorem, quem erga personam vestram gessit, ex interventu nostro circa vos augere velit et continuare honori vestro et **sublimationi** vestrae intendendo, et principibus Allemaniae specialiter pro amore nostro commendando.

[2]) **Chron. Alberici Monach. Trium Font.** S. 926. anno 1230. Otto dyaconus cardinalis scti Nicolai in carcere Tullii missus est a domno papa ad submittendum et conciliandum animos archiepiscoporum et episcoporum et baronum terrae domno papae in depositionem regis Allemaniae Heinrici, filii imperatoris Frederici, a domno papa excommunicati, et ad electionem alterius, qui repertus fuisset idoneus. Sed inter factum et dictum multa frequenter occurrerunt impedimenta. Qui legatus in vigilia Valentini (13. Febr.) veniens Hoyum honorifice a Johanne episcopo recipitur in castro Hoyensi. Dann war der Legat in Dänemark, um dort über die streitige Bischofswahl für Riga zu entscheiden (S. 927). Von da kam er im Nov. 1230 nach Bremen. Zu Weihnachten war er in Köln (**Chron. reg. Colon.** S. 262).

Ja, Otto war vielmehr gesonnen, den Haß, der Welfen und Staufer geschieden, der sie getrieben hatte, sich gegenseitig zu vernichten, auszulöschen. Noch freilich fand er bei dem Kaiser kein Entgegenkommen.[1])

Außerdem hatte er seine Ansprüche auf die Grafschaft Stade nicht aufgegeben. Er stützte seine Forderungen auf ein offenes Schreiben seines Oheims Heinrich, welches die Ministerialen und Bürger der Stadt und Grafschaft Stade zum Gehorsam gegen seinen legitimen Erben Otto ermahnte.[2]) Dieser Brief vom Jahre 1229 widersprach jedoch ganz offenbar den beiden Urkunden, welche der Erzbischof von Bremen aufzuweisen hatte.[3]) So war von selbst die Notwendigkeit vorhanden, die Entscheidung über das streitige Recht mit den Waffen zu suchen. Dabei fuhr der Erzbischof sehr schlecht. Denn weil er gleichzeitig mit den Stedingern im Kampfe lag, der nach den gemachten Schilderungen bedeutende Kräfte erforderte, geriet er nun sozusagen zwischen zwei Feuer. Während er mit jenen um das Kastell *Slutter* stritt, griff Otto Bremen an und verwüstete das Land umher mit Feuer und Schwert.[4]) Stade erlitt dasselbe Los. Der Erzbischof konnte es nicht wehren. Und doch errang er in jenen Tagen den ersten großen Sieg über die Stedinger.[4]) Er suchte Ottos Bewegungsfreiheit da-

---

Dann hielt er sich in Lüttich auf (**Chron. Alberici Monach. Trium Font.** S. 928 anno 1231), als Herzog Albrecht den Aufruf an die geistlichen sächsischen Fürsten erließ. So wird der Antrag an Otto kurz vor Weihnachten 1230 erfolgt sein. Alberich berichtet darüber (S. 949) bei Gelegenheit des Todes Waldemar II.: Tres filiis reliquit, regem Ericum, ducem Abel et comitem Christophorum. Istum Abel voluit aliquando papa regem Allemaniae contra imperatorem constituere. Quo recusante, quod non haberet tot et tanta, quibus se imperatori opponeret **duce etiam Ottone de Brunsvic similiter recusante ac dicente, quod nollet mori simili morte, qua patruus suus imperator Otto fuit mortuus.**

[1]) **Havemann**, Bd. I. 369/370.

[2]) **Origg. Guelf. IV.** Praefatio. S. 80. § 20. Litterae Henrici Palatini ad annum 1223 referuntur.

[3]) Kap. II. S. 19.

[4]) **Sächs. Weltchron.** S. 249 Kap. 377.

durch zu lähmen, daß er ihn der Gemeinschaft mit den Ketzern beschuldigte. Der aber hatte solchen Fechterstreich vorhergesehen und unter des Papstes Schutz in der Diözese Hildesheim seine Rechtgläubigkeit durch Verfolgung der Häretiker ausgiebig bewiesen. Gerhard blieb daher nichts übrig, als durch einen Vertrag mit Otto Waffenstillstand zu schließen.[1]) Vielleicht war der Welfe dazu grade in dem Zeitpunkt sehr geneigt. Denn nahe bevor stand ihm die Aussöhnung mit dem Kaiser und eine Erhöhung seines Ranges, die ihm und seinem Hause mehr bedeuten sollte als die Kaiserkrone.

Mit Eifer hatten sich mehrere Fürsten deshalb bei Friedrich II. seiner angenommen. Es gelang ihnen, den Kaiser umzustimmen.

Schon im September 1234 beauftragte dieser den Patriarchen von Aquileja, den Bischof von Bamberg, den König von Böhmen, den Landgrafen von Thüringen, die Markgrafen von Brandenburg und die Grafen von Arnstein, mit Otto in Unterhandlung zu treten.[2]) Das geschah. Und so wurde vorbereitet, was dann im August 1235 in Mainz zur Vollendung kam. Dort wurde in feierlicher Weise Otto mit seinen zu einem Reichsfürstentum umgeschaffenen Allodien vor den versammelten Fürsten belehnt. Fortan hieß er Herzog Otto I. von Braunschweig-Lüneburg.[3])

---

[1]) **Schumacher** S. 180 Nr. 69. Otto hatte mit Gerhard einen Vertrag geschlossen, aber nicht gehalten. Daher Klage Gerhards an den Papst und dessen Antwort von 1235 Aug. 11. (**Westfäl. Urkb. V.** S. 194 Nr. 413), in welcher er mehrere Geistliche beauftragt, durch Kirchenstrafen Otto zur Aufrechthaltung des Vertrages zu zwingen. Siehe ferner **Epist saec XIII. 1.** S. 466, 467 Nr. 572/573. Schutzbriefe des Papstes für Otto 1234 Febr. 11.

[2]) **Origg. Guelf IV.** S. 141 Nr. XIV. Montefiascone. 1234 Sept. Fried. d. G. Imp. mandatum ad patriarch. Aquil. etc.

[3]) **Huill-Brèh IV. 2.** S. 754 ff. Otto giebt dem Kaiser sein „*Eygen*" Lüneburg. Der Markgraf von Baden und der Herzog von Bayern verkaufen namens ihrer Gattinnen, der Töchter des Pfalzgrafen Heinrich, dem Kaiser die Stadt Braunschweig. Dieser überträgt alles dem Reich. Otto leistet Hulde, empfängt das unter Beistand der Fürsten geeinte und zum Herzogtum und Reichsfürstentum geschaffene Territorium mit der Erbfolge für Söhne und Töchter als Lehen mit mehreren Fahnen.

Nun hielt ihn nichts mehr davon ab, Stade für sich zu erobern. Mit allen Kräften versuchte er jetzt, da er der Vorsicht nicht mehr bedurfte, es dem Erzbischof zu entreißen. Er belagerte Bremen, erzwang Geld und andere Abgaben, verheerte die Gegend durch Feuer und Schwert und zog dann ab. Es gelang ihm darauf, ein wichtiges Kastell in seine Gewalt zu bekommen.[1] Gerhard geriet in die größte Besorgnis. Er bat den Papst, ihm doch ja gegen den unermüdlichen Dränger zu helfen. Der Bischof von Minden hatte auf seine Veranlassung schon vorher über Otto den Bann ausgesprochen. Aber Papst Gregor beschränkte die Strafe in seiner Bestätigung ausdrücklich auf den Herzog selbst und verbot, sie ohne päpstliche Erlaubnis irgendwie auszudehnen.[2] Auch der Kaiser stand auf des Welfen Seite.[3] Daher blieb Gerhard nichts übrig, als nachzugeben. Er ließ sich zu einem Vergleich herbei, und sein Gegner war klug genug, sich darein zu fügen. Herzog Otto nahm die Lande, welche sein Vorgänger und Vetter, der Pfalzgraf Heinrich, dem Erzbischof von Bremen geschenkt hatte, von diesem zu Lehen. Zum Zeichen ewigen Friedens wurden die Burgen Otternberg und Harburg geschleift.[4]

---

[1] **Ann. Stad.** S. 362. Dux Otto circa festum Martini Bremam obsedit et factis exactionibus et incendiis rediit. Castrum Otterenberche duci traditur a quibusdam, qui illud ceperant quadam nocte.

[2] Der Bischof von Minden hatte den Bann gegen Otto ausgesprochen. Um Bestätigung wandte sich der Erzbischof an Gregor. Dieser hat den Bann bestätigt, (**Sudendorf: Urkb. von Braunschw. u. Lüneb. I.** S. 14 Nr. 14. Perugia 1235 Aug. 17.) ihm aber gleichzeitig jede Wirkung genommen, da er den Bann und das Interdikt über Ottos Land verbietet. Dann aber kommt auch die Bestätigung des Bannes so spät, daß sie wirkungslos ist; sie kommt erst, als Otto schon Herzog und Reichsfürst, als er fast schon Herr von Stade ist, im August 1235.

[3] **Origg. Guelf. IV.** S. 167/168 Nr. LXVII/LXVIII. Augsburg 1236 Okt. 31. Friedrich II. befiehlt den Stader Ministerialen und den Stader Bürgern Gehorsam gegen Herzog Otto.

[4] Der Friede wurde 1236 um den 31. Okt. geschlossen. (**Sudendorf Urkb. I.** S. 16 Nr. 19). **Ann. Stad.** S. 362. Otterenberche et Horborch destruuntur.

Kapitel V.

Wir wenden uns nunmehr Lübeck zu. Die von Heinrich dem Löwen gegründete Stadt, welche an der Trave lag, erhielt schon von ihrem Gründer ein Recht, sowohl Staatsrecht wie Gerichtsrecht, dessen in späteren Urkunden Erwähnung gethan wird[1]). In den folgenden Zeiten, welche über das Nordalbingerland, zu dessen Territorium auch Lübeck gehört, fortwährende Kriege brachten,[2]) verstand es das junge Gemeinwesen, sich von der jeweilig herrschenden Macht seine alten Rechte bestätigen und neue schenken zu lassen.[3]) In den Jahren 1227—1234, der Zeit, in welcher Nordalbingien nach der Schlacht von Bornhöved, von der Dänenherrschaft befreit, sich selbst überlassen war, genoß auch Lübeck die Ruhe des äußeren Friedens. Im Inneren freilich war Fehde und Streit. Bürgerschaft und Geistlichkeit lebten in beständiger Spannung, welche oft in heftigste Feindschaft ausartete. Es kam zu Reibungen aller Art, und, wie die Urkunden zeigen, zu Thätlichkeiten, welche folgendermaßen verliefen. Im Jahre 1227 hatten einige Lübecker Bürger eine Kirche innerhalb der Nikolaiparochie erbaut, ohne den Bischof, wie es erforderlich war, um seine Einwilligung ersucht zu haben.[4]) Verletzt in seinen Rechten, wandte er sich und mit ihm das

[1]) Z. B. **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 9 Nr. 7, Liznich 1188 Sept. 19. Friedrich I. setzt die Grenzen des Gebiets der Stadt Lübeck fest und verleiht ihr bedeutende Vorrechte und Freiheiten. **ibid**: S. 16 Nr. 11 und 12 etwa 1203 und Orthburg 1204 Dez. 7. Waldemar II., König ꝛc., bestätigt die Rechte und Freiheiten der Stadt Lübeck. Scire volumus quod omnia quae tam in privilegio et litteris Friderici imperatoris quam ducis Henrici continentur tam de libertatibus quam de terminis et aliis quibuscumque negotiis etc. etc.

[2]) Bis 1181 hat Heinrich der Löwe die Herrschaft, dann erhält Bernhard als Herzog von Sachsen auch den Titel domins Nordalbingiae. Genaueres siehe bei **Usinger**.

[3]) Vergl. **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 9 Nr. 7, S. 16 Nr. 11 und 12, S. 20 Nr. 13, S. 22 Nr. 15, S. 25 Nr. 20, S. 53 Nr. 42 u. s. w.

[4]) Siehe **Hinschius: Kirchenrecht IV., 1** S. 318 ff. § 215.

Domkapitel, denn St. Nikolai war der Lübecker Dom, an den Papst. Aber nicht allein über die Mißachtung ihrer Rechte klagten die Geistlichen. Auch Kirchengelder, welche für den Baufond des Doms bestimmt, von allen Christgläubigen gespendet worden waren, hatten die Bürger geraubt. Es läßt sich denken, daß diese Grund zu gewaltsamen Vorgehen gehabt haben. Denn nur aus Lust am Hader mit der Geistlichkeit von St. Nikolai würden sie sich wohl kaum an der Freiheit der „Kleriker und anderer religiöser Männer" vergriffen haben.[1]) Immerhin war der Bischof in seinem Recht, wenn er zu solchen Thaten feindseliger Gesinnung nicht schwieg, sondern sich an den Papst wandte. Warum aber wird man fragen, gebrauchte er nicht die Waffen, welche ihm sein hohes Kirchenamt bot, den Bann und das Interdikt? Er konnte ja die Missethäter als Ketzer behandeln. Warum rief er nicht das weltliche Gericht an? Dieses mußte ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen. Er konnte es, gestützt auf ein Gesetz

[1]) Die Darstellung ist eine Rekonstruktion der Vorgänge aus folgenden Urkunden: a) **Urkb. des Bist. Lübeck I** S. 59 Nr. 56 Lateran 1227 Dez. 1. Papst Gregor IX. ernennt die Richter in der Klagesache des Bischofs und des Domkapitels zu Lübeck wider einige Bürger daselbst wegen anmaßlicher Erbauung einer Kirche innerhalb der Grenzen der Nikolai-Parochie. b) S. 60 Nr. 57 Lateran 1227 Dez. 1. Derselbe ernennt die Richter in der Klagesache des Bischofs und des Domkapitels zu Lübeck wegen Einziehung und Verwendung der für die Baukiste der Domkirche bestimmten Opfer. c) **ibid.** S. 60 Nr. 58 Lateran 1227 Dez. 7. Derselbe befiehlt dem Abt von Stade, dem Propst von Zeven und dem Domscholaster in Bremen, einige Bürger zu Lübeck zur Freilassung der von ihnen eingekerkerten Geistlichen durch kirchliche Zensur anzuhalten. Es sind wohl verschiedene, nicht an demselben Tage geschehene Ereignisse, auf welche sich diese Briefe des Papstes beziehen. Es sind auch in den drei Briefen immer wieder andere Bürger als die Träger der Feindseligkeiten namhaft gemacht. Auf den einen Wechsel im Richteramt wird kein Gewicht zu legen sein. Denn wenn statt des Dechanten von Bremen in der dritten Urkunde an dritter Stelle der Domscholaster erscheint, so sind doch die beiden ersten Richter dieselben in allen drei Urkunden, und sie bleiben es auch, wie sich später zeigen wird, im Verlauf der ganzen

Friedrichs II. vom 22. November 1220, zwingen, ihm Recht zu sprechen.[1]) Weil er sich im Schutze des Papstes wußte, und weil er hoffen durfte, so am sichersten zu seinem Rechte zu kommen, verzichtete er, wahrscheinlich gern, auf jede andere Möglichkeit, es zu suchen. Aus einem Gewirr von gegensätzlichen Privilegien hätte er am Ende für sich kein Recht entwickelt, welches ihm nicht von den Bürgern mit gutem Erfolg bestritten werden konnte.[2]) Im Vertrauen also auf einen besonderen Schutzbrief Honorius III.[2]) wandte er sich an Gregor IX. und erlangte, was er wünschte, ein Schiedsgericht, mit Geistlichen besetzt.[3]) Ob sich die Lübecker Gegner seinem Spruche fügen würden, blieb dennoch fraglich. Den Lübeckern war durch die Urkunden, welche ihnen die Reichsfreiheit und die Bestätigung aller Rechte brachten, gewährleistet, nach ihren

Streitsache. Wenn ich nun diese Urkunden in obiger Weise ausgebeutet habe, werde ich nicht den Vorwurf der Unsachlichkeit verdienen. Es ist nicht gut zu leugnen, daß der Bischof die Hülfe des Papstes angerufen hat, wenn dieser schreibt: „Der Bischof von Lübeck, mein ehrwürdiger Bruder und das Lübecker Kapitel brachten ihre Klage zu mir", und daß hierbei die Vorgänge in Lübeck geschildert gewesen sind, wenn der Papst ausführlich die Rechtsverletzungen der Bürger anzugeben weiß. Ob nun der Bericht des Bischofs in einem langen Brief oder in mehreren kürzeren erfolgt ist, ist fraglich. Die nahe Folge der päpstlichen Briefe läßt eher auf einen langen Bericht des Bischofs schließen.

[1]) **L. L. II.** S. 243 ff. Basilica b. Petri 1220 Nov. 22. Constitutio. Absatz IV. Der Bischof war Reichsfürst (**J. Ficker: Vom Reichsfürstenstande** S. 274 Nr. 203 und S. 275), genoß also die Vorteile des genannten Gesetzes.

[2]) **L. L. II.** a) S 236 Frankfurt 1226 Apr. 26. Fridorici II. confoederatio eum principibus ecclesiasticis. b) **ibid:** S. 243 1220 Nov. 23. Constitutio. c) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 45 Nr 35, 1226 Juni. d) **Winkelmann: Acta imperii inedita I.** Nr. 35 u. a. m. e) **Urkb. des Bist. Lübeck I.** S. 36 Nr. 31, Rom 1216 Nov. 24. Papst Honrius III. nimmt das Bistum Lübeck mit allen seinen Gütern und Rechten in seinen apostolischen Schutz.

[3]) Das Schiedsgericht bestand aus dem Abt Christoph von Stade, dem Propst Dietrich von Zeven, in den beiden ersten Urkunden ist als dritter Richter der Dechant von Bremen genannt, in der

Gesetzen, welche sie selbst verbessern durften, gerichtet zu werden.[1]) Das wußte Bischof Berthold sehr gut. Er wußte auch, daß er möglicherweise noch mehr unbequeme Gesetze seitens seiner Gegner erwarten durfte, als diejenigen, welche schon bestanden; denn das konnte freilich nicht geleugnet werden, – und es wurde wohl auch nicht der Versuch gemacht, es zu thun, — daß ein Hauptärgernis für den Bischof und seine Geistlichkeit in einigen Gesetzen bestand, welche es den Bürgern entweder erschwerten oder verboten, ihre Erbschaftsliegenschaften der Kirche oder kirchlichen Personen zu verkaufen, zu vermachen oder zu verschenken.[2]) Wenigstens meinte der Papst, solche Gesetze seien ungerecht, gegen Gott gerichtet und schädlich. Die Bürger schlössen damit Christus, dem doch alle Kirchengüter eigens und besonders zugeschrieben würden, von dem Erwerb seiner Güter aus.[3])

---

dritten der Domscholaster Heinrich. Siehe **Brem. Urkb. I.** S. 143 Nr. 150, **Sudendorf Urkb. I.** S. 5 Nr. 8, **Hodenberg: Brem. Gschquell. III. Beitrag. Das Zevener Urkb.** S. 18 Nr 17. **Urkb. des Bist. Lübeck I.** S. 39 Nr. 32, S. 51 Nr. 47, S. 53 Nr. 48, S. 53 Nr. 49.

[1]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 10 Nr. 7, Liznich 1188 Sept. 19 . . . . . concedimus, ut quicquid infra civitatem sui juris in posterum emendare voluerint sine tamen praejudicio nostri judicis emendare non obmittant.

[2]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 39—43 Nr. 32.

[3]) Da der Brief des Papstes auf das zitierte Gesetz Bezug nimmt (Dez. 18), so ist es jedenfalls schon gegeben worden, ehe noch der Bischof Berthold an den Papst schrieb. Hier enden die Nachrichten über den Streit. Von seiner Beilegung erfährt man nur wenig. Im Jahre 1229 (**Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 54 Nr. 44) urkundet der Bischof über den Vergleich mit der Stadt wegen der Zehnten der vor den Thoren innerhalb des Weichbildes belegenen Ortschaften. Klar ist, daß man das sittliche Pathos in den Briefen des Papstes nicht zu hoch anschlagen darf, daß vielmehr materielle Dinge die Streitobjekte waren. Noch in der Urkunde **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 63 Nr. 54 sind die Nachwehen des Streites zu spüren. Der Generalbeschluß der Stadt, das Verbot für die Bürger, nicht auf der bischöflichen Mühle zu mahlen, wird aufgehoben. 1233 März 15.

Wenn nun auch bis zum Jahre 1229 keine Zeugnisse vorhanden sind, welche den Fortgang des Streites bekundeten, so war er dennoch nicht erloschen. Ob das Schiedsgericht zusammentrat, ob es einen Spruch zustande brachte, welcher von beiden Parteien angenommen werden konnte, oder ob die Briefe Gregors überhaupt unbeachtet blieben, ist mehr als ungewiß. Der Vergleich, welcher 1229 einen Teil der Streitpunkte beseitigte, war wohl das Werk freier Übereinkunft der Parteien. Die Spannung indessen dauerte fort. So war es fortan den Bürgern verboten, ihr Korn auf der bischöflichen Mühle mahlen zu lassen, ein Verbot, von der Gesamtheit der Lübecker Bürgerschaft ergangen. Erst 1233 am 15. März wurde es aufgehoben. So endete dieser Streit.

Gleichzeitig aber hebt sich die Macht Lübecks recht bedeutend, besonders da infolge der zahlreichen Zoll- und Strandrechtsbefreiungen ohne Zweifel auch der innere Wohlstand wächst, wenn auch mannigfache andere Faktoren nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Dieses Wachsen des inneren Wohlstandes ist zu augenscheinlich, als daß es in der Darstellung übergangen werden könnte. Im Jahre 1226,[2]) in den Monaten Mai und Juni, gab der Kaiser Friedrich II. der Stadt Lübeck zwei gewichtige Privilegien, deren eines alte, bis dahin erteilte Vorrechte und Freiheiten, besonders diejenigen Friedrichs I. vom 19. September 1188 bestätigte, deren anderes der Stadt die Reichsfreiheit gab. Die bestätigten Vorrechte waren Grenzerweiterungen, Markt- und Münzrecht,[3]) Freiheit von Zoll

[1]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 63 Nr. 54

[2]) **Chroniken der deutschen Städte XIX. Lübeck I. Detmar I., II., III.** Ferner Urkunden: **Urkb. des Bist. Lübeck I.** S. 10 Nr. 7, **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 9 Nr. 7, **ibid:** S. 16 Nr. 11 und Nr. 12, **ibid:** S. 20 Nr. 13, **ibid:** Nr. 15, Nr. 18, Nr. 20, Nr. 21, Nr. 23, Nr. 27, **Mecklb. Urkb. I.** S. 314 Nr. 321, **Urkb. der Stadt Lübeck I.** Nr. 34 und Nr. 35, 1226 Mai und Juni, die Urkunden Friedrichs II.

[3]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 9 Nr. 7. Item mercatores .... gentium quoque si in eadem civitate quis cambire voluerit Consules autem hanc de nostra donatione praerogativam

und allerhand Abgaben[1]) mehrere Aufhebungen des Strandrechts,[2]) Gewährleistung freien, ungehinderten Durchzugs durch einzelne Länder[3]) und durch das Reich,[4]) die freie Benutzung aller Märkte[5]) und eine Reihe kleiner, aber nutzbringender Rechte, wie das der Waldbenutzung zum Holzhau und Schweinetrieb,[6a]) des Fischfanges in mehreren Gewässern[6b]) und auch schon des Mühlenbetriebes.[6c]) Viel wichtiger noch war die Erteilung der Reichsfreiheit. Diese brachte noch ganz bedeutende Vorteile und gab den Lübeckern auch die Sicherheit, ihre Waren ohne Belästigung seitens der Fürsten und Edlen der anliegenden Gegenden von Hamburg, Ratzeburg, Wittenburg, Schwerin, den Ländern Borwins einzuholen und in diesen Ländern zu kaufen und zu verkaufen.[7]) Sie wurden aller lästigen Abgaben entledigt und mit abermaliger Erweiterung ihrer Grenzen und Gerechtsame reich bedacht. Hiermit war eine solide Grundlage gegeben, auf welcher sich eine Machtstellung aufbauen ließ, zumal andere Vorteile, von einzelnen Herren den Bürgern geschenkt, die Rechte der Stadt wesentlich erweiterten.[8])

---

habeant, ut tociens in anno examinent quociens velint, et si monetarius offenderit emendat etc. Ad haec ut cum mercibus suis libere eant etc. Dasselbe siehe in den oft zitierten Urkunden.

[1]—[6c]) **Die schon oft zitierten Urkunden.**

[7]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** Nr. 35. Friedrich II. erteilt der Stadt die Reichsfreiheit. I. Die Stadt ist reichsfrei, denn sie erhält: a) ihren Rektor vom Reich, b) sie steht unter speziellem Schutz des Reiches, specialiter ad dominium imperiale pertinens. II. Sie hat Weichbildsrecht. III. Sie hat Münzregal gegen eine jährliche Leistung von 60 Mark Silbers an die kaiserliche Kasse. IV. Sie hat Handelsrecht und Freiheit im Reich, in England ꝛc. und in ihren Mauern. V. Sie hat Wald-, Flur- und Fischereirecht. VI. Sie hat Freiheit vom Strandrecht und kaiserlichen Schutz gegen alle Eingriffe in ihre Rechte. VII. Ihr wird durch unsere Urkunde ihre eigene Verfassung, Gerichtsverfassung und Gesetzgebung gewährleistet.

[8]) a) **Schlesw.-Holst.-Lauenb. Urkf. I.** S. 30 Nr. 23. Rom 1227 Nov. 27. Papst Honorius III. überträgt den Lübecker Bürgern den Schutz der Kreuzfahrer ꝛc. Damit ist doch ausgesprochen, daß der Papst den Bürgern die Kraft zutraute, Fremde zu schützen.

Nachdem so gezeigt ist, welche Freiheiten Lübeck erworben hatte, besonders im Zoll-, Markt- und Münzwesen, auch im Seerecht, wird es nötig sein, die positiven Einnahmequellen der Betrachtung zu unterziehen. Bei Übergehung zu kleinen Einzelheiten gehören dazu Zölle, Mühlen, die Fischerei, der Handel, die Gerichtseinkünfte, die Einkünfte aus der Münze und Ähnliches. Die Zolleinkünfte von Waren sind recht bedeutend[1]) und geben einen Begriff auch von der Mannigfaltigkeit der ein- und ausgeführten Dinge. Ebenso ist die Größe des Handels zu ersehen aus dem bunten Gemisch der Nationalitäten, die sich auf dem Lübecker Markt finden, Ruthenen, Normannen, Schweden, alle Stämme aus dem Osten, daneben auch Slaven und Leute aus dem Lande Borwins und seiner Söhne.[2]) Auch mit Hamburg wurde in dieser Zeit eine Übereinkunft auf gegenseitige Handelsfreiheit geschlossen.[3]) So war der Handel, wenn auch nicht blühend, doch wenigstens im Begriff, es zu werden. Nimmt man dazu die zahlreichen anderen Einnahmequellen, vier Mühlen,[4]) mehrere Fischereigelegenheiten, Einkünfte aus dem Gericht und der Münze,[4]) so darf man sagen, daß

---

b) **Mecklb. Urkb. I.** S. 355 Nr. 345 etwa Ende 1227 bis Anfang 1228. Heinrich, Graf von Schwerin, befreit die Lübecker von jedem Zoll und Ungeld in seinem Lande. c) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 43 Nr. 33, Rostock. d) **ibid:** S. 63 Nr. 53, Oldenburg. e) **ibid:** S. 66 Nr. 57/58. f) **ibid:** S. 68/69 Nr. 60/61, Wratislaw III., Herzog der Slaven. g) **ibid:** S. 70/71 Nr. 62/63, Barnim I.

[1]) Anschaulich zusammengestellt sind sie, **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 37 ff. Nr. 32, unter dem Titel „Lübeckische Zollrolle nebst Rechtsaufzeichnungen". Daraus geht hervor, daß von vielen Sachen und bei vielen Gelegenheiten Abgaben erhoben wurden.

[2]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 37 ff. Nr. 32.

[3]) **ibid:** S. 37 Nr. 31. Vogt, Ratmänner und Gemeinde der Stadt Hamburg urkunden über die zwischen beiden Städten, Hamburg und Lübeck, vereinbarte gegenseitige Handelsfreiheit.

[4]) Es ist interessant, zu sehen, welche Mühlen Lübeck besitzt und welche Rolle die Mühle an der Wakenitz spielt. I. An der Trems, Privatbesitz des Wullbodo und seiner Erben, gegen Abgaben, seit 1219 (**Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 24 Nr. 19). Diese Mühle ist wohl bald an den Bischof zurück gefallen, sonst wäre die Aufhebung des Verbots (**ibid:** S. 63 Nr. 54, 1233 März 15.)

Lübeck mächtig emporstreben konnte, wenn ihm die äußeren Verhältnisse günstig waren. Aber Lübeck galt schon für mächtig und einflußreich. Es hatte den Kampf gegen die Dänen aus eigenen Mitteln und, ohne fremdem Befehl ver-

---

nicht zu erklären. II. An der Wakenitz, zuerst beurkundet durch Albrecht I. von Sachsen 1229 Dez. 14 in Beriersdorf, (**ibid:** S. 54 Nr. 43). III. Am Herzogsbach, gemeinschaftlich mit dem Bischof von Ratzeburg, bezeugt durch Gottschalk von Ratzeburg 1230 Sept. 8. (**ibid:** S. 58 Nr. 48). IV. Die obere Mühle, bezeugt durch **Urkb. der Stadt Lübeck II.** Nr. 4, 1210 Dez. 4. Vor dem 14. Dez. 1229 suchen die Lübecker Bürger um die Erlaubnis zur Erbauung einer Mühle an der Wakenitz nach, am genannten Tage urkundet der Herzog von Sachsen, als erster, an den sie sich gewendet haben, über die Erlaubnis, soweit er sie erteilen kann, ausschließlich der Genehmigung des Kaisers, welcher das Regal an der Mühle hat. Der Kaiser genehmigt im Januar 1230 (**Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 55 Nr. 45) mit der Bedingung, daß der gewohnte Mühlenzins an die kaiserliche Kasse zu zahlen sei, und daß nach etwaiger Zerstörung der Mühle ein Neubau auf Kosten der Lübecker geschehen müsse Dann hat die neue Mühle eine Anschwellung des Flusses und damit eine Schädigung des Bischofs von Ratzeburg verursacht. Dafür erhält dieser Ersatz, (**Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 60 Nr. 49) 1231 Sept. 8. In demselben Jahre verzichtet der Herzog Albrecht auf eine Begleichung des Schadens, den ihm die Mühle verursacht hat und erkennt das volle Recht Lübecks auf sie und ihre Einkünfte an. Am 12. Februar 1232 urkundet das St. Johanniskloster zu Lübeck über eine Entschädigung für den Verlust, welchen es infolge der durch die Mühle veranlaßten Ueberschwemmungen ihrer Ländereien erlitten hat. Zur Genehmigung dieser Mühle waren zwei Gewalten berechtigt. Sie bildeten gewissermaßen zwei Instanzen, die niedere der Herzog, die höhere der Kaiser. Der Herzog bewilligt nach seinem Rechte, das er an der Genehmigung der Mühle hat, der Kaiser als Inhaber überhaupt des Mühlenregals. Die übrigen Einkünfte sind in den schon oft zitierten Urkunden Friedrichs I., Waldemars II., Friedrichs II. und in folgenden enthalten: **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 39—43 Nr. 32, **ibid:** S. 54 Nr. 44. Vergleich aus dem Jahre 1229 zwischen dem Bischof von Lübeck und der Stadt. **ibid:** S. 58 Nr. 48 (auch **Mecklb. Urkb. I.** S. 381 Nr. 379), Ratzeburg 1230 Sep. 8, Grenzvergleich zwischem dem Bischof von Ratzeburg und der Stadt Lübeck.

pflichtet zu sein,[1]) geführt und so wesentlichen Anteil an der Erreichung des großen Erfolges, des Sieges in der Schlacht von Bornhöved, gehabt, der doch die Gebiete Nordalbingiens auf lange Zeit von der Dänenherrschaft befreite. Deshalb mögen die Deutschen Livlands sich an Lübeck gewandt haben, mit der Bitte, keinen Frieden mit dem Dänenkönige machen zu wollen, ohne sie einzuschließen.

So mag auch die freie Überlassung eines Hofes in Riga an Lübeck ihre Erklärung finden, wenngleich an dieser Erwerbung die Tüchtigkeit der besten Lübecker Kaufherren einen nicht zu unterschätzenden Anteil gehabt hat.[2]) Lübeck, das sieht man, war schon in gewaltigem Aufschwunge begriffen. Die städtefeindlichen Urkunden Heinrichs (VII.) und Friedrichs II. waren ohne Wirkung geblieben.[3]) Nichts war zum Schaden Lübecks an seiner Verfassung geändert worden, und wenn der Kaiser im Juli des Jahres 1230 schrieb, die Lübecker sollten darüber wachen, daß bei den Turnieren in ihrer Stadt keine Mißbräuche vorkämen, so war dieser Brief nur ein Beweis mehr, wie hoch entwickelt Lübecks Wohlstand im Innern und sein Ansehen nach außen war.[4]) Nicht vergessen sei, daß es im

[1]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 35 Nr. 29, 1225. Adolf von Holstein, Heinrich von Rostock und Heinrich von Schwerin bezeugen, daß ihnen die Lübecker auf eigene Unkosten und freiwillig bei der Belagerung von Ratzeburg Hilfe geleistet haben. **ibid:** S. 49 Nr. 37, 1226. Albrecht I. von Sachsen verspricht mit den Feinden des römischen Reiches und der Stadt Lübeck keinen Vertrag zu machen ohne Zustimmung der Stadt, und erkennt an, daß die Bürger Lübecks zu der von ihnen gegen den Feind geleisteten Hilfe nicht verpflichtet gewesen sind (nulla de justitia, sed de sola et mera liberalitate sua).

[2]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 53 Nr. 41. 1227, **ibid:** S. 61 Nr. 51 1231, außerdem siehe **Exkurs II. Beilage.**

[3]) a) **L. L. II.** S. 278. Worms 1231 Jan. 23. Heinrici regis sententia contra communiones civitatum. b) **L. L. II.** S. 282. Worms 1231 Mai 1. Statutum in favorem principum. c) **ibid:** S. 284. Eberbach 1230 Juni 29. d) **ibid:** S. 286. Ravenna 1232 Jan. e) **ibid:** S. 291. Cividale 1232 Mai.

[4]) **Huill.-Brèh. III.** S. 202. San Germano 1230 Juli 24. Friedrichs II. Brief an die Stadt Lübeck zur Verhinderung von

Jahre 1234 Altlübeck erwarb, welches bisher dem Bischof gehört hatte.

Die Darstellung ist nun auf dem Punkte angelangt, daß es nötig wird, die Verfassung Lübecks einheitlich zu schildern und zu untersuchen, wie sie sich in den Jahren zwischen 1226 und 1234 entwickelt hat.

Lübeck war seit dem Jahre 1226 freie Reichsstadt.[1]) Sie stand unter der unmittelbaren Herrschaft des Kaisers,[2]) welche durch dessen Vogt ausgeübt wurde. Dieser mußte dem Lübecker Gebiete entstammen. Er hatte, vom Reiche eingesetzt,[3]) die Leitung der Stadt und des Kastells Travemünde in seiner Hand.[3]) Das Regiment eines auswärtigen Vogtes war völlig ausgeschlossen.[3]) Die Rechte und Pflichten dieses Beamten waren folgende. Von einer Anzahl Gerichtsgefälle erhielt er den dritten Teil,[4]) auch scheint er die Funktionen eines Richters

Mißbräuchen bei den Turnieren. **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 67 Nr. 59. Lübeck 1234 März 15. Erwerbung von Altlübeck.

[1]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 45 Nr. 35. 1226 Juni. Ut praedicta civitas, lubecensis libera semper sit.

[2]) **ibid:** Videlicet specialis civitas et locus imperii et ad dominium imperiale specialiter pertinens, nullo unquam tempore ab ipso speciali dominio separanda.

[3]) **ibid:** Statuentes etiam ut quandocumque ad regimen civitatis eiusdem aliquis Rector ab imperio statuetur nulla ad hoc officium statuatur persona, nisi fuerit de convicinis locis et conterminis civitatis ipsius, ita quod castellum quod Travenemunde dicitur ab eodem Rectore similiter gubernetur. Ferner **ibid:** S. 47, districtius inhibentes ut nullus extraneus advocatus exercere praesumat. In den Urkunden dieser Zeit heißt der Vogt Gottschalk.

[4]) **ibid:** S. 41 Nr. 32. Qui infregerit quod civitas decreverit etc. de eo quod inde proveniet advocatus tertiam partem. Ferner: Si quis in X marcas etc. tercia pars advocto etc. Vinum vero spectat ad civitatem principaliter. Ferner Qui alium baculaverit etc. pena composicionis X marcarum et plaustratae vini erit, tercia pars advocato. Ferner S. 42. Si quispiam etc. quorum tercia pars advocato. Ferner siquis alium appellando furem etc. ad quorum terciam partem advocatus.

selbst ausgeübt zu haben.[1]) Er war nicht unbeschränkt, da ja auch der Rat richterliche Gewalt hatte,[2]) und bei dem jährlich dreimal stattfindenden placitum legitimum kam er wohl nicht in Betracht.[3]) Dagegen konnte möglicherweise jede Sache an ihn gelangen,[4]) wenn das Urteil des Rates dem Kläger oder Beklagten nicht gefiel. Über Diebstahl, Straßenraub, falsche Beschuldigung, Meineid und Mord und andere Vergehen und

[1]) Der Lübecker Vogt wird erwähnt **ibid:** Nr. 31. Viris honestis etc. advocato et consulibus ceterisque burgensibus. Nr. 24. Advocatus et consules. Diese Urkunden behandeln zum Teil schiedsrichterliche Entscheidungen, bei welchen der Vogt testis ist. Ferner, da bei allen Fällen, wo Bußen vorgeschrieben sind, entweder advocatus und civitas unterschieden sind, oder judex und civitas, und weil sowohl der judex, wenn dieser Ausdruck gebraucht ist, wie der advocatus, wenn dieser Ausdruck gebraucht ist, den dritten Teil erhält, also der advocatus gleich dem judex bedacht ist, kann man wohl annehmen, daß der Vogt eben der judex ist. Siehe **Freusdorff: Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks** S. 83.

[2]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** Nr. 32 Qui infregerit, quod civitas decreverit, consules judicabunt. Ferner: Si quis in X marcas offenderit et plaustratam vini consules judicabunt. Ferner: Si quispiam redarguit super consulum sententiam.

[3]) Ueber das placitum heißt es: (l.c.) In placito legitimo tantum judicabitur de tribus articulis, scilicet de hereditatibus, de cespitalitatum proprietatibus et de rei publicae necessitatibus. Unter diese Begriffe gehören aber weder die vor dem Vogt noch die vor dem Rat zuständigen Sachen. Auch wird die Anwesenheit des Vogtes in keiner Weise erwähnt. Vielleicht war das Vogtding (**Detmar I.** S. 21 Nr. 70) mit dem placitum identisch. Siehe **Freusdorff** l. c. S. 83. Es ist aber völlig unbekannt, welche Befugnisse der Vogt im placitum hatte.

[4]) Das ist nur eine Hypothese, welche als solche nur durch folgende Stelle annähernd berechtigt erscheint: Si quispiam redarguit super domum consulum sententiam, si praevalere non poterit, componet magistris consulum etc. et si ad exteram civitatem appellaverit etc, componet, terciam partem judex etc., wenn man nämlich annimmt, daß der judex zwischen dem Rat und der auswärtigen Bürgerschaft als mittlere Instanz befragt worden ist.

Verbrechen,[1]) welche nicht Erbschaft, Liegenschaft und Staatsinteresse betrafen, stand ihm jedoch amtliche Befugnis zu. In einem besonderen Falle konnte er die Vergehen übersehen oder die Verhandlung darüber unterdrücken. Das alte Lübecker Rechtsfragment läßt uns das aus folgenden Worten entnehmen: „Si quispiam de altero quaerimoniam de quacumque causa moverit et alter negaverit et hoc juramentum praestare coram judice noluerit, si corrigens Reddere quam jurare maluerit, IV^{or} solidos componet, si advocatus supersedere vel dissimulare noluerit."

Die bei weitem wichtigste Behörde aber war der Rat, welcher unter den Ratsmeistern stand und im wesentlichen das Regiment der Stadt in Händen hatte.[2]) Mitglied des Rates zu sein war eine hohe Ehre und ein Beweis für die gute, echte Herkunft, die volle persönliche und dingliche Freiheit und den Besitz ausreichenden, rechtlich unanfechtbaren Eigentums innerhalb der Stadtmauern. Denn so heißt es in der alten Urkunde Heinrichs des Löwen:[3]) *„Wie settet ok, dhat men nemene te in den rat, he ne si echt, van frier bort, unde nemans eghen, unde ok nin ammet hebbe van heren, unde ok si van godeme ruchte unde ok nicht si gestliker lude ofte papen sone, unde dhe hebbe torfacht egen binnen dher muren, unde si van ener frier moder gehboren, dhe nemens egen si."* Aber noch viel beschränkter war der Kreis gezogen, aus welchem die Ratsherren gewählt werden konnten. Denn Handwerker und Eidesverpflichtete waren ausgeschlossen, und so blieben nur die Kaufleute, welche Grundbesitz zu rechter Gewere hatten. Nach Detmar[4]) war bei der Festsetzung der Ratsordnung die Zahl

[1]) Nr. 32 des Lübecker Rechtsfragment. **Urkb. der Stadt Lübeck I.** Nr. 34. Vergl. außerdem **Schroeder: Rechtsgeschichte** S. 593 § 51.

[2]) Sie hatten in einer Anzahl Fälle das Gericht. Sie konnten Münze schlagen lassen, so oft und so viel sie wollten. Wenn ihr Urteil als falsch erfunden wurde, lag ihnen keine Buße ob. Was coram consulibus versprochen ist, bindet. Die Ratsmeister: componet magistris consulum, ferner **Exkurs II. Beilage.**

[3]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 5/6 Nr. 4a und b. Vergl. **Detmar I.** S. 20/21, ferner **Exkurs II.**

[4]) **Detmar** l. c. **Frensdorff** a. a. O. dürfte keinen Widerspruch finden, wenn er Lebenslänglichkeit der Ratsherrenstellen für möglich hält.

der Ratsherren auf achtzehn bestimmt worden, von denen sechs gewählt wurden, während von diesen sechs die übrigen zwölf kooptiert werden sollten. Nach Bedarf konnte die Kooptation ausgedehnt werden. Vielleicht waren es die sechs, welche 1226 als Ratsmeister bezeichnet wurden. Auf zwei Jahre wurden sie gewählt, im dritten Jahre konnten sie abdanken.[1]) Im Jahre 1233 vom 15. März finden sich als unterzeichnete Zeugen der Vogt Gottschalk und dreizehn Bürger, wohl Ratsherren, 1232 am 11. Februar zwölf Ratsherren. 1230 aber, am 8. September, bei dem Grenzvergleich zwischen Lübeck und dem Bischof von Ratzeburg sind unter den Zeugen 26 Lübecker Ratsherren. Man kann also sagen, daß um diese Zeit der Rat aus etwa 26 Mitgliedern bestand.[2]) Die Befugnisse dieser Behörde waren Münzrecht in unbeschränkter Ausdehnung, Gericht, wenigstens über Fälle, welche mit mehr als 10 Mark bestraft wurden, Gesetzgebung, Handhabung des Marktrechts und anderes mehr. Kurz, sie war im eigentlichsten und vollsten Sinne des Wortes die Regierung der Stadt.[3])

Dazu kam als dritter Bestandteil der Verfassung die Bürgerschaft, die in ihrer Gesamtheit das placitum legitimum war. Dieses placitum war nicht nur Staatsversammlung, sondern auch Gerichtsversammlung. Es wurde, nach Detmar, schon von Heinrich dem Löwen eingesetzt und sollte dreimal des Jahres stattfinden.[4]) Seine gerichtlichen Befugnisse erstreckten sich über Erbschaft, Eigentum, in Liegenschaften bestehend, und Erfordernisse des Staatsinteresses.

Der übrige Teil der Gerichtsbarkeit lag in dem Waltungskreise des Rates und des Vogtes. Es wurde schon ausgeführt, daß der Rat über alle Straffälle, welche das Maß von 10 Mark und einem Fuder Wein überschritten, zu urteilen hatte. Vielleicht lag dem Vogte die Vollstreckung ob. Die

[1]) Siehe S. 65 Anm. 4. *kust men iemene in den rat, dhe scal twe iar besitten den rat, des dridden iares scal he vri sin des rades.*

[2]) Aus der **Beilage** von **Exkurs II.** ergaben sich zehn Ratsmeister.

[3]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** Nr. 7, Nr. 32, Nr. 34 ꝛc. und **Detmar I.** S. 21 ff. bis 79 ff.

[4]) Anm. 3.

kleineren Sachen blieben seinem Amtskreise vorbehalten.[8]) Ob ihm auch das Recht über Haupt und Hand zustand, ist nicht ganz sicher.

Wie ausgebildet war das Erbrecht! Welche Fülle verschiedenster Möglichkeiten war vorgesehen![1]) Und das sollte doch wohl Beweis genug sein dafür, daß Lübecks Kulturzustand ein blühender war, wenn anders man überhaupt von hoher Rechtsentwickelung auf bedeutende Kulturhöhe schließen darf.

So war Lübeck ausgezeichnet durch Wohlstand der Stadt, durch freie Verfassung und selbstgebildetes Recht. Die Bürger, wenigstens die Kaufherren, waren rege, das Interesse der Stadt zu fördern. War das doch zugleich ihr eigener Vorteil. Da kam denn noch zu den zwei Wochenmärkten[2]) im Jahre 1232 eine große, jährlich stattfindende Reichsmesse.[3]) Schweden, Gothen, Normannen, Ruthenen, mannigfaltige Völker des Ostens kamen dort zusammen. Und so mag Lübeck schon damals manchem erstaunten Fremden das Bild eines machtgewaltigen Handelsplatzes geboten haben.

---

[1]) **Urkb. der Stadt Lübeck I.** S. 32.

[2]) **Detmar** S. 20 Nr. 68. *unde mene markede to hebbende 2 dage in de Wekene, des mandages unde des donderdages dar mede vorgingen de jar markede.*

[3]) **Schlesw. Holst. Lauenb. Urkf. I.** S. 33 Nr. 26. Datum in castris in prediis augustae 1232 Juli 23. Frid. D. G. . . . . Scire volumus universos quod pro communi utilitate omnium **generales nundinas** apud Lubeke civitatem nostram annis singulis statuimus celebrandas; quae in festo Pentecostes debent incipere usque ad festum proximum scti. Jacobi apostoli duraturae. Quare mandamus universitati vestrae monentes attencius et hortantes, quatinus amodo cum mercimoniis et rebus vestris ad easdem nundinas praedicto termino constitutas annuatim pervenire curetis etc. . . . sub nostra et imperii securitate, quam omnibus venientibus duximus conecdendam. Tenore igitur etc.

Exkurs I.

Wann wurde Otto das Kind aus der Gefangenschaft des Grafen Gunzelin von Schwerin entlassen?

Es ist fast mit Gewißheit anzunehmen, daß Otto das Kind in den ersten Tagen des Jahres 1229 entlassen wurde. Schon Meckl. Urkb. I. S. 350 Nr. 364 Anm. wird der Beweis dafür versucht. Er läßt sich aber vollständig erbringen. Man beachte folgende Daten.

I. Am 3. Dez. 1228 war er noch im Gewahrsam des Grafen. Von diesem Tage ist ein Brief Gregors IX. (Meckl. Urkb. I. S. 347 Nr. 361), durch welchen die Wittwe Heinrichs von Schwerin aufgefordert wird, Otto schleunigst in Freiheit zu setzen.

II. Am 7. März 1229 war Otto frei. Ihn beglückwünschte an diesem Tage Heinrich III., König von England, weil er seiner Fesseln ledig wäre. Es würde ihm auch gelingen, seine Verluste, durch welche er seine Freiheit teuer erkauft hätte, wieder wett zu machen. (Rymer: Foedera . . . I. 1. S. 194).

III. Zu diesen beiden Urkunden tritt ein Privileg Ottos (Origg. Guelf IV. S. 112; auch Mecklb. Urkb. I. S. 357 Nr. 372) vom „November des Jahres, in welchem er aus der Gefangenschaft erlöst wurde". Wenn nun aber nach dem sub. I. Gesagten, Otto am 3. Dez. 1228 noch nicht frei war, so kann dies nicht der November des Jahres 1228 sein, sondern derjenige des Jahres 1229.

IV. Noch schärfer läßt sich die Zeit der Entlassung Ottos aus der Haft bestimmen, wenn sein Urfehdeversprechen in Betracht gezogen wird. (Mecklb. Urkb. I. S. 349 Nr. 364). Zwar ist es undatiert. Aber aus seinem Inhalte geht hervor,

daß die Urfehdeleistung eine der Grundbedingungen für Ottos Freilassung war. Erfolgte diese also, wie feststeht, **vor** dem 7. März 1229, so war gewiß auch die Forderung der Urfehdeleistung erfüllt. So liegt denn das Versprechen (Siehe I. und II.) zwischen dem 3. Dez. 1228 und dem 7. März 1229. Geht man nun auf seinen Wortlaut ein, so findet sich im Schlußsatze folgende wichtige Stelle: Quam securitatem si usque ad Epiphaniam domini non fecerimus, nos et nostri compromissores Dannenberch intrare tenebimur, inde non exituri sicut dictum.

a) Epiphanias als der Termin, an welchem die Urfehde geleistet sein mußte, war vermutlich von den Ausstellern der Urkunde in der nächsten Zukunft liegend gedacht. Wenn also der äußerste Grenzpunkt für Ottos Freilassung **vor** dem 7. März 1229 fällt, dann kann auch hier nur von Epiphanias 1229 die Rede sein.

b) Otto selbst — es ist aus III. bekannt, — hat bezeugt, daß er im Jahre 1229 aus der Gefangenschaft erlöst wurde. Giebt man nun der Wahrscheinlichkeit Raum, daß in seiner Kanzlei als Beginn des neuen Jahres der Geburtstag Christi, der erste Weihnachtstag galt, so ist der 25. Dez. 1228 der früheste Zeitpunkt für Ottos Freilassung.

c) Vor dem 6. Jan. 1229 hatte er wohl schon sein Versprechen erfüllt, oder war wenigstens nicht mehr Gunzelins Gefangener. Nur so erhalten die Worte, welche bestimmen, daß er und seine Kompromissoren in Dannenberg in Haft treten sollen (intrare), wenn Otto bis Epiphanias nicht Urfehde leistet, eine verständliche Bedeutung. Wie kann jemand in Haft treten, wenn er nicht vorher frei ist? Wäre Otto bis zum 6. Jan. der Gefangene Gunzelins geblieben, also noch nicht frei gewesen, so hätte es wohl geheißen, er sollte bis zur erfolgten Leistung in Haft bleiben.

Es erweist sich also, daß Otto frühestens am 25. Dezember 1228, spätestens am 5. Jan. 1229 seiner Fesseln ledig wurde und gleichzeitig Urfehde schwur.

Exkurs II.

Über die ältesten Urkunden, die Gründungsprivilegien der Stadt Lübeck.

Nach Frensdorff (Hansische Geschbl. Jahrg. 1876 S. 136 ff.) ist die bei Detmar (I. S. 21) gegebene Urkunde nicht, wie dieser angiebt, die Handveste Heinrichs des Löwen für die Ratswahlordnung in Lübeck, sondern ein aus der städtischen Autonomie erwachsenes Statut. Frensdorffs Gründe für die Behauptung gipfeln in dem Satze, daß Detmar nicht deutlich sage, er übersetze die Handveste aus dem **lateinischen Original.** An der betreffenden Stelle heißt es nun aber: *Do weren to Lubeke nicht den buremeystere; de helden de dink to rechte, also in eynen dorpe. dar umme dat de hartige sach de groten tosokynge, de dar was, unde dat de stat sic sere beterde, des legede her dar an groten vlit, dat se bleve bi gode unde by eren. unde sete to den irsten, dat men scolae mit rade wiser lude in der stat kesen ses ratmanen van goden geruchte; de scolden vort to sic kesen twelff andere unde de vort also mennyge, also der stat behoff were. dar op gaff de hartige sine hantfestinge, we unde wodane de ratlude scholden wesen. de hantfestinge is to Lattyne, unde sprecht al dus in Dusche in desser wyse etc.* Nun folgt in Form einer niederdeutsch abgefaßten Urkunde eine genaue Aufzählung aller Eigenschaften, welche den Bürger zur Ratswürde befähigen oder ihn davon ausschließen, d. h. *we unde wodane de ratlude scholden wesen.* Ist also vorher gesagt, daß der Herzog eine **lateinische** Handveste über die Ratsherreneigenschaften gab, und folgt dann eine solche deutsch, so muß man notwendigerweise den einleitenden Satz *unde sprecht aldus in Dusche in desser wyse* als die Einführung der folgenden deutschen Übersetzung der **lateinischen** Handreste ansehen.

Ist somit festgestellt, daß Detmar das **lateinische Original** der sogenannten Ratswahlordnung vorgelegen hat, dann ist eigentlich Frensdorffs weitere feinsinnige Untersuchung hinfällig, da es ihm ja darauf ankommt, zu zeigen, Lübeck habe keine älteren niederdeutschen Urkunden und nun ja feststeht, daß die von ihm angefochtene Urkunde lateinisch war. Aber auch den lateinischen Text hat Frensdorff angezweifelt, seine einstmalige

Existenz geleugnet. Indeß er hat sich den direkten Beweis dafür gespart. Er hat zunächst die Hypothese gemacht, es gebe kein lateinisches Original und dann darzuthun versucht, die deutsche Fassung sei nicht von Heinrich dem Löwen erlassen. Nun will ich einmal annehmen, er hätte seinen Beweis gegen die lateinische Urkunde gerichtet. Auch dann ist derselbe nicht haltbar. Ich folge seiner Anordung der Gründe.

1. Die Art der Auffindung:

„Im Jahre 1531 verlangte die Bürgerschaft unter Führung der 64er, als es sich um eine Ergänzung des Rats handelte, Wiederherstellung des alten Rechts, das, wie sie glaubten, der Lebenslänglichkeit der Ratsstellen ein Ende machen würde. Sie fanden, wie ein gleichzeitiger Bericht erzählt, *eine kopie in dem Lübeckischen rechtboeke, dat ein rath plecht to bruken, wenn si idt to donde hebben und lud aldus.* Was folgt, ist genau die Urkunde ꝛc. Vergebens suchte man nach dem *originalbref dusser schrift* (scil. dem lateinischen) und stellte die Vermutung auf, er sei bei einem früheren Ausweichen des Rates abhanden gekommen, oder *idt mochte ok, alse de schriverie vorbrande mit vorbernet syn.* Trotz alles eifrigen Nachforschens — es wurden *kisten geopent, de velichte in hundert jaren nicht geopent weren* — fand man von der *constitution hertog Hinrikes des Louwen,* wie sie immer bezeichnet wird, nur noch eine zweite Abschrift."

Und nun wundert sich Frensdorff, daß man das lateinische Original nicht gefunden habe und bezweifelt die ausdrücklichsten Angaben, sogar eines gleichzeitigen Berichtes. Und warum? Weil andere ebenso alte Urkunden nicht verbrannt sind. Schon die Vorreden zur ersten und zweiten Bändereihe des Codex Lubecensis lehren, wie unendlich viel aus den mannigfachsten Gründen verloren gegangen ist. Will Frensdorff etwa den Zufall dafür verantwortlich machen, daß diese Urkunde vernichtet ist, während der Frieden mit Gothland — er giebt zu, das Original sei verloren — in einem Transsumpt vorhanden ist? Es sind noch ebenso wichtige Stücke der Vernichtung anheimgefallen, z. B. die Auflassung Adolfs II. an Heinrich den Löwen, dessen Freibrief für die Normannen, Ruthenen und Gothen u. a. m. Gegen Frensdorffs Zweifel steht erstens der

bestimmte Bericht Detmars, zweitens der ebenso bestimmte Bericht von 1531, den Petersen: „Ausführliche Geschichte der Lübecker Kirchenreform 1830" bringt. Detmar hat die lateinische Urkunde selbst benutzt für seine Übersetzung. Außerdem ist ja noch eine deutsche Übersetzung in verschiedenen Überlieferungen vorhanden. Siehe a) Frensdorff S. 136. b) Frensdorff: Das lübische Recht in seinen ältesten Formen. Leipzig 1872 S. 67 ff.

2. Der Inhalt mit seinen detaillierten Festsetzungen:

a) „Daß schon früh ein Rat in Lübeck vorhanden war, ist urkundlich bezeugt. Aber ist es deshalb auch glaublich, daß hier von vornherein die Kategorien der zur Ratswürde Tauglichen gesetzlich bestimmt wurden?"

Gewiß ist das glaublich. Das Lübeck Heinrichs des Löwen ist eine Neugründung aus der Mitte des XII. Jahrhunderts, nachdem die von Adolf von Holstein gegründete Stadt verbrannt ist. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß Heinrich der Löwe, in dem Wunsche, durch feste gesetzliche Ordnung die Blüte der Stadt zu fördern, nur die besten, bewährtesten, mit dem Boden auf dem sie wohnten, heimatlich verwachsenen Bürger in den Rat gewählt wissen wollte, zumal Detmar seine Fürsorge als eine bis ins Kleinste gehende ausdrücklich schildert. Schon Wehrmann in Lübecker Zunftrollen hat diesen Beweis angebahnt. Ich füge hinzu, daß die in den Zeugenreihen der Urkunden genannten Ratsherren, welche dort meist scharf von allen anderen Laienelementen, z. B. Ministerialen, Advokaten, Präfekten, adligen Herren als consules Lubecenses unterschieden werden, durchaus den in der Ratswahlordnung gemachten Ansprüchen zu genügen scheinen. Zum Beweise vergleiche man die beigegebenen Reihen der consules (Beilage). Sie sind wohl alle von freier Geburt, sie sind auch Kaufleute, wenigstens Gottschalk von Bardewich, Arnold von Wischelo und Johannes von Molne.

b) „In Wismar, einer Tochterstadt Lübecks, haben Handwerker im XIII. Jahrhundert im Rat gesessen (Crull: Ratslinie der Stadt Wismar. Hansische Gschquell. II. S. XVIII)."

Das kann aber, selbst wenn es für den Anfang, nicht für das Ende des Jahrhunderts Geltung gehabt hätte, nichts vernichten. Wenn Wismar eher als Lübeck sich von der Ratswahlordnung losgemacht hat, die für das Ende des XIII. Jahrhunderts gewiß engherzig war, so spricht das für Wismars bessere Einsicht, nicht gegen das Vorhandensein der Ratswahlordnung.

c) „Es sollen nicht zwei Brüder gleichzeitig im Rate sitzen."

Frensdorff beruft sich auf Crull l. c. S. XX. Aber Alexander Soltwedel kommt bis 1234 überhaupt nicht in Lübecker Ratsherrenreihen vor. Der auf dieses Beispiel gestützte Beweis ist also erst für eine spätere Zeit verbindlich. Von den in meiner Beilage mit gleichen Familiennamen bezeichneten Ratsherren ist aber nicht nachzuweisen daß sie Brüder sind. Deecke: Geschichte der Stadt Lübeck. Lübeck 1844 S. 33 ff. Aber wenn selbst trotz der Bestimmung Brüder im Rate saßen, wie 1201 Luthbert und Alswin (Urkb. der Stadt Lübeck I. S. 14 Nr. 9 und Urkb. des Bist. Lübeck I. S. 26 Nr. 20), so kann man aus der Übertretung eines Verbots doch noch nicht folgern, daß es nicht ergangen sei. Wahrscheinlich hatte Heinrich der Löwe verhindern wollen, was nach seiner Meinung unbillig war, aber die Entwickelung der Verhältnisse war gegen seine Absichten. Die Wahrscheinlichkeit für Heinrichs Autorschaft der Handveste wird aber noch größer werden, wenn sich zeigt, daß diese nur ein Glied in einer Kette von Urkunden ist.

d) „Anders liegt das Verhältnis bei einem zweiten Satze: *nin ammet hebbe van heren*, den die Statuten mit der Ratswahlordnung gemein haben. (Hach: Das alte, lübische Recht.) Unter den Statutensammlungen haben die ältesten deutschen den Satz: *dat si witlic, dat nin man, de en ammet van heren hevet, schall wesen an dem rade der stat to Lubeke*. Ein Rechtssatz dieses Inhalts wird schwerlich aus der Gesetzgebung des Stadtherrn hervorgegangen sein."

Warum nicht? Weil dann nicht Amtsleute des Herzogs in den Rat gewählt werden konnten? Daran konnte ihm gar nicht sehr viel gelegen sein! Vielmehr kam es ihm darauf an, einen Rat zu schaffen, der durch seine Echtheit und Rechtheit,

seine Unabhängigkeit von einem Amte besonders befähigt war, den Handel und die Blüte der Stadt zu heben. Seine Macht über die Stadt verlor der Herzog dennoch nicht. Er hatte ja noch immer seinen Vogt in der Stadt, den er bestellte. Selbst 1226, als Lübeck reichsfrei wurde, blieb die Ernennung des Vogtes dem Kaiser, nur mit der Beschränkung, daß er aus der Nachbarschaft Lübecks sein müsse.

Somit sind Frensdorffs Zweifel nicht berechtigt. Detmars Angabe, daß die lateinische Handveste der Ratswahlordnung von Heinrich dem Löwen sei, bleibt daher als richtig bestehen.

Nun gehe ich aber weiter. In seinem Werk „Die Stadt- und Gerichtsverfassung Lübecks sagt Frensdorff S. 33: „Das herzogliche Privileg (über Lübecks Neugründung) ist jedenfalls schon früh verloren gegangen."

Indem ich seiner Führung folge, glaube ich wenigstens mit der Berechtigung annähernder Wahrscheinlichkeit einen großen Teil dieser wichtigen Urkunde — vielleicht Urkunden —, welche gelegentlich der Gründung Lübecks gegeben wurde, herstellen zu können, wenn auch nur in niederdeutscher Übersetzung. Es ist schon aus dem Vorhergehenden klar geworden, daß Detmar von einer Urkunde dieser Gelegenheit den ihm bekannten lateinischen Originaltext ins Deutsche übertragen hat. Wie, wenn nun nicht nur diese eine, sondern die Gesamtheit der damals zu stande gekommenen Akta ihm vorgelegen und er aus ihnen das für seine Darstellung Geeignete, ins Deutsche übersetzt, in die verschiedenen Kapitel eingeschaltet hätte?

Daraufhin bitte ich nun mir zu folgen, wenn ich zunächst das daraus schäle, was mir auf eine Urkunde zu deuten oder dem Stile einer solchen zu entsprechen scheint. Später werde ich dann an den aus anderen Privilegien bekannten lateinischen Bruchstücken der Gründungsurkunde oder -urkunden nachweisen, daß thatsächlich diese Bruchstücke sich mit Teilen aus Detmars Angaben decken. Vieles freilich ist nicht zu belegen, und daher bleibt die Konstruktion eine nur annähernd wahrscheinliche. Ich beginne den Versuch mit Nr. 56. Dort (S. 14) wird die vollständige Vernichtung Lübecks durch eine Feuersbrunst als Grund angeführt, aus welchem der Kaufmann nicht wieder

aufbauen wollte, zumal der Herzog verboten hatte, dort Markt zu halten. Die Bürger der verbrannten Stadt baten ihn, daß er ihnen eine andere Stätte anweise, wo sie bauen könnten. Er gab ihnen eine Stelle unweit Ratzeburg an der Wakenitz, wo sie die sogenannte Löwenstadt gründeten. Der Ort war aber für Schifffahrt ungünstig und also den Kaufleuten durchaus nicht genehm. Sie klagten solange bei dem Herzog, bis er sich mit dem Grafen Adolf II. von Holstein vertrug und dieser ihm die Burg und den Werder zu Lübeck aufließ. An dieser Stelle nun, meine ich, hat Detmar **zuerst eine Urkunde benutzt**, nämlich die **Auflassungsakte zwischen dem Grafen und dem Herzog.** Ich schäle nun das Urkundenmäßige heraus (Nr. 56 Schluß, 57 ganz), indem ich zugleich die Form einer compositio wähle.

I. Dies ist die Form der Komposition des Streites, welche zwischen dem Herzog Heinrich und dem Grafen Adolf **vereinbart worden ist:** *De greve Alf oplet dem hartige Hinrik dat werder unde de borch to Lubeke, also dat he unde al sine erven unde sine nakomelinge dar nicht mer scalen op saken noch op scalen spreken. Ok lat he ene de wische an beyden siden, dar de Travene plecht over to vloyen de an beyden siden und lat en an lande, an weiden alzo vele, dat er quyk, dat fee van Lubeke, genoch to weydene hebben van deme morgen wente to dem avende. Unde ok gaff he er de vryheit in sineme holte unde in wolde, dat se mochten varen darin, holt to houwende unde van denne to vorende, so vele als ein wagen bynnen eneme dhage van deme morgen bit an den avent voren mochte. Ok let de greve Alf dem hartige al de vryheit, de he had umme Olde Lubeke unde in allen wischen dar umme belegen, dar de vlod der Travene over gheit.*

Ich habe den Text meist aus dem Präteritum in das Präsens gewendet. Vergleicht man denselben mit der Übersetzung des großen Privilegs Friedrichs I. vom 19. September 1188, welche Detmar S. 42 Nr. 123 giebt, so wird man leicht zu der Vermutung geführt, daß jener Text in analoger Weise eine Übersetzung einer lateinischen Urkunde sei. Unwiderleglich beweisen läßt sich eine dahingehende Behauptung nicht. Aber die Art und Weise, in welcher Detmar das Privileg von 1188 wiedergiebt, hat große Ähnlichkeit mit der Art und Weise des vorliegenden Textes.

Friedrichs I. Privileg. S. 72 Nr. 123. I.

Urkb. der Stadt Lübeck I. Nr. 7.

Sunt igitur hii termini usibus eiusdem civitatis nostrae auctoritatis dono assignati: A civitate versus orientem usque ad flumen stubinize, et stubinize supra usque in radagost. A civitate contra meridiem usque ad stagnum racesburgense, et supra usque ad racesburch. A civitate contra occidentem usque ad flumen cikinize, et cikinize supra usque ad stagnum mullne. Intra hos terminos habebunt omnes civitatem nostram Lubeke inhabitantes cuiuscunque fuerint conditionis, omnimodum usum, viis et inviis, cultis et incultis, silvis et pascuis, sive navibus sive plaustris opus sit ad exportandum. Haec a comite bernardo de racesburch nobis resignata civibus nostris donavimus. Similiter comes adolfus in manu nostra resignavit et nos ipsis civibus nostris tradidimus usus et commoditates terminorum subscriptorum: A civitate sursum usque ad villam odislo etc.

Detmar's Übersetzung.

dyt sint de lant vriheide unde scede der lant unde der watere, de de werde keyser Vrederick, de irste des namens, hevet gegheven der stad unde den borgeren to Lubeke to brukende alzo de hartige Hinrik en ver hadde gegheven, van der stat to deme Osten bet to deme vlete geheten de stobnisse, unde vort de Stekenisse op bet to Mollen, bynnen dessen jegenen schal de stat unde de borgere to Lubeke bruken all der wege unde unwege, der lant gebowet edder ungebouwet, wysche unde weyde, water unde vysche, wolde unde holte, myt schepen edder in voderen idt to bringende, wan en des behoff is. vorteme solden se hebben unde brucken der wolde unde des holtes, der wische unde der weide van der stat bet to Odeslb. O. etc.

Unser Text.

De greve Alf oplet dem hartige Hinrik dat werder unde de borch to Lubeke, also dat he unde al sine erven unde sine nakomelinge dar nicht mer scalen op saken noch op scalen spreken. Ok lat he ene de wische an beyden siden, dar de Travene plecht over to vloyende an beiden siden, unde lat en an lande, an weiden alzo vele, dat er quyk, dat fee van Lubeke, genoch to weydene hebben van deme morgen wente to dem avende. Unde ok gaff he er de vryheit in sineme holte unde in wolde, dat se mochten varen darin, holt to houvende unde van denne to vorende, so vele als ein wagen bynnen eneme dhage van deme morgen bit an den avent voren mochte. Ok let de greve Alf dem hartige al de vryheit, de he had umme Olde Lubeke unde in allen wischen dar umme belegen, dar de vlod der Travene over gheit.

Aus vorstehendem Vergleich, glaube ich, leuchtet es ein, daß Text I., Detmars Übersetzung einer lateinischen Urkunde sein kann. Das möge zunächst genügen.

In Nr. 59 S. 15 vermute ich eine **zweite Urkunde Heinrichs des Löwen**, in welcher die schon konstruierte Komposition unter üblichen Formen eingeschaltet ist und dann als Zusatz folgt:

II. »*he ummeboet Normannen, Gaten, Sweden, Denen und Russen, dat se de Travene unde sine stat to Lubeke scalen soken tollenvry, unde 'item' allen kopluden vryheit mit erme gode over lant unde over water, dar to kommende, dar to wonende unde dar to blivende unde van denne to varende, wan se wolden.*«

Daß dies wirklich in einer lateinischen Urkunde Heinrichs des Löwen enthalten war, beweist genau das Privileg Friedrichs I. vom 19. September 1188 (Urkb. der Stadt Lübeck I. S. 9 ff. Nr. 7). Dort heißt es S. 10 Zeile 9 von oben ganz ausdrücklich: Insuper opportunitatibus eorum acquiescentes omnia jura, quae primus loci fundator, **heinricus quondam dux saxoniae, eis concessit et privilegio suo firmavit,** nos etiam ipsis concessimus. Was nun folgt, ist also, wenn es mit videlicet eingeleitet wird, mindestens ein Extrakt aus der Urkunde Heinrichs des Löwen. Wahrscheinlich jedoch ist es, daß sich die Kanzlei des Kaisers, wenn ihr einmal Heinrichs Privileg zu Gebote stand, die Abfassung der neuen Urkunde so leicht wie möglich machte, indem sie alles, was brauchbar war, wörtlich übertrug. In dieser wörtlichen Übertragung heißt es dann Zeile 8 von unten: Rutheni, Gothi, Normanni et ceterae gentes orientales absque theloneo et absque hansa civitatem saepius dictam veniant et libere recedant. Item mercatores cuiuscumque regni, cuiuscumque civitatis huc veniant, vendant et libere recedant. Ebenso heißt es in der Urkunde Waldemars II. vom 7. Dezember 1204 (Urkb. der Stadt Lübeck I. S. 16—19 Nr. 12). Insuper opportunitatibus eorum acquiescentes omnia jura, quae primus loci fundator, **heinricus quondam dux saxoniae eis concessit et privilegio suo firmavit** etc. Wenn nun freilich dieses Privileg nur die wörtliche Abschrift des kaiserlichen ist, so ergiebt sich doch für meine Behauptung der Beweis, daß man, wenn es möglich

war, sich die Abfassung neuer Urkunden durch wörtlich Ab- und Ausschreiben älterer wesentlich erleichterte. Auch Detmar (siehe S. 76 Spalte 2 das Hervorgehobene) nimmt an, daß Kaiser Friedrich im wesentlichen Herzogs Heinrich Privileg wiederholt: *Alzo de hartige Hinrik en ver hadde gegheven.* Bestätigt wird übrigens mein Beweis dafür durch den Bericht Helmolds: (S. S. in usum scholarum recusi. Helmold, ex recensione Lappenbergii Hannoverae 1868 S. 172/173 Kap. 85). De aedificatione Lewenstat. In diebus illis Lubicensis civitas consumpta est incendio. Et miserunt institores et ceteri habitatores urbis ad ducem, dicentes: Diu est ex quo inhibitum est forum Lubike auctoritate iussionis vestrae. Nos autem hactenus detenti sumus spe in civitate hac recuperandi fori in beneplacito gratiae vestrae, sed nec aedificia nostra multo sumptu elaborata nos abire sinebant. Nunc vero consumptis domibus, supervacuum est reaedificare in loco, ubi non sinitur esse forum. Da igitur nobis locum construendi civitatem in loco qui tibi placuerit. Rogavit igitur dux comitem Adolfum, ut permitteret sibi portum et insulam Lubike. Quod ille facere noluit. Tunc aedificavit dux civitatum novam super flumen Wochenice non longe a Lubike in terra Racesburg, cepitque aedificare et munire. Et appellavit civitatem de suo nomine Lewenstad, quod dicitur Leonis civitas. Sed cum locus ille minus esset ydoneus et portu et munimento, nec posset adiri nisi navibus parois, dux iterato sermone cepit comitem **convenire** Adolfum super **insula Lubicensi et portu,** multa spondens si voluntati suae paruisset. Tandem victus comes fecit quod necessitas imperavit et **resignavit** ei castrum et insulam. Statim jubente duce reversi sunt mercatores cum gaudio, desertis incommoditatibus novae civitatis, et ceperunt reaedificare ecclesias et menia civitatis. Et transmisit dux nuncios ad civitates et regna aquilones, Daniam, Suediam, Norwegiam, Ruciam, offerens eis pacem, ut haberent liberum commeatum adeundi civitatem suam Lubike. Et statuit illic monetam et teloneum et jura civitatis honestissima. Helmold kann seine Kenntnis nicht, wie Detmar möglicherweise, aus dem Privileg Friedrichs I. geschöpft haben, da er, ein Zeitgenosse Vicelins, schwerlich noch 1188 gelebt hat. Sein Bericht fließt also aus unmittelbarer Kenntnis der Vorgänge oder Urkunden. Damit hätte ich also

die **zweite** Urkunde gewonnen und zwar diese ganz bestimmt. Die Gewißheit ihres Bestehens giebt auch der ersten größere Sicherheit, wenn ich dazu noch daran festhalte, daß sie in der zweiten wiederholt war. Ist nun noch festgestellt, daß Detmar überhaupt alle Privilegien der Stadt gekannt hat, so ergiebt sich für **I.** größte Wahrscheinlichkeit.

Es folgt die **dritte Urkunde** (Nr. 68 S. 19 ff.). Diese ist aus dem Stile am ersten als solche zu erkennen.

III. »*Do gaff de hartige siner stat to Lubeke etc.: Ik hartige Hinrik miner statt to Lubeke, to deme dat my greve Alfe vor hadde opgelaten, de dorpe alle, gelegen vor der stat over dem Hertogenbeke mit alle deme ackere unde lande dar umme gelegen, bouwet unde unghebowet, ane Ysrahelestorpe unde Leuwen, over de stede der dorpe unde der lant horet myt alleme rechte to der stat Lubeke, also: van der Herincwic wente an de Smalensee, van der Smalensee bet an des Hertugenbeke, van des Hertugenbeke bet an de Wokenisse, so duwers bet an de Strebenisse, van der Strebenisse bet an de Travene, van der Travene bet an de Stobenisse, van der Stobenisse op bet an de Radegast, van Radegast vort op de Kluserwolde, holtes to bruken de to eren howe unde to ander nottorft des stades to Lubeke, ok satte ik in der stat de monte unde den tollen unde mene markede to hebbende 2 dage in der wekene, des mandages unde des donderdages.*«

Die Wahrscheinlichkeit ergiebt sich außer dem urkundenmäßigen Stil durch Heranziehung einiger Urkundenstellen, wobei freilich immer die Hypothese besteht, daß jenen Urkunden als Muster und zur Erleichterung Heinrichs Privileg vorlag. Diese Voraussetzung ist aber keine hervorragend kühne, wenn man bedenkt, wie schon von den Formelsammlungen des Marculf an in den Kanzleien dafür gesorgt wurde, das Aktenverfassen nach Möglichkeit zu erleichtern. Wie oft ist eine neue Urkunde nichts anderes, als eine mit Zusätzen versehene Abschrift einer alten! Zunächst das Privileg Friedrichs I. Wir wissen schon, daß es wesentliche Teile einer Urkunde Heinrichs des Löwen wiederholt.

a) Sunt igitur hii termini usibus eiusdem civitatis nostrae auctoritatis dono assignati: A civitate versus orientem usque ad flumen stubinize, et stubinize supra usque in radagost. A civitate contra meridiem usque ad stagnum racesburgense et stagnum supra usque ad racesburch. A civitate contra

occidentem ad flumen cikinize et cikinize supra usque ad stagnum mulne. Detmar (S. 41 Nr. 122) bemerkt über dieses Privileg: *deme keysere was wol bericht, wo dat greven Alfes vadder de lant hadde hertoge Hinric opgelaten, do he Lubeke begrep, unde so vort legede to der sulven stat veltmarke unde vriheit, unde umme dat de stat unde de borgere hadden lange wesen in der besittinge der lande unde der vriheit, de en hertige Hinric hadde gegeven, de do nochten levede, des so stedigede en de keyser unde gaf en nochtan de stat so ewiger tid unbevoren to besittende.* Auf diesen Bericht folgt eine summarische Übersetzung des bekannten Privilegs von 1188. Detmar hat ganz unzweideutig ausgesprochen, daß es die Bestätigung des von uns angenommenen Privilegs **III.** ist. Noch deutlicher sagt er das in der Übersetzung selbst: *alzo de hartige Hinrik en ver hadde gegheven.* Detmars Aussage verdient Glauben, denn erstens sind 1188 unter den Zeugen Lübecker Bürger und der Lübecker Vogt, Hermannus, advocatus, und als Bürger Esico de Bardewic, Lubertus und andere. Diese werden sicherlich alle Urkunden Heinrichs des Löwen mitgebracht haben. Zweitens spricht für Detmar die eben zitierte Darstellung Helmolds. Drittens ist zu beachten, daß Friedrich I. nach vollständiger Aufzählung der Grenzen und einiger Gerechtsame selbst sagt: sicut tempore ducis heinrici facere **conseverunt.** So entsprechen weiter die Bestimmungen denen der angenommenen Urkunde **III.** Denn auch die scheinbar abweichenden Ortsbestimmungen sind doch thatsächlich nur verschiedene Benennungen für gleiche Begriffe. (Siehe darüber die Anm. Koppmanns zu Detmar I. S. 20 ff.) Viertens kommt noch hinzu, was Waldemar II. am 7. Dezember 1204 (Urkb. der Stadt Lübeck I. S. 16 ff. Nr. 12) sagt. Hoc igitur diligentius attendentes civibus lubicensibus candem, tam in terminis quam in usu finium suorum, vel quibuscumque aliis, **quae eis primum a duce heinrico et postea ab imperatore fretherico collata est, etc. etc.** Dann folgt die Urkunde Nr. 7 des Urkb. der Stadt Lübeck I. fast ganz wörtlich. Somit ist der Inhalt der folgenden Freiheiten u. s. w. zum ersten Male von Heinrich dem Löwen, nachher von Kaiser Friedrich I. gegeben worden. Steht dies fest, so hat Detmar, immer vorausgesetzt, daß er nicht aus den Urkunden Friedrichs I. und

Waldemars II. die Privilegien Heinrichs rekonstruirte, in den angeführten Nummern I. (56/57), II. (59), III. (68) wirklich die von dem Herzog selbst gegebenen Akta übersetzt.

b) Schon aber glaube ich von der Wahrscheinlichkeit bis zur Gewißheit zu kommen, wenigstens für II. und III., wenn ich die Voraussetzung, daß Detmar die betreffenden Stellen aus der Urkunde Friedrichs I. rekonstruiert habe, als zu kühn unterlasse, denn erstens kennt der Chronist wirklich alle Urkunden, nicht nur Heinrichs des Löwen, sondern auch andere, heute nicht mehr vorhandene. Als Beweis seien genannt:

1. Mecklb. Urkb. I. S. 52 Nr. 62. Rom 1158 Jan. 21. Papst Hadrian IV. bestätigt das Bistum Ratzeburg (Vergl. ibid: S. 64 Nr. 70). Diese Urkunde ist eine Bestätigung der Gründung und Schenkung Heinrichs, welche Detmar S. 18 Nr. 67 erwähnt: *de hartige gaff do den dren stichten Lubeke, Mekelenborch unde rasseborch ere vriheit to Bremen besegelt.* Das Original der Stiftung ist verloren, wie Mecklb. Urkb. I. S. 51 Nr. 61 nachgewiesen wird.

2. Die Ratswahlordnung für die Stadt Lübeck.

3. Der Frieden mit Gothland. Urkb. der Stadt Lübeck I. S. 4 Nr. 3. Detmar S. 21 Nr. 65 Ende.

4. Die Gründung von St. Marien, St. Aegidii und St. Johannes. Urkb. der Stadt Lübeck I. Nr. 5, Urkb. des Bist. Lübeck I. S. 4—16 Nr. 3—11, Schlesw.-Holst.-Lauenb. Urkf. I. Nr. 1. Stiftungsurkunde für St. Johannes 1177. Die Stücke beweisen, wie gut Detmar S. 27—35 unterrichtet ist.

5. Detmar erwähnt S. 38 Nr. 110 eine jetzt nicht mehr vorhandene Urkunde Friedrichs I. für Lübeck von 1181, auf Grund deren dem Kaiser die Stadt übergeben wurde. *In deme jare 1181. de keyser gaff also vort den borgeren to blyvende by al erer vryheit und by eren rechte, also de hartige en hadde vor geven unde besegelt an sinen breven; also in der handfestinge bescreven is, de he dar na gaf under sinem keyserliken ingesegele. do wart eme de stat geant wordet by den rike to blyvende.* Zu bemerken ist hier die wiederholte deutliche Erwähnung einer Urkunde Heinrichs des Löwen über Lübecks Freiheiten.

6. S. 40 Nr. 119 erwähnt Detmar eine Bestätigung des Kaisers über die Freiheiten der Mönche von Reynefeld. *de keiser gaf ene sonderliken alle jarlikes vriheit, sonder in de molen to Lubeke unde stedegede en ere vryheit oppe des klosters goet.*

7. Der große Freibrief Friedrichs I. vom 19. Sept. 1188 für Lübeck. Urkb. der Stadt Lübeck I. Nr. 7. Detmar S. 41/42.

Zweitens aber ergiebt sich aus der Art, wie Detmar über die Urkunde Heinrichs des Löwen spricht (man vergl. nur das hier besonders Erwähnte), daß er sie als allgemein bekannt voraussetzt; sonst hätte er gewiß sich über sie viel bestimmter ausgesprochen, als in solchen Verweisungen auf etwas ja Allbekanntes. Wenigstens giebt sich der Chronist auf diese Weise den Anschein großer Vertrautheit mit der Urkunde Heinrichs des Löwen. Dazu kommt dann noch, daß die Namen der Grenzbezeichnungen in **III.** nicht übereinstimmen mit denjenigen der Urkunde Friedrichs, während die Begriffe, welche unter den verschiedenen Namen gedacht sind, in beiden Fällen kongruent sind. Vielleicht, daß Detmar also doch seine Bezeichnungen aus der Urkunde Heinrichs nahm und daß **III.** wirklich die regestenartige Übersetzung Detmars aus der verlorenen lateinischen Originalurkunde Heinrichs des Löwen ist.

Thesen.

1. Die Urkunde Waldemars II. Königs von Dänemark, welche in Schleswig im Anfange des Jahres 1230 über die Auslieferung seiner Söhne Erich, Abel und Christoph ausgestellt wird (Mecklb. Urkb. I. S. 359 Nr. 374), ersetzt den Friedensvertrag zwischen dem Könige und den Mächten Nordalbingiens.
2. Der Stedingerkreuzzug gehört in die Darstellung der nordalbingischen Geschichte von 1227—1234. Wird er nicht beachtet, so fehlt eine notwendige Bedingung für das Verständnis dieses Zeitabschnittes.
3. Die lex Salica ist Volksrecht und Königsgesetz.

Vita.

Natus cum Herwarth Zander Sedinensis a. d. III. kal. Septembr. anno MDCCCLXX patre Abraham, matre Clara e gente Prager, quibus morte nuper mihi ereptis quam maxime possum gratiam semper habebo. Fidei adictus sum Judaicae. In gymnasio civitatis Sedinensis testimonium maturitatis adeptus tempore paschali anni LXXXIX primum Tubingiam, deinde Monachum, tum Lipsiam, denique Berolinum petivi, ut studiis historicis, cameralisticis dictis Nationalökonomie, philosophicis operam darem.

Audivi lectiones doctissimorum virorum, Tubingiae: de Herzog, Schaefer, Schuler, de Siegwart; Monachi: Berchtold, Carriere, Friedrich, Grauert, Heigel. de Hertling, ,Kuhn, Lehr Schöll, Seeliger, Simonsfeld, Wölfflin; Lipsiae: Arndt, Hettner, Lamprecht, de Miaskowski, Pückert, Wenk, Wundt; Berolini: Gierke, Grimm, Lenz, Scheffer-Boichorst, Schmoller, Sering, Zeller.

Ad exercitationes me admiserunt, Tubingiae: Schaefer; Monachi: Heigel, Schöll, Simonsfeld; Lipsiae: Arndt, Lamprecht; Berolini: Scheffer-Boichorst. Quibus omnibus praeceptoribus maximam semper gratiam habebo, imprimis studiorum meorum fautoribus Arndt et Scheffer-Boichorst.

Urkb. d. Stadt Lübeck I, S. 36 Nr. 30 Lübeck 1225. consules	ibid: S. 53/54, Nr. 42, 1227 Dez., 1228 Febr.	ibid: S. 54/55, Nr. 44 1229.	Mecklb. Urkb. I. S. 382/84, Nr. 379 A. B. Ratzeburg 1230 Sept. 8.	Urkb. d. Bist. L. I. S. 70 Nr. 69. 1231 Juli 24.	U. d. St. L. I. S. 60/61 Nr. 50 Breitenfeld 1231 n. Sept.	ibid: S. 62, Nr. 52. Lübeck 1232 Febr. 11.	ibid: S. 63/64, Nr. 54. 1233 März 15.	ibid: S. 67/68, Nr. 59. 1234 März 15.
1. Elwerus de Bardewich								
2. Henricus Wullenpunt	1. Henricus Wullenpunt	1. Henricus Wullenpunt	2. Henricus Wullenpunt 2. Heinrich Wullenpunt	vielleicht auch Riga? in Riga Zeuge	[U. d. St. L. I. S. 61, Nr. 51 Riga 1231]	2. Henr. Wullenpunt	1. Henr. Wullenpunt	1. Henr. Wullenpunt
3. Godescalcus de Bardewich	4. Godescalcus de Bardewich	2. Godesalcus de Bardewich				4. God. d. Bardew.	2. God. d. Bardew.	2. God. d. Bardew.
4. Johannes de Molne								
5. Wilhelmus Albus		9. Wilhelmus(Albus?)	6. Wilhelmus Albus 6. W. Albus	3. Wilh. Albus	3. Wilh. Albus	5. Wilh. (Albus?)		3. Wilh. Albus
6. Hermannus de Vifhausen								
	2. Bernhardus de Ullessen		8. Bernardus Ullesen 8. Bern. Ullesen					6. Bern. Ullesen
	3. Arnoldus de Wischelo							
	5. Johannes de Soltwedele		25. Johannes de Soltwedele 25. Joh. d. Soltwedele	ebenso in Riga				
		3. Henricus Albus					3. Heinr. Albus	5. Heinr. Albus
		4. Elyas Ruz	3. Elyas Ruz 3. Elyas Ruz	1. Elyas Ruz	2. Elyas Ruz	3. Elyas Ruz	5. Elyas Ruz.	7. Elyas Ruz
		5. Membernus				9. Meimbernus	11. Meimbernus	10. Meimbernus
		6. Bertramus Stalbuc	7. Bertramus Stalbuc 7. Bert. Stalbuc.			8. Bert. Stalbuc	7. Bert. Stalbuc	
		7. Olricus Gyr	4. Olricus Gyr 4. Olricus Gyr			6. Olricus Gyr	8. Olricus Gyr	
		8. Richardus de Bocholt					9. Richardus d. Bocholt	5. Richardus d. Bocholt
		10. Thomas		4. Thomas				
		11. Johannes de Brema						
		12. Gerardus de Brema						
		13. Heinricus de Bocholt	20. Heinricus de Bocholt 20. Heinr. de Bocholt				6. Heinr.d.Bocholt	
		14. Heinricus Vot	26. Heinricus de Vot 26. Heinricus Vot					Diese 10 heißen: de consulibus, qui tunc temporis **presidebant consilio,** sind also wohl Ratsmeister.
		15. Johannes Kuro	1. Henricus de Bardewich 1. Henr. d. Bardew.		1. Henr. d. Bardew.	1. Henr. d. Bardew.		
			5. Albernus Stunehose 5. Albertus Stunehose					
			9. Theodericus de Judagine 9. Theod. Hagen					
			10. Burwinus 10. Borwinus			7. Borrwinus		
			11. Daniel. 11. Daniel					
			12. Gerardus de Heringe 12. Ger. d. Heringe		4. Gerh. de Haringen			
			13. Johannes Stalbuc 13. Joh. Stalbuc		5. Joh. Stalbuc			
			14. Herm. de Tremonia 14. Herm. d. Tremonia					
			15. Meinwardus 15. Meinwardus				12. Meimv. d. Bardew.	
			16. Henricus Grecus 16. Henr. Grecus					
			17. Volcmarus de Bardewich 17. Volcm. d. Bardew.					
			18. Rodolfus 18. Rodulfus Wrot				13. Rodolfus Wrot	
			19. Helmvicus 19. Helmvicus			11. Helmv. filius Brotheri		
			21. Henricus Stangevole 21. Henr. Stangevole					
			22. Johannes Flamingus 22. Joh. Flamingus	2. Joh. Flamingus				
			23. Thithardus 23. Thithardus					
			24. Theodericus Vorrat 24. Theodericus					
					6. Bertr. d. Wischelo		10. Bertr. d. Wischelo	
						10. Siffridus de ponte		
						12. Joh. de Anglia		
							4. Wilh. Vasburgensis	
								8. Godefridus de Nusse
								9. Wernerus Wenethisce